



Jahresbericht 2021



BUNDESPOLIZEI

Inhaltsverzeichnis

- 4 Grußwort der Bundesministerin des Innern und für Heimat
- 6 Vorwort des Präsidenten des Bundespolizeipräsidiums

8 Aufgaben der Bundespolizei

- 10 Die Bundespolizei – Wir sind Sicherheit
- 15 Die Bundespolizei See
- 16 Dimensionen
- 18 Die Bundespolizei in Zahlen
- 20 Organigramm

22 Bilanz

- 24 Delikte
- 26 Fahndung
- 27 Mobile Fahndungseinheiten
- 30 Schwere und Organisierte Kriminalität
- 32 Kriminaltechnik
- 34 Computer Emergency and Response Team der Bundespolizei
- 35 Unbemannte Luftfahrzeuge
- 36 Bundesbereitschaftspolizei
- 38 Gewalt gegen Einsatzkräfte
- 40 Fußball
- 42 Prävention und Opferschutz
- 44 Bußgeldstelle
- 44 Ermittlungen
- 45 Projektgruppe Smart Borders Bundespolizei
- 46 Luftsicherheitskontrollen
- 47 Passenger Name Records

- 47 Länderspezifisches Informations- und Erkenntnisssystem
- 48 Migration
- 50 Rückführungen
- 51 Humanitäre Aufnahmeverfahren
- 51 Zuverlässigkeits- und Sicherheitsüberprüfungen
- 52 Auslandsverwendungen

62 Jahresrückblick 2021

80 Personal und Ausstattung

- 82 Personal der Bundespolizei
- 83 Personalhaushalt
- 83 Haushalt
- 84 Verwaltung
- 85 Polizeivollzugsbeamte
- 85 Liegenschaften
- 86 Ärztlicher und Sicherheitstechnischer Dienst
- 87 Bundespolizeiseelsorge
- 88 Ausbildung
- 89 Laufbahnen der Bundespolizei
- 90 Dienstgrade bei der Bundespolizei
- 92 Spitzensport
- 94 Führungs- und Einsatzmittel

100 Öffentlichkeitsarbeit

- 102 Nachwuchsgewinnung
- 104 Medien
- 105 Mitarbeiterzeitschrift
- 106 Bundespolizei-Orchester

108 Abkürzungsverzeichnis

109 Impressum



Grußwort

Liebe Leserinnen und Leser,

„mit Sicherheit vielfältig“ lautet ein Slogan der Bundespolizei. Mir gefällt dieser Spruch ganz besonders gut, bildet er doch eindrücklich ab, was Bundespolizei bedeutet.

Unsere Bundespolizei ist ein Garant für die Sicherheit in unserem Land – an Bahnhöfen und auf Flughäfen, an unseren Grenzen, auf See, an Land und in der Luft. Auch im Ausland sorgen unsere „Diplomaten in Uniform“ für Sicherheit in der Heimat.

Die Aufgaben der Bundespolizei sind dabei vielfältig. Dies wurde im vergangenen Jahr wieder besonders deutlich. Die Unterstützung während und nach dem Hochwasser in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen forderte unseren Beamtinnen und Beamten viel ab. Die Männer und Frauen waren über

Wochen im Einsatz und leisteten bis zur Erschöpfung Hilfe. Herausfordernd stellten sich auch die Evakuierungsmaßnahmen aus Afghanistan dar, die mit Hilfe spezialisierter Kräfte der Bundespolizei durchgeführt wurden. Gefordert war die Bundespolizei wiederum bei Unterstützungseinsätzen anlässlich coronaspezifischer Versammlungslagen, die teils von einer aggressiven Stimmung bis hin zu Gewalttätigkeiten geprägt waren.

So vielfältig wie die Aufgaben der Bundespolizei, so vielfältig sind auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Mehr als 54 000 Menschen leisten mittlerweile in den Reihen der Bundespolizei Dienst für unser Land – als Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte, als Verwaltungsbeamtinnen und -beamte und als Tarifbeschäftigte, als Anwärtinnen und Anwärter und als Aus-

zubildende. Allein im Jahr 2021 wurden 3 900 Anwärtinnen und Anwärter neu eingestellt und zwei neue Ausbildungsstätten in Bielefeld und in Rotenburg a.d.F. mit je 450 Plätzen innerhalb kürzester Zeit eröffnet. Uniformierter Nachwuchs, den wir dringend benötigen! Doch auch in Lehrberufen ist die Bundespolizei mittlerweile ein attraktiver Arbeitgeber. So beschäftigt sie z. B. Industriemechaniker/-innen, Kfz-Mechatroniker/-innen, Fluggerätemechaniker/-innen, Mediengestalter/-innen, Drucker und Fotografen/Fotografinnen, Köche/Köchinnen und sogar Schuhmacher/-innen.

Ob im Bereich des Polizeivollzugsdienstes oder des Verwaltungsdienstes - die Bundespolizei nimmt im Geschäftsbereich des BMI sowohl personell als auch in der Aufgabenvielfalt eine herausragende Stellung ein. Sie ist „mit Sicherheit vielfältig“.

Bei all ihren Einsätzen, im In- wie im Ausland, arbeitet die Bundespolizei professionell, besonnen und mit viel Empathie. Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für Ihren unermüdlichen Einsatz im Jahr 2021.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre des Jahresberichtes der Bundespolizei.

Ihre

Nancy Faeser
Bundesministerin des Innern und für Heimat

Vorwort

Liebe Leserin und lieber Leser,

bereits die Jahreszahl enthält eine Besonderheit: 2021 feierte die Bundespolizei ihren 70. Geburtstag. Ursprünglich als Bundesgrenzschutz gegründet, wuchsen die Aufgaben in den vergangenen Jahrzehnten enorm an. Neben Grenzschutz, bahnpolizeilichen Aufgaben, Sicherheit im Luftverkehr, Küstenwache, Schutz von Verfassungsorganen und Botschaften im Ausland, der Unterstützung anderer Bundesbehörden sowie der Länderpolizeien engagiert sich die Bundespolizei heute auch in der Bekämpfung organisierter Kriminalität und in der Terrorismusabwehr.

Dass sie selbstverständlich auch im Katastrophenfall für die Bevölkerung da ist, wie etwa beim Jahrhunderthochwasser im Ahrtal, ist sozusagen „in ihren Genen“

verankert. Neun Wochen lang war die Bundespolizei in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz mit bis zu 800 Kräften und fünf Hubschraubern täglich im Einsatz.

Als in Afghanistan die Taliban wieder an die Macht gelangten, unterstützten speziell ausgebildete Polizeivollzugsbeamte unserer Organisation in Kabul bei der Evakuierung. Der durch das belarussische Regime asymmetrisch provozierte Migrationsstrom forderte uns nicht nur an der deutsch-polnischen Grenze. Insgesamt hat die illegale Migration 2021 wieder deutlich zugenommen. Gegenüber dem Vorjahr waren dreimal so viele unerlaubte Einreisen festzustellen.

„Wir sind Sicherheit“ lautet das Motto unserer vielfältigen Bundespolizeifamilie. Für dieses Ziel engagieren sich inzwischen

mehr als 54 000 Kolleginnen und Kollegen. Im Vollzugsdienst, in der Verwaltung oder aktuell noch in der Ausbildung.

70 Jahre BGS und Bundespolizei.

Das heißt auch: 70 Jahre Sicherheit.

WIR begleiten unser Land – was immer auch kommen mag.

Dr. Dieter Romann

Präsident des Bundespolizeipräsidiums





Aufgaben der Bundespolizei



Die Bundespolizei – Wir sind Sicherheit

Die Bundespolizei ist Deutschlands größte Polizeibehörde. Sie ist fester Bestandteil der deutschen Sicherheitsarchitektur und verlässliche Partnerin für Polizeiarbeit in Europa und weltweit. Neben der klassischen Aufgabe des Grenzschutzes leistet die Bundespolizei ihren Beitrag für die Sicherheit der Menschen auf Bahnanlagen und Flughäfen sowie den deutschen Küstengewässern. Auch der Schutz von Bundesorganen sowie Einsätze bei Großveranstaltungen oder bei internationalen Polizeimissionen gehören zu ihrem Arbeitsalltag. Die Bundespolizei bietet spezialisierte Kompetenzen für die Sicherheit in Deutschland. Von der Ermittlungsarbeit bis zur Terrorismusbekämpfung. Zu Land, zu Wasser und in der Luft.



Grenzschutz

Für die grenzpolizeiliche Gefahrenabwehr ist die Bundespolizei in einem 30 Kilometer breiten Gebiet entlang der rund 3831 Kilometer langen Landgrenze zuständig. An den 888 Kilometer langen Seegrenzen in der Nord- und Ostsee ist ihr Zuständigkeitsbereich 50 Kilometer breit. Zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität überwacht, fahndet und ermittelt die Bundespolizei. Sie führt an vielen Flug- und Seehäfen grenzpolizeiliche Kontrollen sowie aufenthaltsbeendende Maßnahmen durch.



Bahnpolizei

Eine weitere Kernaufgabe der Bundespolizei ist die Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Eisenbahnverkehr. Dazu gehört die Bekämpfung von Kriminalität, von der Reisende oder Bahnanlagen selbst betroffen sein können. Die Bahnanlagen der Eisenbahnen des Bundes umfassen 5 693 Personenbahnhöfe in einem Schienennetz von rund 33 401 Streckenkilometern. 2021 haben rund 1,2 Milliarden Reisende den Schienennah- und -fernverkehr der Deutschen Bahn AG genutzt. Der Schutz der Bahnanlagen, als Bestandteil der kritischen Infrastruktur, ist ein Schwerpunkt staatlicher und unternehmerischer Sicherheitsvorsorge.



Luftsicherheit

Neben Frankfurt, Berlin und Leipzig ist die Bundespolizei an zehn weiteren Flughäfen für die Wahrnehmung der Aufgaben zum Schutz der Luftsicherheit zuständig. Sie kontrolliert hierfür nicht nur die Fluggäste, sondern auch das mitgeführte Reise- und Handgepäck auf gefährliche und verbotene Gegenstände. Den Schutz vor Angriffen auf die Sicherheit des zivilen Luftverkehrs stellt die Bundespolizei zudem durch das Bestreifen des Flughafengeländes sowie durch den bewaffneten Schutz der Luftsicherheitskontrollstellen sicher.



Schutz von Bundesorganen

Die Bundespolizei schützt auf Ersuchen sowie im Einvernehmen mit den Ländern besonders gefährdete Verfassungsorgane und Ministerien des Bundes. Angriffe hierauf sollen verhindert oder abgewehrt und die Funktionsfähigkeit soll, insbesondere bei Veranstaltungen und Besuchen aus dem In- und Ausland, sichergestellt werden. Zu den Schutzobjekten zählen unter anderem das Bundespräsidialamt, das Bundeskanzleramt, das Auswärtige Amt, das Bundesministerium des Innern und für Heimat, das Bundesverfassungsgericht und die Zentrale der Deutschen Bundesbank.



Maritime Komponente

Die Bundespolizei ist Partner im Maritimen Sicherheitszentrum in Cuxhaven und damit Teil des Kooperationsnetzwerkes der auf See operierenden Kräfte des Bundes und der Küstländer. Die Bundespolizei setzt dabei Einsatzschiffe in Nord- und Ostsee ein, schützt die seeseitige Schengen-Außengrenze, kontrolliert den Seeverkehr, bekämpft maritime Kriminalität und ermittelt bei Umweltdelikten. Weltweit leisten speziell geschulte Bundespolizeikräfte für deutsche Reedereien Präventionsarbeit bei Piraterie und Entführungslagen.



Kriminalitätsbekämpfung

Die Kriminalitätsbekämpfung zeichnet sich durch spezifische Ermittlungskompetenzen aus. Die prioritären Delikte Schleusungs- und Gewaltkriminalität, Eigentumskriminalität durch reisende Täter sowie Straftaten unter Nutzung des Tatmittels Internet, aber auch Polizeiliche Kriminalprävention und Gefahrenabwehr in Bezug auf Politisch motivierte Kriminalität gehören zur Kriminalitätsbekämpfung. Die polizeifachliche Datenverarbeitung bildet dabei die Grundlage einer effizienten Aufgabenbewältigung.



Internationales Engagement

Das internationale Engagement der Bundespolizei unterstützt mittelbar auch die Aufgabenerfüllung im Inland. Zum Schutz der EU-Außengrenzen werden speziell geschulte Kräfte wie Dokumenten- und Visumberater, Verbindungsbeamte, Grenzpolizeiliche Unterstützungsbeamte Ausland, Frontex Team Member sowie EU-/VN-Missionsteilnehmende eingesetzt. Die polizeiliche Ausbildungs- und Ausstattungshilfe dient der Umsetzung sicherheitspolitischer Kooperationen in Drittstaaten. Inklusiv der spezialisierten Kräfte der „Polizeilichen Schutzaufgaben Ausland“ setzt die Bundespolizei jährlich mehr als 1 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ausland ein.

9 GSG 9 der Bundespolizei

Die Spezialeinheit GSG 9 der Bundespolizei (BPOL) wird zur Bekämpfung von Terrorismus und schwerer Gewaltkriminalität im In- und Ausland eingesetzt. Sie arbeitet eng mit nationalen und internationalen Partnern zusammen. Primäres Ziel ist die Rettung gefährdeter Menschenleben. Die GSG 9 BPOL gliedert sich in folgende Einsatzeinheiten: Die **Präzisionsschützen** sind Meister der Tarnung. Sie klären Zielpersonen und -objekte auf und bekämpfen Täter aus großen Distanzen, wenn dies zur Rettung von Menschenleben erforderlich ist. Die **Taucher** der maritimen Einsatzeinheit nähern sich unterhalb der Wasserlinie lautlos und ungesehen ihrem Ziel, um mit dem größtmöglichen Überraschungsmoment schlagartig zuzugreifen. Für den Transport der Einsatzkräfte verfügt der Verband über leistungsstarke, hochseetaugliche Einsatzboote. Die **Fallschirmspringer** beherrschen alle Facetten des taktischen Fallschirmspringens. Dazu gehört die gezielte und lautlose Annäherung an kleine Landflächen und Zielobjekte, auch bei absoluter Dunkelheit. Das taktische Fallschirmspringen und der einsatztaktische Tauchereinsatz sind exklusive polizeiliche Einsatztaktiken der GSG 9 BPOL und in der Polizei einzigartig. Die GSG 9 BPOL ist mit der neu aufgebauten **4. Einsatzeinheit** auch in der Bundeshauptstadt präsent und erhöht die Reaktionsfähigkeit der Spezialkräfte in der Metropolregion Berlin-Brandenburg. Die Unterstützungseinheiten der GSG 9 BPOL schaffen Zugänge in Objekte, entschärfen unkonventionelle Spreng- und Brandvorrichtungen, klären mit technischen Hilfsmitteln Zielobjekte auf und führen die medizinische Notfallversorgung während des Einsatzes durch. Sie sorgen für notwendige Rahmenbedingungen einer gemeinsamen Einsatzbewältigung auf professioneller Grundlage.



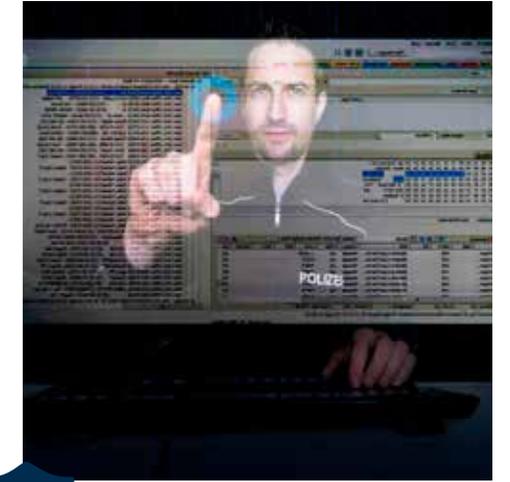
Als Spezialeinheit stellt sich die GSG 9 BPOL anspruchsvollsten Herausforderungen der Kriminalitätsbekämpfung. Dazu zählt auch der Umgang mit chemischen/biologischen oder radioaktiven/nuklearen Stoffen. Für den erfolgreichen Verlauf derartiger sogenannter CBRN-Lagen werden spezialisierte Einsatztaktiken sowie besondere Führungs- und Einsatzmittel entwickelt und eingesetzt.

Die GSG 9 BPOL ist unter Polizeibehörden weltweit geschätzt und sehr gut vernetzt. Sie ist Teil des europäischen Spezialeinheitenverbunds ATLAS, welcher als Reaktion auf die Terroranschläge auf das World Trade Center in den USA gegründet wurde. 2021 kam es auf der Basis dieser Kooperation erstmalig zu einem gemeinsamen Einsatz von belgischen, niederländischen und luxemburgischen Spezialeinheiten sowie der GSG 9 BPOL in Belgien.



Bundespolizei-Flugdienst

Der Bundespolizei-Flugdienst unterstützt die Dienststellen der Bundespolizei sowie sonstige nationale und internationale Bedarfsträger mit Sicherheitsaufgaben. Mit 94 Hubschraubern ist er nach der Lufthansa der zweitgrößte Betreiber ziviler Luftfahrzeuge in Deutschland und eine der größten polizeilichen Flugdienstorganisationen weltweit.



Einsatz- und Ermittlungsunterstützung

Die Spezialkräfte der Einsatz- und Ermittlungsunterstützung der Bundespolizei unterstützen bei Einsätzen und Ermittlungen mit besonderen technischen Herausforderungen. Sie bündeln die operativ-technischen und digital-forensischen Kompetenzen der Bundespolizei. Zu den grundsätzlich verdeckt ausgeführten Einsätzen zählen beispielsweise die technische Überwachung von Objekten, Personen und Fahrzeugen sowie die Auswertung digitaler Speichermedien. Die gewonnenen Informationen liefern wertvolle Ermittlungsergebnisse oder bilden die Grundlage für weitere operative Maßnahmen. Die schnelle Anpassung und Weiterentwicklung der Fähigkeiten im digitalen Zeitalter ist dabei die größte Herausforderung.



Polizeiliche Schutzaufgaben Ausland

Die drei Säulen der Dienststelle Polizeiliche Schutzaufgaben Ausland der Bundespolizei sind der Personenschutz für Botschaftsangehörige in Gebieten mit erhöhter Gefährdungslage, der Schutz deutscher Liegenschaften in über 80 Auslandsvertretungen weltweit sowie die Sicherheitsberatung.



Besondere Schutzaufgaben Luftverkehr

Um der hohen Gefährdung des Luftverkehrs zu begegnen, wird speziell ausgebildetes Personal der Dienststelle für Besondere Schutzaufgaben Luftverkehr der Bundespolizei an Bord deutscher Luftfahrzeuge eingesetzt. Sie sollen die Sicherheit aufrechterhalten oder wiederherstellen sowie den Missbrauch eines Flugzeugs als Waffe verhindern.



Entschärfungsdienst der Bundespolizei

Der Entschärfungsdienst der Bundespolizei stellt an bundesweit 15 Standorten speziell geschulte Kräfte zur Unterstützung bereit. Er trifft alle notwendigen Maßnahmen, um Gefahren abzuwehren, die von explosivstoffverdächtigen Gegenständen oder sonstigen Gefahrstoffen für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ausgehen. Die Metropolregionen Berlin, Hamburg, Dortmund, Frankfurt am Main und München bilden die regionalen Schwerpunkte für den Entschärfungsdienst.

Bundesweit einzigartig ist die neu gegründete Entschärferschule der Bundespolizei. Sie ist gesamtverantwortlich für die Aus- und Fortbildung aller polizeilichen Entschärferinnen und Entschärfer des Bundes und der Länder. Die Entschärferschule verfolgt den langfristigen Anspruch, selbst auf europäischer Ebene Maßstäbe in der Fortbildung zu setzen. Das Aufgabenspektrum ist dabei ausdrücklich über den reinen Fortbildungsauftrag hinaus angelegt. Als bereichsübergreifendes Kompetenzzentrum mit wissenschaftlichem Anspruch verbindet sie fachspezifische Fähigkeiten mit Fortbildungen zu technischen und taktischen Innovationen. Die Entschärferschule vernetzt sich aktiv mit nationalen und internationalen Partnern.



Unterstützungsverband Chemisch Biologisch Radiologisch Nuklear

Der Unterstützungsverband CBRN wurde am 1. Juni 2021 in den Dienst gestellt und bündelt die Kompetenzen von vier Bundesministerien zur Abwehr von Bedrohungslagen und Anschlägen mittels chemischer/biologischer und radioaktiver/nuklearer Stoffe. Im Einsatzfall ist die Bundespolizeidirektion 11 mit der Führung des Unterstützungsverbandes betraut.



Projektgruppe Taktische Medizin

Mit Aufstellung der BPOLD 11 wurde der Bedarf artikuliert, die Einsatzmedizin der Spezialkräfte der Bundespolizei zentral zu koordinieren und weiterzuentwickeln. Hierzu wurde bereits 2018 eine eigene Projektgruppe eingerichtet. Einer ihrer Schwerpunkte liegt in der Taktischen Medizin, um bereits unmittelbar in der polizeilichen Lage den eingesetzten Beamtinnen und Beamten eine bruchfreie und belastbare medizinische Versorgung durch eigene Kräfte bieten zu können.

Die Bundespolizei See

Die Bundespolizei schützt auf See und in den Häfen von Nord- und Ostsee die 888 Kilometer lange Seegrenze der Bundesrepublik Deutschland. Sie überwacht und kontrolliert in enger Kooperation mit dem Zoll an dieser Schengen-Außengrenze den grenzüberschreitenden Verkehr, um Gefahren abzuwehren sowie unerlaubte Einreisen über See zu verhindern. Die Bundespolizei See unterstützt weltweit die Pirateriebekämpfung zum Schutz von Schiffen unter deutscher Flagge.

Zudem nimmt sie originäre und übertragene Aufgaben seewärts der Begrenzung des deutschen Küstenmeeres wahr. Sie überwacht die Einhaltung von Verkehrsregeln auf dem Wasser, verhindert und verfolgt Umweltverschmutzungen und überwacht die Einhaltung gesetzlicher Vorgaben nach dem Bundesberggesetz zum Verlegen von Seekabeln und der Durchführung von Forschungen.

Die eigenen Einsatzschiffe ermöglichen es den maritimen Spezialkräften der Bundespolizei, in einer Vielzahl komplexer Einsatzsituationen zu agieren. Drei Einsatzschiffe der „Potsdam-Klasse“ (Typ P86) sind mit leistungsfähigen Distanzwaffen, Landemöglichkeiten für Hubschrauber sowie einem erweiterten maritimen Einsatzspektrum im Falle terroristischer Angriffe auf See ausgestattet. Gemeinsam mit den Einsatzschiffen der „Bad Bramstedt-Klasse“ (Typ P66) ist die Bundespolizei See ein zentraler Akteur in der maritimen Sicherheitsstruktur der Bundesrepublik Deutschland.

Während der Bordflugausbildung 2021 führten die Besatzungen gemeinsam mit den Hubschrauberbesatzungen der Bundespolizei-Fliegergruppe in rund 1 000 Übungsstunden etwa 1 200 Decklandungen durch.

Herausragend war die Beteiligung der Bundespolizei See an der „Maritimen Einsatzübung auf Hoher See – ATLAS SEAL 2021“, bei der erstmals das erweiterte Fähigkeitsspektrum der Einsatzschiffe unter Beteiligung von Spezial-

kräften der Bundespolizei sowie internationalen Spezialeinheiten abgerufen werden konnte.

Seit 2016 unterstützt die Bundespolizei See die Europäische Grenzschutzagentur Frontex mit zwei Kontroll- und Streifenbooten in der Joint Operation Poseidon auf der griechischen Insel Samos. Die Besatzungen der Bundespolizei-Boote werden seit 2021 auch gemeinsam mit europäischen Partnern gestellt.



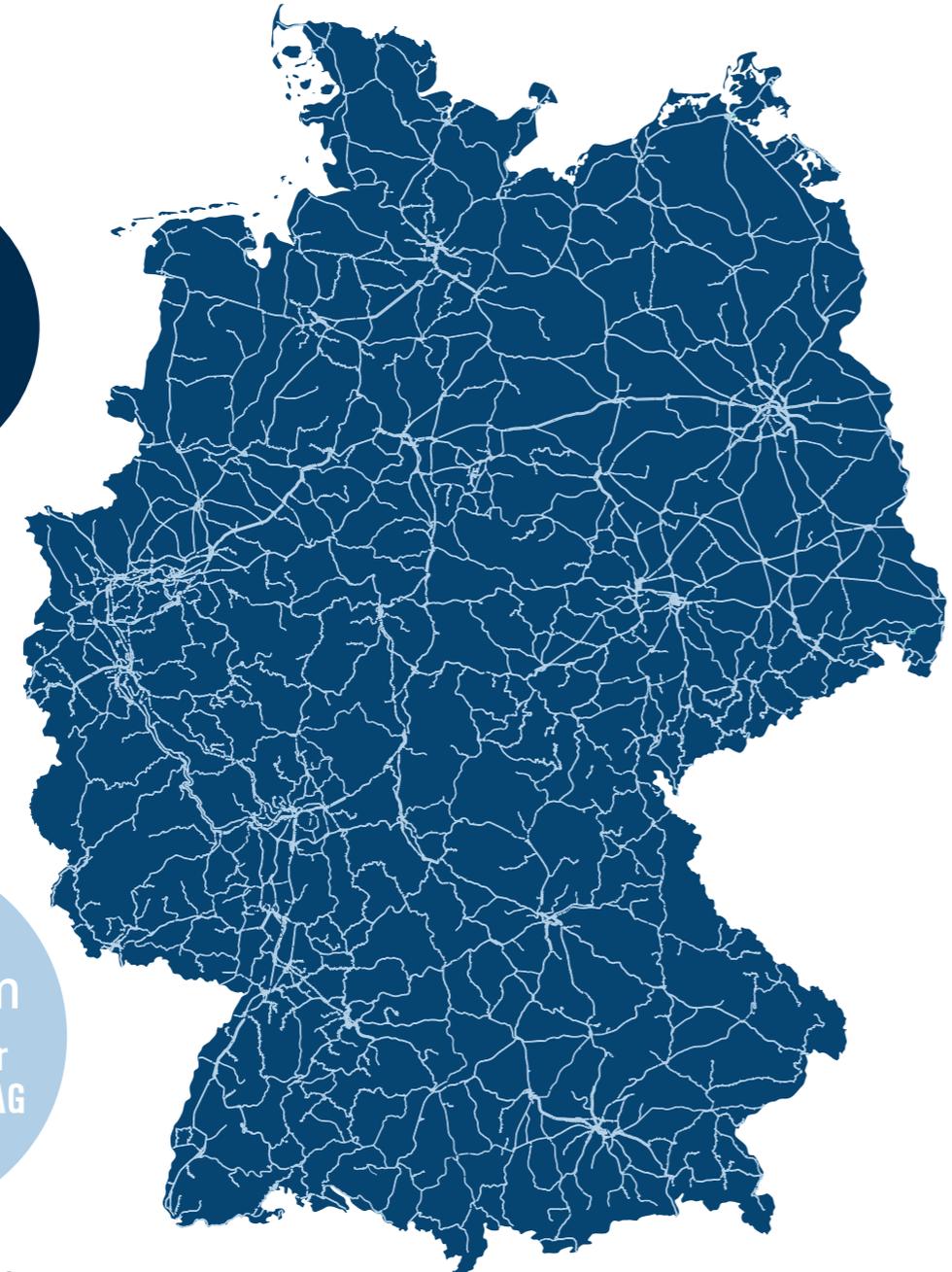
Dimensionen

5 693

Bahnhöfe und
-haltepunkte

1,2 Mrd.
Bahnreisende¹

33 401 km
Streckennetz der
Deutschen Bahn AG



888 km
Seegrenze

3 831 km
Landgrenze

13
Verkehrs-
flughäfen

78,2 Mio.
Fluggäste an den
Verkehrsflughäfen



¹ Ausschließlich Reisende im Angebot der Deutschen Bahn AG

Die Bundespolizei in Zahlen



1

Bundespolizei-
präsidium



11

Bundespolizei-
direktionen



10

Bundespolizei-
abteilungen



81

Bundespolizei-
inspektionen,
davon



9

Bundespolizei-
inspektionen
Kriminalitäts-
bekämpfung



143

Bundespolizei-
reviere



1

GSG 9 der
Bundespolizei



1

Bundespolizei-
Flugdienst



1

Polizeiliche
Schutzaufgaben
Ausland der
Bundespolizei



1

Besondere
Schutzaufgaben
Luftverkehr der
Bundespolizei



1

Einsatz- und
Ermittlungs-
unterstützung
der Bundespolizei



1

Entschärfungs-
dienst der
Bundespolizei



1

Bundespolizei-
akademie



7

Bundespolizei-
aus- und -fortbildungs-
zentren



2

Bundespolizei-
sportschulen



1

Bundespolizei-
trainingszentrum
Kührointhaus



2

Diensthunde-
schulen



1

Direktionsbereich
Bundespolizei See



42

Polizeiärztliche
Dienste



8

Regionale Bereichs-
werkstätten



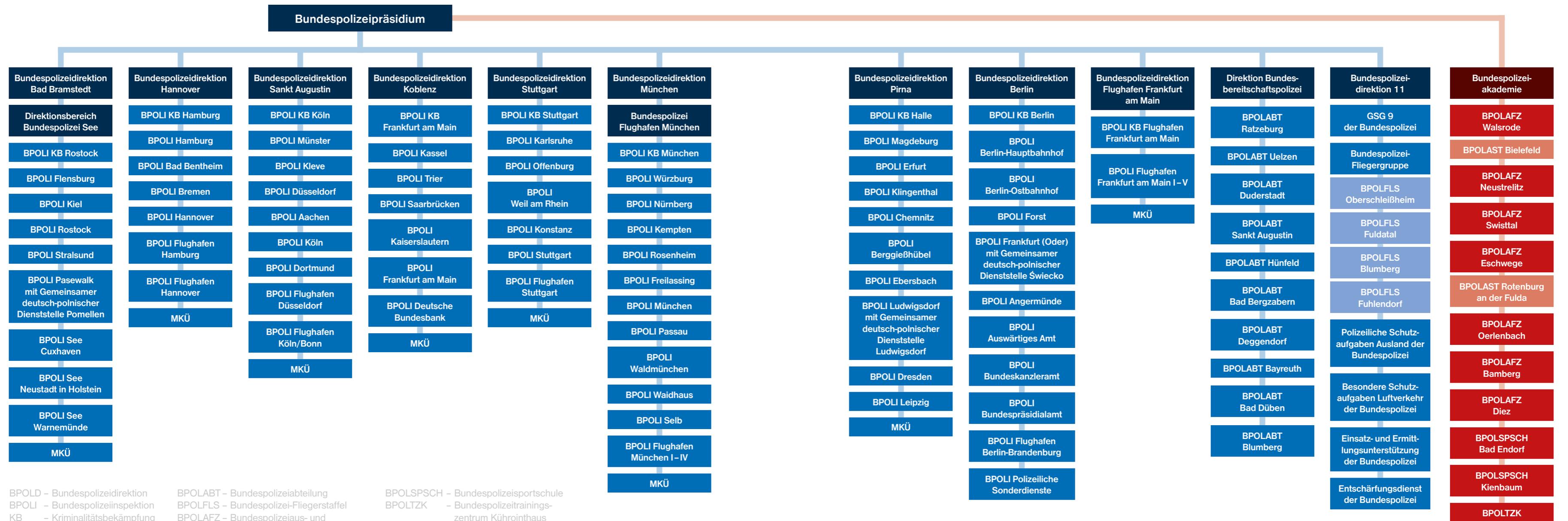
3

Bundespolizei-
orchester



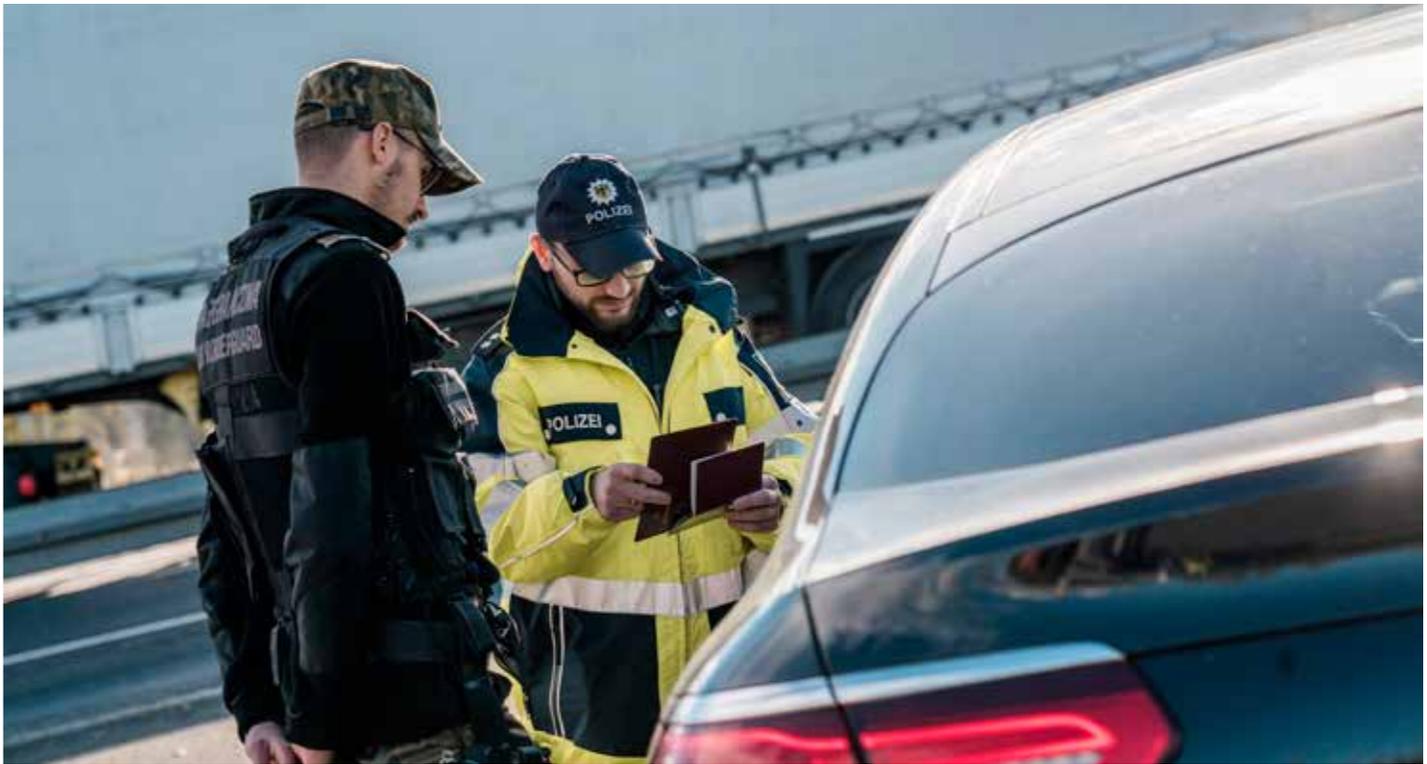
1

Reiterstaffel



BPOLD – Bundespolizeidirektion
 BPOLI – Bundespolizeiinspektion
 KB – Kriminalitätsbekämpfung
 MKÜ – Mobile Kontroll- und Überwachungseinheit
 BPOLABT – Bundespolizeiabteilung
 BPOLFLS – Bundespolizei-Fliegerstaffel
 BPOLAFZ – Bundespolizei- und -fortbildungszentrum
 BPOLAST – Bundespolizei- und -fortbildungszentrum
 BPOLSPSCH – Bundespolizeisportschule
 BPOLTZK – Bundespolizeitrainingszentrum Kührointhaus

Die Standortkarte der Bundespolizei finden Sie unter www.bundespolizei.de/standorte.



Bilanz

Delikte

667 884

Straftaten
im Zuständigkeitsbereich
der Bundespolizei
17,2 % mehr als
2020 (569 702)

Erschleichen von Leistungen



nach Waffengesetz



nach Aufenthaltsgesetz



nach Betäubungsmittelgesetz



Hausfriedensbruch



Betrug



Urkundenfälschungen



Gewaltdelikte



davon Körperverletzungsdelikte



davon Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte



davon tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte



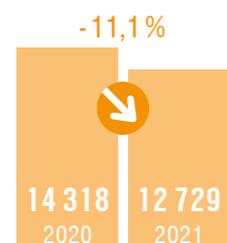
Sexualdelikte



Diebstahlsdelikte



davon Taschen- und Handgepäckdiebstahl



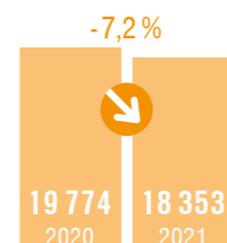
davon aus Fahrausweisautomaten



Sachbeschädigungen



davon Graffiti

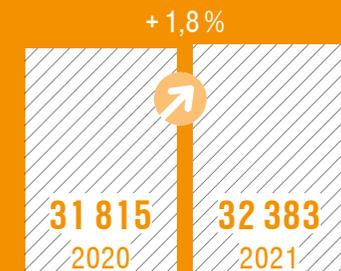


Festgestellte Delikte gegen das Betäubungsmittelgesetz

	2021	Anteil an Gesamt	davon Abgabe an		
			die Landespolizei	den Zoll	Gesamt
Gesamt	22 398		73,9%	21,0%	94,9%
im Grenzgebiet bis zu einer Tiefe von 30 km	6 207	27,7%	23,1%	67,6%	90,7%
am Grenzübergang	620	2,8%	23,4%	53,1%	76,5%

Es wurden hierbei meist Cannabisserzeugnisse, aber auch Amphetamine, Ecstasy, Heroin, Kokain, Methamphetamin und viele andere Rauschmittel festgestellt.

Sonstige



Quelle: Polizeiliche Eingangsstatisik der Bundespolizei (PES). Diese erhebt statistische Daten im Aufgabenspektrum der Bundespolizei auf Grundlage des Feststellungsprinzips. Die Zahlen weichen gegebenenfalls von der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) ab, bei der die Datenerhebung nach Abschluss der Ermittlungen durch die endsachbearbeitende Polizeidienststelle erfolgt.

Fahndung

Im Jahr 2021 stehen die Fahndungserfolge der Bundespolizei erneut unter dem Einfluss der Covid-19-Pandemie und der damit verbundenen eingeschränkten Reisebewegungen. Trotzdem konnte die Bundespolizei im Vergleich zum Vorjahr einen Anstieg von 16,9 Prozent der Fahndungstreffer verzeichnen. Dabei erzielte die Bundespolizei über 50 Prozent aller landes- und bundesbehördlichen Fahndungserfolge aus dem Schenker Informationssystem. Bei den Fahndungstreffern der Bundespolizei im Jahr 2021 konnten insgesamt 15 462 offene Haftbefehle vollstreckt werden, das heißt, 8,5 Prozent aller Personenfahndungstreffer werden allein dieser Kategorie zugeordnet.

+ 27,9 %

↗
14 994
2020
19 178
2021

festgestellte Fahndungsausschreibungen zur Kontrolle

+ 13,8 %

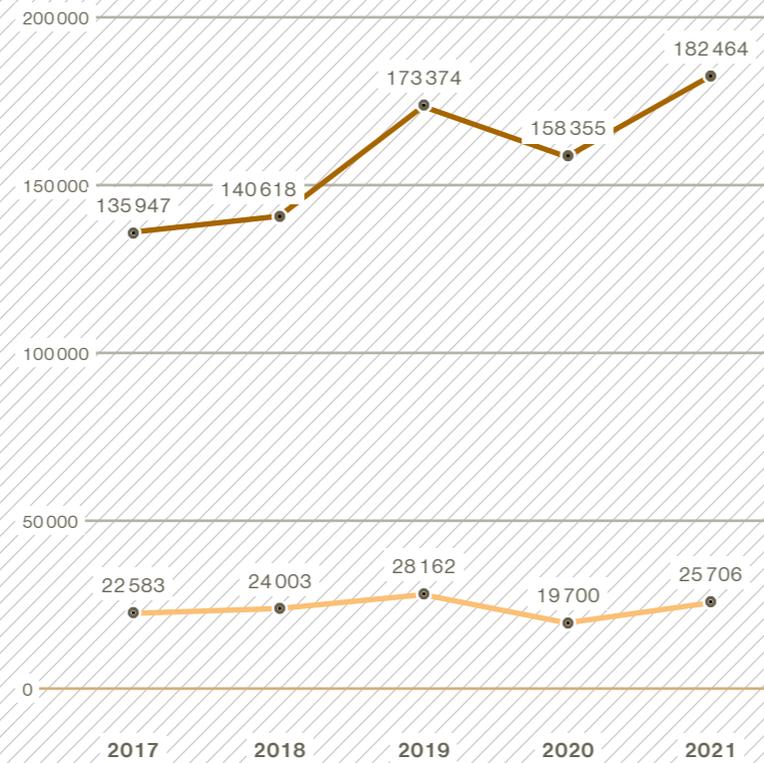
↗
112 589
2020
128 176
2021

Aufenthaltsermittlungen und sonstige Personenfahndungstreffer

zum Beispiel aufgrund von Entnahme einer DNA-Probe oder Ausschreibungen zur Vermögensabschöpfung

Personen- und Sachfahndungserfolge

Personenfahndungserfolge
Sachfahndungserfolge



Die polizeiliche Fahndung ist für die Bundespolizei ein wesentlicher Baustein in der Kriminalitätsbekämpfung. Darüber hinaus hat sie große Bedeutung für die gefahrenabwehrenden, insbesondere grenzpolizeilichen Aufgaben der Bundespolizei. Mit regionalen, überregionalen und internationalen Fahndungsmaßnahmen werden Straftäter und Personen, deren Handeln eine Gefahr darstellt, polizeilich erkannt, um sie der Justiz zuzuführen oder Gefahren für andere abzuwehren.

Zur Bekämpfung Politisch motivierter Kriminalität fahndet die Bundespolizei an den Binnen- und Außengrenzen sowie auf Bahnhöfen und Flughäfen nach gefährlichen Personen oder Straftätern. Dabei stehen der Schutz kritischer Infrastrukturen, die Prüfung von Einreiseverweigerungen, Ausreiseuntersagungen oder Festnahmen von Terrorverdächtigen, sogenannten Hasspredigern und Extremisten, im Vordergrund.

Im Zusammenhang mit der Migrationslage Belarus führte die Bundespolizei intensive Fahndungen zur Verhinderung von lebensgefährdenden Schleusungen insbesondere an der Grenze zu Polen durch. Hierbei standen die Kooperation und der Informationsaustausch mit benachbarten Polizeibehörden sowie die Ausschreibung von Schleuserfahrzeugen im Zentrum der fahndungspolizeilichen Aufgabe.

Bei der Evakuierung von Ortskräften aus Afghanistan unterstützte die Bundespolizei die Einreisen zum Schutz der Menschen und sorgte gleichzeitig mit einem wachen Fahndungsauge dafür, dass die unerkannte Einreise von Straftätern verhindert wurde.



„Super-Recogniser“

Im Jahr 2021 begann die Bundespolizei ihre Fahndungskompetenz zu erweitern. Es wurden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter identifiziert, die überdurchschnittlich gut in der Lage sind, sich Gesichter einzuprägen und diese auch nach langer Zeit und unter schwierigen Bedingungen wiederzuerkennen. Die Fähigkeit dieser „Super-Recogniser“ stärkt die Fahndungskompetenz der Bundespolizei und kommt bereits heute schon im Einzelfall als Instrument der Fahndung zum Einsatz.

Mobile Fahndungseinheiten



Die Mobilen Fahndungseinheiten (MFE) sind die „Informationsbeschaffer“ bei der Kriminalitätsbekämpfung. Sie werden bei der verdeckten Aufklärung, Fahndung und Observation sowie zum Schutz und zur Sicherung verdeckter polizeilicher Maßnahmen eingesetzt.

Durch die bundesweite Verteilung, fortlaufende Fortbildung und besondere Ausstattung stehen die MFE auch für offene Einsätze zur Bewältigung von Anschlags- und Bedrohungsszenarien, insbesondere für Fahndungen und als Zugriffs- und Interventionskräfte in mobilen Einsatzlagen bereit. Hierdurch wird die Reaktionsfähigkeit der Bundespolizei gestärkt und werden die Spezialkräfte unterstützt.



182 464

Personenfahndungserfolge
(2020: 158 355)

+ 15,2 %



+ 16,7 %
126 2020  147 2021
Ausreiseuntersagungen



25 706

Sachfahndungserfolge
(2020: 19 700)

+ 30,5 %



+ 18,5 %
945 2020  1 120 2021
Kraftfahrzeuge

+ 38,2 %
1 822 2020  2 518 2021
Gewalttäterkontrollen

+ 19,3 %
10 473 2020  12 490 2021
Festnahmen nach Aufenthaltsrecht
einschließlich Einreiseverweigerungen und Zurückweisungen

+ 2,9 %
4 365 2020  4 493 2021
Gewahrsamnahmen

+ 10,6 %
13 986 2020  15 462 2021
vollstreckte nationale und internationale Haftbefehle
durchschnittlich 42,4 pro Tag

+ 32,3 %
16 232 2020  21 472 2021
Urkunden
zum Beispiel Ausweisdokumente

+ 23,4 %
2 523 2020  3 114 2021
Sonstige
zum Beispiel Fahrräder, Mobiltelefone



Schwere und Organisierte Kriminalität

Die Bundespolizei führte 2021 insgesamt 39 Ermittlungsverfahren in der Organisierten Kriminalität und 42 in deren Vorfeld durch. Die Bekämpfung der Schleusungskriminalität stellte hierbei den Schwerpunkt dar. Das Rückgrat bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität bildeten die neun Bundespolizeiinspektionen Kriminalitätsbekämpfung sowie der zentrale Ermittlungsdienst im Bundespolizeipräsidium.

Die Bundespolizei war 2021 in 24 temporären oder dauerhaften gemeinsamen Ermittlungsgruppen vertreten. In diesen ermittelte die Bundespolizei gemeinsam mit den Landeskriminalämtern oder der Bundeszollverwaltung in deliktübergreifenden Ermittlungsverfahren. Der Zusammenarbeit mit Europol, der Strafverfolgungsbehörde der EU, sowie internationalen Partnern kommt eine gleichermaßen große Bedeutung bei der effektiven Bekämpfung der internationalen Schleusungskriminalität zu. Zudem nimmt die Bundespolizei die nationale Vertretung innerhalb der EMPACT-Priorität Schleusungskriminalität wahr und leitete 2021 drei operative Aktionen, wobei die Bekämpfung der lebensgefährlichen Behältnisschleusungen, der Visaerschleichung sowie das Erkennen von gefälschten oder missbräuchlich verwendeten Reisedokumenten im Fokus standen.



Schleuserring in Berlin aufgedeckt

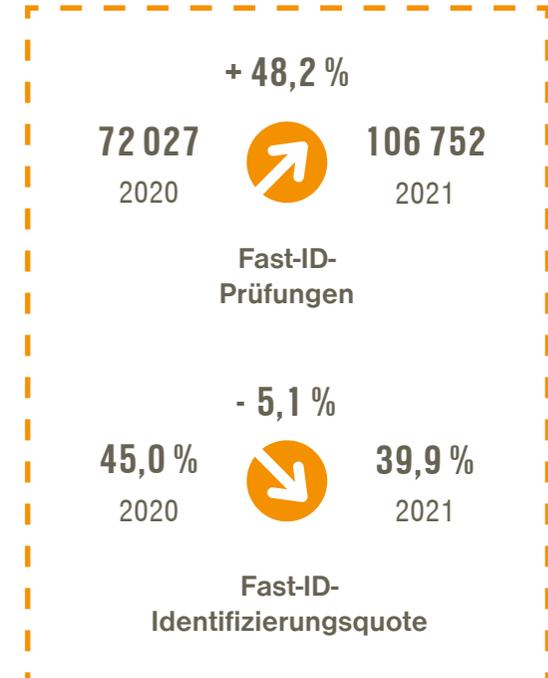
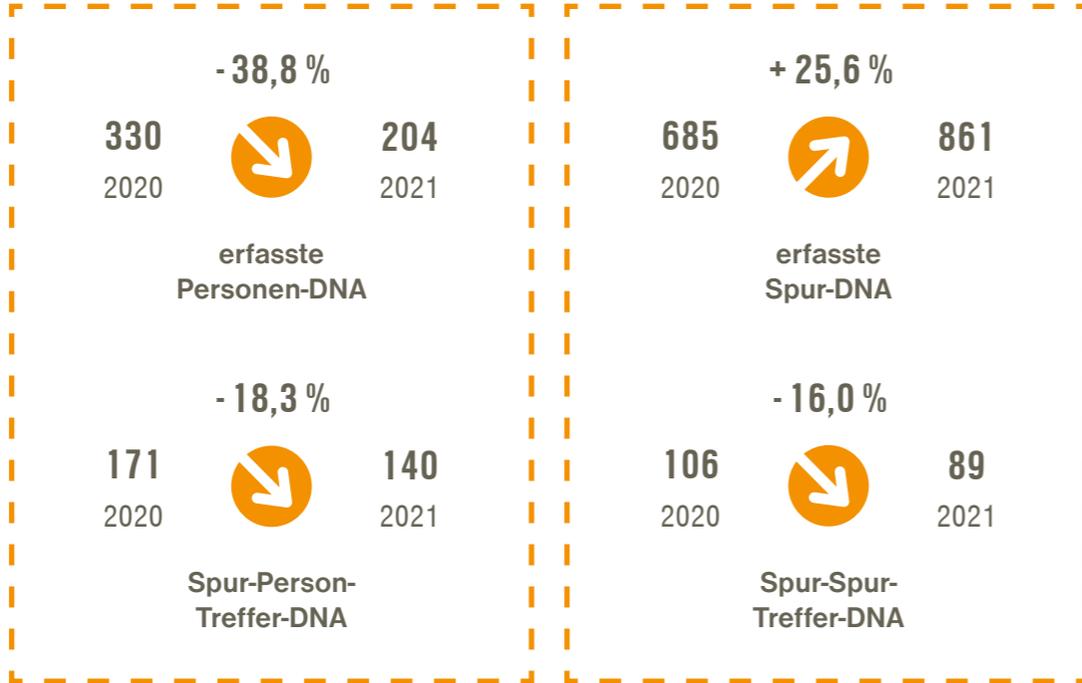
Die Bundespolizeiinspektion Kriminalitätsbekämpfung Halle ermittelte im Auftrag der Staatsanwaltschaft Berlin in einem umfangreichen Verfahren gegen mehrere vietnamesische und zwei slowakische Beschuldigte sowie gegen einen Deutschen. Diese standen im Verdacht, vietnamesische Staatsangehörige gegen Entgelt mittels erschlichener Visa nach Deutschland eingeschleust und hier ihren unerlaubten Aufenthalt verschleiert zu haben. Dafür mussten die Geschleusten teilweise Beträge zwischen 13.000 und 21.000 Euro zahlen. Die Schleusung von Vietnam nach Deutschland und weiter in andere europäische Staaten organisierten Kontakteleute in der Slowakei. Es bestand der Verdacht, dass die Schleuserlöhne durch die vietnamesischen Staatsangehörigen teils in Nagelstudios, sogenannten Massagesalons und Bordellwohnungen abgearbeitet werden mussten. Dabei wurden gezielt deren wirtschaftliche Zwangslage, der Versorgungsbedarf in den Heimatländern lebender Angehöriger und ihre allgemeine Hilflosigkeit ausgenutzt.

Am 31. Mai 2021 durchsuchten etwa 550 Beamtinnen und Beamte der Bundespolizei 22 Wohn- und Geschäftsräume, insbesondere in Berlin. Gleichzeitig wurden durch die slowakischen Behörden weitere vier Objekte durchsucht. Bei dem Einsatz konnten zwei Haftbefehle vollstreckt, 40.000 Euro Bargeld und 400 Gramm Amphetamine sichergestellt sowie 13 unerlaubt aufhältige vietnamesische Staatsangehörige festgestellt werden. Die Koordinierung innerhalb dieses Verfahrens unterstützte eine sogenannte Operational Task Force von Europol.



Kriminaltechnik

Die Kriminaltechnischen Dienste der Bundespolizei sind maßgeblich an der Ermittlung von Straftätern sowie der Rekonstruktion des Geschehens an Tatorten beteiligt. Durch modernste kriminaltechnische Methoden zur Spurensicherung vor Ort und weitergehende Untersuchungen in den Spurensicherungslaboren leisten sie einen erheblichen Beitrag zur Beweisführung. Sie werden bundesweit eingesetzt und unterstützen bei Bedarf die Arbeit des Bundeskriminalamtes oder der Polizeibehörden der Länder.



Computer Emergency and Response Team der Bundespolizei

Das Computer Emergency and Response Team der Bundespolizei (CERT) bildet das Kompetenzzentrum der operativen Informationssicherheit. Seine Kernaufgaben sind die schnelle Erkennung und die Bekämpfung kritischer Sicherheitsvorfälle in den Netzen und der Informationstechnik der Bundespolizei sowie die Durchführung forensischer Analysen.

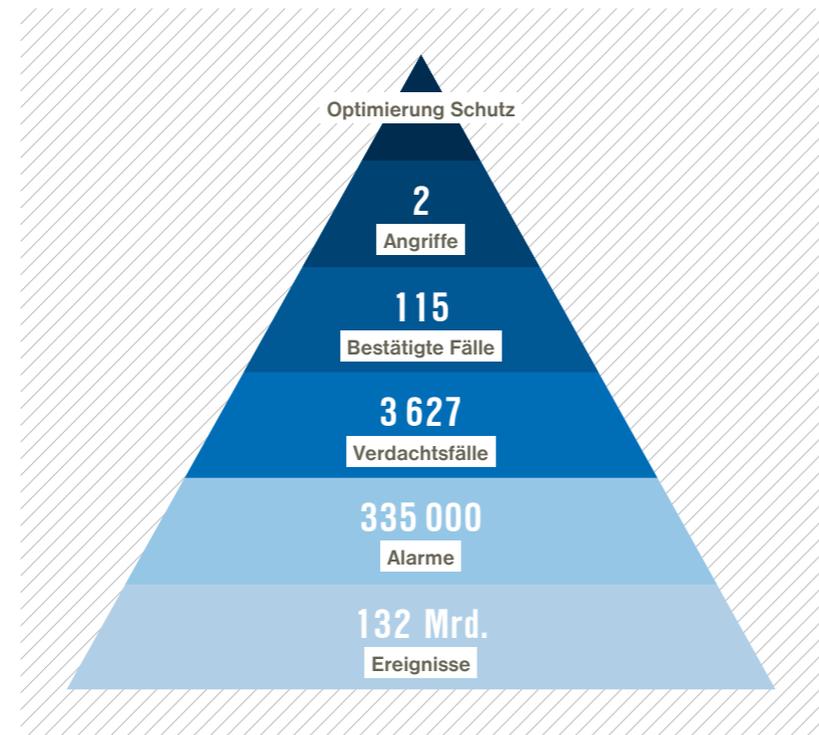
Um Cyberangriffe zu erkennen, setzt das CERT auf moderne Methoden der automatisierten Mustererkennung und des maschinellen Lernens. Diese entstammen ausgewählten Open-Source-Projekten¹, an deren Weiterentwicklung sich das CERT regelmäßig aktiv beteiligt. Mittels dieser digitalen Werkzeuge werden zunächst alle relevanten Ereignisse der bundespolizeilichen Informationstechnik automatisiert überprüft. Daraus resultierende Alarme werden ebenfalls automatisiert korreliert und gewichtet. An letzter Stelle der Entscheidungskette steht jedoch immer ein Mensch. Hieraus resultierende Verdachtsfälle werden von den Experten des CERT analysiert und bewertet. Für bestätigte Fälle beziehungsweise Angriffe gegen die IT der Bundespolizei werden alle notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung und Behebung durchgeführt. Das Schutzniveau der Bundespolizei wird somit stetig angepasst.

¹ Open-Source-Software ist Computersoftware, die unter einer Lizenz veröffentlicht wird, bei der der Urheberrechtsinhaber den Benutzern das Recht einräumt, die Software und ihren Quellcode an jedermann und für jeden Zweck zu verwenden, zu studieren, zu ändern und zu verteilen.



Abschluss KI-Förderprojekt „Erkennung von Cyberangriffen“

In 2021 hat die Bundespolizei gemeinsam mit dem Fraunhofer-Institut für Kommunikation, Informationsverarbeitung und Ergonomie am Förderprojekt „Erkennung von Cyberangriffen“ gearbeitet. Das Projekt erforschte die Anwendbarkeit von Methoden Künstlicher Intelligenz, um Angriffe auf Netze und Informationstechnik erkennen zu können. Grundlage bilden bereits erkannte Cyberangriffe und die daraus gewonnenen Daten und die zur Erkennung notwendigen Regeln. Insgesamt besitzt die dort entwickelte Lösung das Potenzial, die Erkennung von Cyberangriffen auf die Netze der Bundespolizei mittels Künstlicher Intelligenz signifikant zu verbessern. Eine Umsetzung der Forschungsergebnisse in den Wirkbetrieb ist für das Jahr 2022 geplant.



Unbemannte Luftfahrzeuge



Die Projektgruppe UAS (Unmanned Aircraft Systems) schafft konzeptionelle Grundlagen für die Abwehr und den Einsatz von Drohnen als Führungs- und Einsatzmittel bei der Bundespolizei. Sie gliedert sich in vier Teilprojekte (TP).

Unbemannte Luftfahrzeuge werden bereits seit 2020 sukzessive als fernpilotierte Führungs- und Einsatzmittel bei der Bundespolizei eingeführt. Die 2021 neu eingerichtete „Fachstelle UAS“ in Fuldata gehört dem TP Einsatz/Betrieb an und befasst sich mit der Aus-, Fortbildung und Prüfung von Fernpiloten. Zudem stellt sie

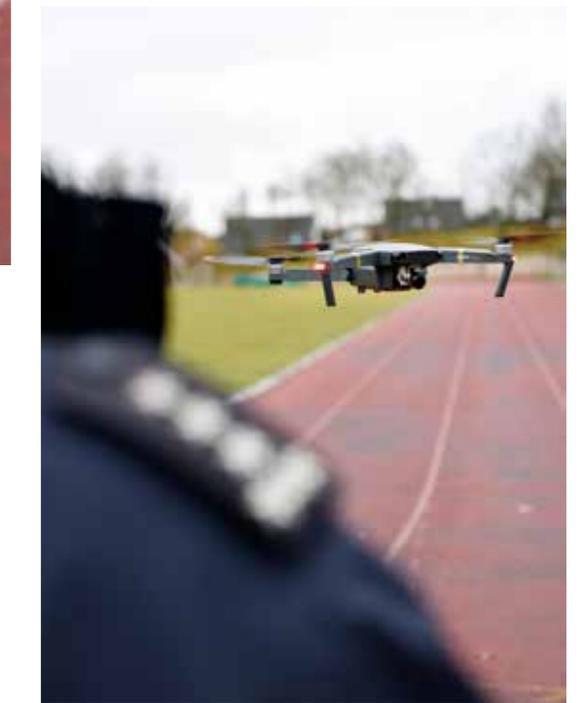
die fachliche Organisation des Einsatzes von Drohnen innerhalb der Bundespolizei sicher. Erste Unterstützungseinsätze mit UAS wurden bereits durchgeführt.

Für die Abwehr von Drohnen ist das Teilprojekt cUAS zuständig. Höchste Priorität genießt die Verfahrensweise mit unkooperativen Drohnen an Flughäfen. Verschiedene Studien, so zum Beispiel das Forschungsprojekt „Falke“ am Flughafen Hamburg, dienen der Untersuchung einer technischen Gesamtlösung zur Abwehr von UAS. Eine enge Zusammenarbeit der

Bundespolizei mit den Länderpolizeien ist hierbei unabdingbar.

Sichergestellte und beschlagnahmte Drohnen werden durch das TP Forensik kriminaltechnisch ausgewertet. Die Ermittlung der dazugehörigen Piloten, primär durch technische Maßnahmen, ist ebenso Bestandteil.

Im Zuständigkeitsbereich der Bundespolizei See untersucht das TP Maritim die Möglichkeit des Einsatzes geeigneter UAS und die Abwehr missbräuchlich genutzter UAS.



Bundesbereitschaftspolizei

Die geschlossenen Einsatzeinheiten der Bundesbereitschaftspolizei verfügen über mehr als 5 000 Einsatzkräfte. Diese unterstützen mobil und flexibel die Dienststellen der Bundespolizei, insbesondere bei außergewöhnlichen Einsätzen. Zudem werden sie regelmäßig von Bundes- und Landesbehörden, wie den Polizeien der Länder, der Zollverwaltung oder dem Bundeskriminalamt angefordert. Bei Großveranstaltungen und Versammlungen, Hausdurchsuchungen und dem Durchsetzen von Haftbefehlen, aber auch bei Staatsbesuchen für den Innen- und Außenschutz entfalten die Einheiten ihr Potenzial.

Der physisch und psychisch anspruchsvollste Einsatz des Jahres 2021 war die Unterstützung während und nach der Flutkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz im Juli. Über Wochen waren unter anderem Kräfte der Direktion Bundesbereitschaftspolizei aus allen Teilen Deutschlands in den betroffenen Ortschaften im Einsatz und leisteten bis zur vollkommenen Erschöpfung Hilfe.



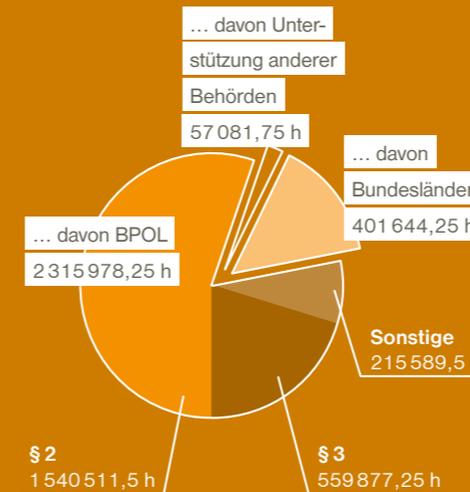
Die Covid-19-Pandemie hatte auch 2021 großen Einfluss auf die Aufgaben der Bundesbereitschaftspolizei. So wurden Einsatzkräfte anlässlich der wiederingeführten Grenzkontrollen an den Landgrenzen zu Österreich und der Tschechischen Republik sowie zum Schutz der Transporte von Impfstoffen eingesetzt. Darüber hinaus unterstützten Einsatzeinheiten umfangreich die Polizeien der Länder bei Demonstrationen im Zusammenhang mit der Pandemie sowie bei weiteren Versammlungen. Dabei war eine steigende Gewaltbereitschaft aufseiten der Demonstrierenden festzustellen. Die verschiedenen Dienststellen der Bundespolizei wurden darüber hinaus bei der Gewaltprävention und in diversen Ermittlungsverfahren unterstützt.

Die Direktion Bundesbereitschaftspolizei verfügt bundesweit über zehn Bundespolizeiabteilungen. Sie hält eine Vielzahl von Spezialkräften für unterschiedliche Anlässe vor. Die Beweissicherungs- und Festnahmehundertschaften werden bei gewalttätigen Auseinandersetzungen und bei Festnahmen von Intensivtätern eingesetzt. Die BFE+ unterstützt die GSG 9 der Bundespolizei bei der Intervention im Zusammenhang mit Terroranschlägen oder lebensbedrohlichen Szenarien. Technische Einsatzkräfte unterstützen die Einsatzhundertschaften bei unfriedlichen demonstrativen Aktionen mit Wasserwerfer- und Sonderwageneinheiten. Sie retten mit besonders geschulten Einsatzkräften Menschen aus Höhen und Tiefen, helfen bei der Öffnung von Türen oder verschlossenen Behältnissen sowie beim Entfernen von technischen Blockaden.

Die Beweissicherungs- und Dokumentationseinheiten sowie die Aufklärungseinheiten setzen Video- und Fototechnik zur Gefahrenabwehr und Strafverfolgung ein, um beispielsweise Tatverdächtige zu identifizieren. Die medizinische Einsatzversorgung wird in allen Bundespolizeiabteilungen durch die Polizeiärztlichen Dienste sichergestellt.

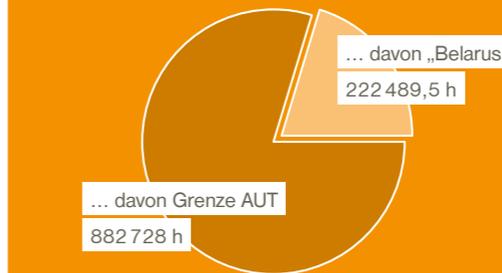


2 774 704
geleistete Einsatzstunden der
Bundesbereitschaftspolizei

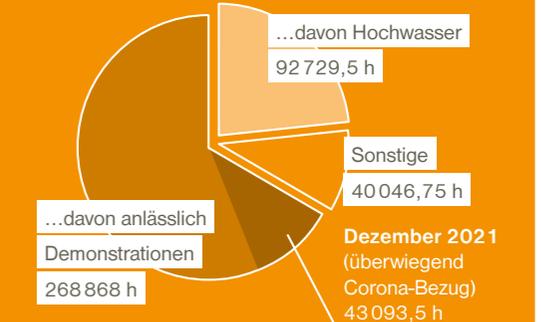


Ausgewählte Einsatzanlässe 2021

1 105 227,75 h
Migration



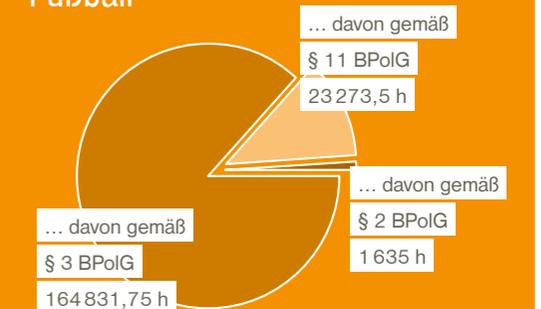
401 644,25 h
Unterstützung der Bundesländer
(§ 11 BPolG)



95 265,25 h
Hochwasser



189 740,25 h
Fußball



Gewalt gegen Einsatzkräfte

Die Zahl der Angriffe auf Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte ist 2021 im Vergleich zum Vorjahr deutlich angestiegen. Nachdem 2020 – pandemiebedingt – ein Rückgang zu verzeichnen war, lag der Wert mit insgesamt 2 365 angegriffenen Einsatzkräften 2021 auf einem ähnlich hohen Niveau wie in den Jahren 2019 und 2018.

Die Angriffe erfolgten in 89,7 Prozent der Fälle mittels körperlicher Gewalt, insbesondere durch Fußtritte, Faustschläge, Anspucken, Bisse sowie Kopf- und Körperstöße. Bei fast jeder sechsten Tat wurden ein oder mehrere Gegenstände eingesetzt, am häufigsten Flaschen, Steine und Dinge des täglichen Gebrauchs. Auch Angriffe mit Kraftfahrzeugen waren keine Seltenheit. In fünf Fällen wurden Bundespolizeikräfte mit Schusswaffen bedroht. Hierzu zählen auch Attrappen und Schreckschusswaffen. Abgefeuert wurden diese jedoch nicht.

Die häufigsten Angriffe erfolgten bei der alltäglichen Aufgabenwahrnehmung der Bundespolizei. Überwiegend bei Streifengängen, der Kriminalitätsbekämpfung und der Begleitung von Rückführungen (Abschiebungen). Auch bei Veranstaltungen und Fußballereinsätzen kam es zu Attacken. Insgesamt wurden 349 Bundespolizistinnen und -polizisten beim Einsatz zur Unterstützung der Polizeien der Bundesländer angegriffen. Dies sind 259 Vorfälle mehr als im Jahr 2020.

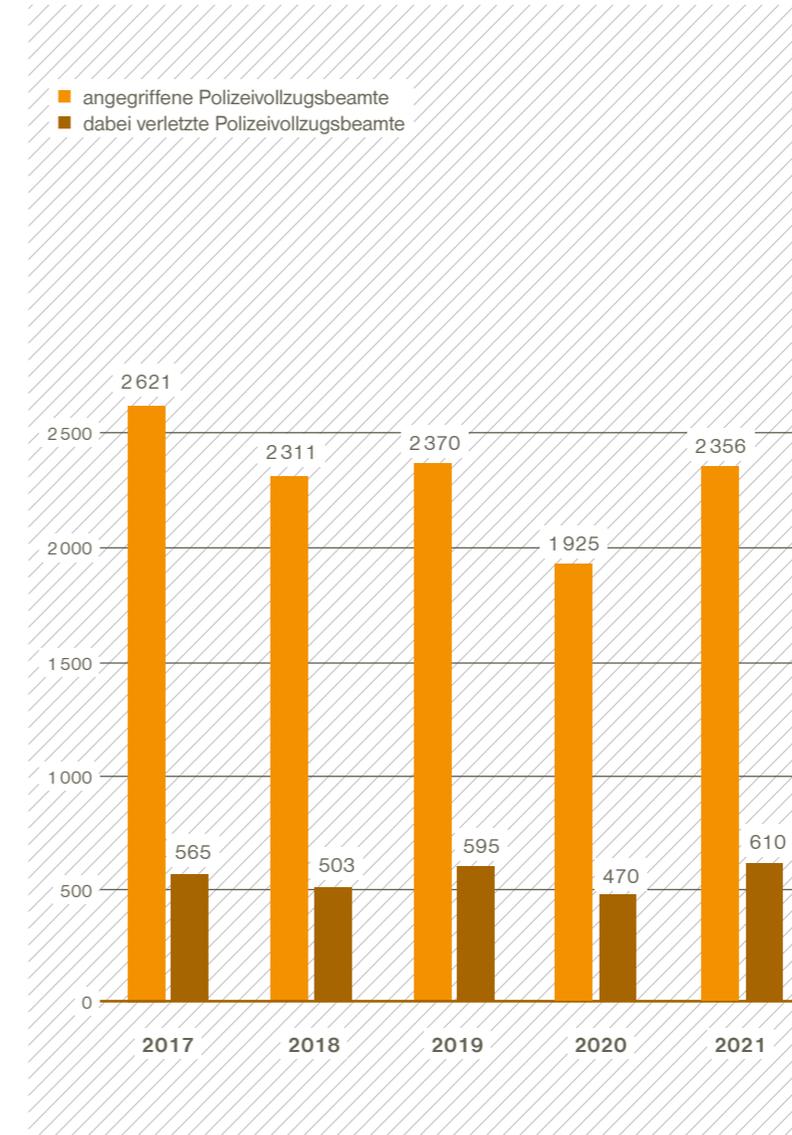
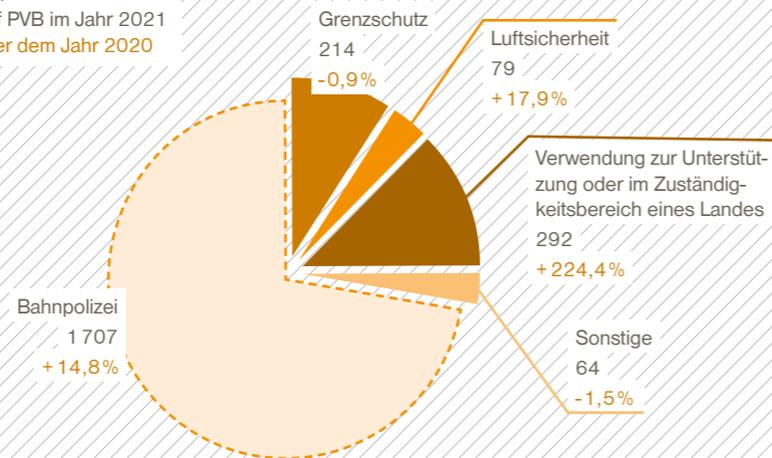
Auch 2021 nahm die Covid-19-Pandemie Einfluss auf die Anzahl der Angriffe auf Polizeivollzugsbeamte. Bei der Durchsetzung von behördlich angeordneten Maßnahmen und den zahlreichen Einsätzen anlässlich von Demonstrationen in diesem Zusammenhang wurden insgesamt 308 Kräfte der Bundespolizei angegriffen und 86 von ihnen verletzt.

Die angegriffenen Bundespolizeiangehörigen waren zu 14,6 Prozent weiblich und zu 85,4 Prozent männlich, 5,3 Prozent waren Auszubildende. Jeder vierte war mit einer sogenannten Bodycam zur Videoaufzeichnung ausgestattet. 25,9 Prozent der Angegriffenen wurden verletzt (610), dies führte bei 15 Prozent zu einer Dienstunfähigkeit (91).

Die Täter waren im Durchschnitt 32 Jahre alt und zu 76,6 Prozent männlich. Annähernd die Hälfte stand unter zum Teil erheblichem Alkohol- und/oder Drogeneinfluss (43,6 Prozent). 65,0 Prozent waren bereits polizeilich in Erscheinung getreten. Bei etwa einem Viertel dieser Personengruppe handelte es sich um Wiederholungstäter.

Die ermittelten Angreifer sind mit 69,9 Prozent europäischer Nationalität. In etwa der Hälfte aller Fälle (52,7 Prozent) handelt es sich bei den Angreifern um deutsche Staatsangehörige.

Aufgabe gemäß BPolG
Anzahl der Angriffe auf PVB im Jahr 2021
Entwicklung gegenüber dem Jahr 2020



Fußball

Die Spielzeiten in den Jahren 2020 und 2021 fanden unter dem Einfluss der pandemischen Entwicklung von Covid-19 statt. Sie waren geprägt von Fußballspielen ohne Zuschauer, mit gering bis hin zu voll ausgelasteten Stadien. Entsprechend den Beschränkungen veränderte sich die Anzahl der Reisenden. Trotz der alltagsbestimmenden Pandemie stellten die Züge der Eisenbahnverkehrsunternehmen ein populäres Reisemittel für Fans verschiedener Vereine dar. Insbesondere für die Anhänger der drei deutschen Profiligen. Die Zahl der bahnreisenden Fans ist 2021 mit etwa 865 000 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum leicht gesunken (-1 Prozent).

Die Zahl der eingesetzten Kräfte im schienengebundenen und grenzüberschreitenden Reiseverkehr von Fangruppen nahm im Vergleich zum Vorjahr um knapp 65 Prozent auf 34 241 Beamte zu. Davon waren allein 10 449 Angehörige der Direktion Bundesbereitschaftspolizei. Zudem setzte die Bundespolizei mehr als 220 „Szenekundige Beamte“ ein. Diese besonders qualifizierten Kräfte kommen insbesondere bei Fußballspielen zum Einsatz. Sie beschaffen und bewerten Informationen für Lageprognosen, beraten Polizeiführer, klären gegen Störer auf, begleiten bei Bedarf entsprechende Risikogruppen und helfen bei der Identifizierung von Straftätern.

Die Zahl der festgestellten Straftaten ist im Vergleich zum Vorjahr mit 309 Fällen um 32 Prozent deutlich gestiegen. Die Anzahl der festgestellten Gewaltdelikte nahm um 13 Prozent auf 80 ab. Jedes vierte Delikt ist eine sogenannte Gewaltstraftat. Dies spiegelt sich auch in der Zunahme der getroffenen Maßnahmen wider. So traf die Bundespolizei im Jahr 2021 rund 44 Prozent mehr präventive und 88 Prozent mehr repressive Eingriffsmaßnahmen. Sowohl im Jahr 2020 als auch 2021 richtete die Bundespolizei je zwei Mal eine sogenannte Bearbeitungsstraße ein. Dieses Konzept ermöglicht etwa nach der Begehung von Straftaten eine schnelle Feststellung von Personalien.

Die Zahl der verletzten Personen blieb mit 51 auf einem konstant niedrigen Niveau und ging im Vergleich zum Vorjahreszeitraum leicht zurück (-2 Prozent).

Im Sommer 2021 fand die 16. UEFA-Fußball-Europameisterschaft statt. Deutschland war am Spielort München mit der Austragung von drei Gruppenspielen sowie einer Viertelfinalbegegnung beteiligt. Zum Schutz der Besucherinnen und Besucher waren 4 728 Kräfte der Bundespolizei eingesetzt. Diese trafen 1 214 Einsatzmaßnahmen und stellten lediglich zehn Straftaten fest.



865 000
bahnreisende Fußballfans
im Jahr 2021

2021 wurden die Zahlen kalenderjährlich erfasst – anders als im Vorjahresbericht, in dem eine saisonale Darstellung vom Sommer 2019 bis zum Frühjahr des Folgejahres erfolgte.

Prävention und Opferschutz

Kriminalprävention

Stop Pickpockets – grenzüberschreitend gegen Taschendiebstahl. Unter diesem Motto stand die von der Bundespolizei international initiierte Präventionskampagne unter anderem während der Fußball-Europameisterschaft 2021. Gemeinsam mit der Deutschen Bahn AG wurde mit über 420 Präventionsmaßnahmen in Deutschland und in insgesamt elf weiteren EU-Mitgliedstaaten über die gängigsten Arbeitsweisen und Tricks von Taschendieben auf Bahnhöfen und in Zügen aufgeklärt.

Bunte „Monster“ als Markenbotschafter sowie ein einheitliches Aktionslogo gewährleisteten europaweit einen hohen Wiedererkennungswert. Auf der mehrsprachigen Kampagnen-Webseite www.stop-pickpockets.eu können sich Reisende unter anderem mit Erklärvideos über die Vorgehensweise von Taschendieben informieren und erfahren, was sie zu ihrem eigenen Schutz beachten sollen.



Opferschutz

Der Polizei, die nach einer Straftat oder einem Unfall zumeist den ersten Kontakt zu Opfern und Geschädigten hat, kommt im Rahmen des Opferschutzes eine besondere Bedeutung zu. Bereits beim Erstkontakt ist es wichtig, dass Opfer von Straftaten als solche anerkannt und respektvoll, einfühlsam sowie professionell behandelt werden. Um die Folgen für Betroffene möglichst gering zu halten, setzt die Bundespolizei 89 besonders qualifizierte Opferschutzbeauftragte ein. Diese unterstützen Betroffene von Straftaten in der ungewohnten Situation eines Strafverfahrens, helfen Geschädigten dabei, ihre Rechte zu nutzen und vermitteln weiterführende Unterstützungsangebote. Zudem schulen sie Bundespolizisten im Streifendienst in einem fürsorglichen Umgang mit Opfern und sind Ansprechpersonen für Opferhilfeeinrichtungen.

Bahnunfallprävention

Seit über 20 Jahren arbeiten Bundespolizei und Deutsche Bahn AG gemeinsam für die Verbesserung der Sicherheit auf Bahnanlagen. Das vielfältige Präventionsangebot für Bürgerinnen und Bürger wird ständig ergänzt und aktualisiert. Im April 2021 startete die Kampagne „Rausgerissen“. Ziel ist es, die Menschen noch stärker für die Gefahren durch leichtsinniges und falsches Verhalten auf und an Bahnanlagen zu sensibilisieren. Jugendliche stehen dabei besonders im Fokus, da eine frühzeitige Aufklärung Leben retten kann. Die Kampagne basiert auf zwei Säulen – persönliche Aufklärung und Präventionsmedien. Präventionsteams der Deutschen Bahn AG und der Bundespolizei klären vor Ort, aber auch an Schulen auf. Die Bundespolizei setzt dazu Präventionsbeauftragte als Ansprechpersonen ein: Rund 130 Beamtinnen und Beamte erfüllen diese Aufgabe, davon die Hälfte im Nebenamt. Der neue Präventionsfilm „Gleisüberquerungen“ zeigt, dass Leichtsinn, Unaufmerksamkeit und Unkenntnis oft die Ursachen für Bahnunfälle sind. Zielgruppengerecht sollen Jugendliche auch über Social-Media-Kanäle erreicht werden, um ihnen die Gefahren auf Bahnanlagen zu erläutern.



[bundespolizei.de/sicher-auf-bahnanlagen](https://www.bundespolizei.de/sicher-auf-bahnanlagen)



Hochgeklettert. Rausgerissen.

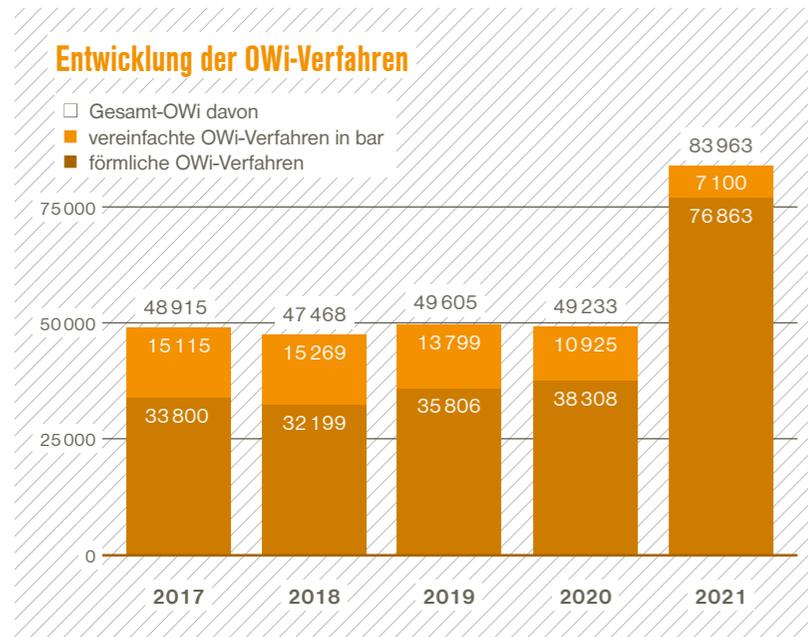
Nähere dich niemals einer Oberleitung! Sonst kann es dich schnell aus dem Leben reißen.

Klettern auf Züge? Lebensgefährlich. Durch Bahn-Oberleitungen fließen 15.000 Volt. Das ist fast 65 mal mehr Spannung als in der Steckdose zu Hause. Schon bei Annäherung kann es zu einem Stromüberschlag kommen.

Wir wollen, dass Du sicher ankommst! Scan den Code und schau dir das Video dazu an.

Weitere Infos: [deutschebahn.com/sicherheit](https://www.deutschebahn.com/sicherheit) bundespolizei.de/sicher-auf-bahnanlagen

Bußgeldstelle



Im Jahr 2021 hat die Bundespolizei 83.963 Ordnungswidrigkeiten (OWi) festgestellt. Davon wurden 7.100 OWi durch Zahlung eines Verwarnungsgeldes bar vor Ort erledigt. Insgesamt wurden dem Bundeshaushalt Einnahmen von 1.643.500 Euro aus OWi-Verfahren zugeführt. Den Schwerpunkt bildete die bahnpolizeiliche Aufgabe mit 8.606 Vorgängen. Hierzu zählt unbefugtes Betreten von Bahnanlagen. Einnahmen in Höhe von 1.013.931 Euro ergaben sich aus Verstößen gegen die Fluggastdatenübermittlung: Dabei kamen Luftfahrtunternehmen nicht ihrer Verpflichtung nach, Daten von Passagieren auf Flügen über die Schengen-Außengrenzen ins Bundesgebiet an die Bundespolizei zu übermitteln. Wird das Verwarnungsgeld nicht sofort bar bezahlt, übernimmt die Zentrale Bußgeldstelle die Ahndung. An den Standorten Halle/Saale und Schwandorf bearbeiten 25 Tarifbeschäftigte und 36 Verwaltungsbeamte sämtliche schriftliche Verwarnungs- und Bußgeldverfahren der Bundespolizei.

Ermittlungen

Internationale Rechtshilfe im Kontext nationaler und internationaler Zusammenarbeit

Die Bundespolizei arbeitet in der Kriminalitätsbekämpfung europä- und weltweit intensiv mit anderen Staaten zusammen. Diese grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Form internationaler Rechtshilfe in strafrechtlichen Angelegenheiten hat sich seit den 1990er Jahren rasant entwickelt. Ziel war und ist es, laufende oder geplante Ermittlungsverfahren sowie operative Maßnahmen in den teilnehmenden Staaten zu unterstützen. Der Informationsaustausch erfolgt überwiegend auf dem Europol- sowie dem Interpolkanal. Der Austausch von Informationen zwischen den europäischen Sicherheitsbehörden wird dabei vorwiegend über das durch Europol bereitgestellte Nachrichtenübermittlungssystem SIENA (Secure Information Exchange Network Application) vorgenommen. Die Zentralstellenfunktion für Deutschland hat das Bundeskriminalamt inne. Das Bundespolizeipräsidium ist die zuständige Prüf- und Bewilligungsbehörde für die Bundespolizei und entscheidet über ein- und ausgehende Ersuchen in strafrechtlichen Angelegenheiten. Sie übernimmt zudem die fachliche Verantwortung für Auslieferungen, Durchlieferungen und die Überstellung Strafgefangener.

Seit 2009 stiegen die Ersuchen zwischen der Bundespolizei und externen Partnern kontinuierlich an. Das Gesamtaufkommen innerhalb der Bundespolizei „Internationale Rechtshilfe“ belief sich 2021 auf 13.376 Vorgänge und erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr um über acht Prozent. Den größten Anteil innerhalb des Rechtshilfeschriftverkehrs nahmen die Ersuchen der Bundespolizeiinspektionen, der ausländischen Sicherheitsbehörden sowie die entsprechenden Antworten ein. Die Anzahl der gestellten Rechtshilfeersuchen seitens der Bundespolizei an das Ausland sowie der Ersuchen aus dem Ausland an die Bundespolizei stieg 2021 im Vorjahresvergleich um sieben Prozent.

Bei der Verfolgung grenzüberschreitender Kriminalitätsphänomene ist die enge Vernetzung und Zusammenarbeit mit internationalen Partnern von herausragender Bedeutung.

Projektgruppe Smart Borders Bundespolizei

Auf dem Weg zu einer modernen Grenzpolizei: Die nationale Umsetzung der Smart-Borders-Agenda der EU innerhalb der Bundespolizei schreitet weiter voran. Wie alle Mitgliedstaaten muss auch Deutschland bis Ende 2022 alle Maßnahmen für eine erfolgreiche Umsetzung insbesondere des Ein- und Ausreisensystems (Entry-Exit-System – EES) treffen.

Die Inbetriebnahme des EES führt zu einer umfassenden Digitalisierung des Grenzkontrollprozesses von Drittstaatsangehörigen¹ an den Schengen-Außengrenzen. Es handelt sich um ein elektronisches Ein- und Ausreiseregister, in dem zukünftig alle Drittstaatsangehörigen registriert werden, die für einen Kurzaufenthalt² in den Schengen-Raum einreisen. Hierfür werden während der Grenzkontrolle biometrische Daten (Gesichtsbilder und Fingerabdrücke) erfasst und drei Jahre lang in einem europäischen Zentralsystem gespeichert. An die Stelle des bisherigen manuellen Abstempelns von Reisedokumenten treten elektronische Ein- und Ausreisedaten, welche mit den biografischen und biometrischen Daten der jeweiligen Drittstaatsangehörigen verknüpft werden. Dies geschieht im Einklang mit den EU-Datenschutzvorschriften.

Für die Erfassung des Gesichtsbildes eines jeden Drittstaatsangehörigen wurde 2021 die Beschaffung von modernen Erfassungssystemen für die Grenzkontrolle initiiert. Bei der Inbetriebnahme des EES im September 2022 werden alle Grenzkontrollschalter an deutschen Flug- und Seehäfen mit diesen Geräten ausgestattet sein.

Dieses Projekt wird aus Mitteln des Fonds für die innere Sicherheit der Europäischen Union kofinanziert.



Die Projektgruppe arbeitet gemeinsam mit Vertretern der Luftverkehrsindustrie mit Hochdruck an der Implementierung sogenannter Self-Service-Systeme. Mit ihnen können Reisende aus Drittstaaten die eigenen alphanumerischen Pass- sowie biometrischen Daten bereits vor der manuellen Grenzkontrolle eigenständig erfassen. Ziel ist es, den Prozess der manuellen Grenzkontrolle weiter zu beschleunigen.

Im Dezember 2021 wurde seitens der Europäischen Union eine Anpassung der Zeitplanung für die Smart Borders Agenda beschlossen. Diese sieht nunmehr die Einführung des EES voraussichtlich im September 2022 vor.

¹ Staatsangehörige, die nicht der Europäischen Union oder dem Europäischen Wirtschaftsraum angehören
² Kurzaufenthalte sind alle Aufenthalte von höchstens 90 Tagen in einem Zeitraum von 180 Tagen.

Luftsicherheitskontrollen



An den deutschen Verkehrsflughäfen waren die Auswirkungen der Pandemie auch 2021 noch deutlich spürbar. Im Vergleich zum Jahr 2020 stieg das Fluggastaufkommen von 63,6 Millionen auf rund 78,2 Millionen Fluggäste¹ an. Davon flogen rund 26 Millionen Fluggäste von Flughäfen ab, an denen die Bundespolizei für die Durchführung der Luftsicherheitskontrollen zuständig ist. Bei 26 019 604 durchgeführten Luftsicherheitskontrollen wurden 250 850 gefährliche oder nach dem Luftsicherheitsgesetz verbotene Gegenstände aufgefunden und deren Mitnahme durch die Bundespolizei unterbunden. Dies stellt im Vergleich zum Jahr 2020 eine Steigerung von rund 60,3 Prozent dar. Die Kontrollen werden von Luftsicherheitsassistenten durchgeführt, die für private Sicherheitsdienstleister im Auftrag der Bundespolizei tätig sind.

¹ An- und abfliegend, ohne Transitverkehr

26 019 604
durchgeführte
Luftsicherheitskontrollen

250 850
hierbei festgestellte
verbotene Gegenstände



163
Schusswaffen



710
Schusswaffen-
nachbildungen



2 369
Munitionsteile und
pyrotechnische
Erzeugnisse



207 520
im Handgepäck



41 398
im Reisegepäck



1 932
an Personen

Passenger Name Records

Die Verarbeitung von Passagierdaten (Passenger Name Records – PNR) dient der Verhütung, Aufdeckung und Verfolgung von terroristischen Straftaten und schwerer Kriminalität. Sie erfolgt seit 2018 auf Basis des Fluggastdatengesetzes und der europäischen Richtlinie (EU) 2016/681.

24 Flughäfen wenden das behördenübergreifende Verfahren an, das den kommerziellen, zivilen und grenzüberschreitenden Flugverkehr erfasst. Das Bundeskriminalamt übermittelte in 2021 insgesamt 48 511 PNR-Folgemaßnahmen an die Leitstelle im Bundespolizei-Präsidium. Trotz anhaltend niedriger Passagierzahlen durch die Covid-19-Pandemie ist dies ein Anstieg um 91,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr (25 280) beziehungsweise 445 Prozent gegenüber 2019 (10 900). In 2021 vollstreckte die Bundespolizei auf dieser Grundlage 2 402 Haftbefehle.¹

Grenzpolizeiliche Unterstützungsbeamte Ausland (GUA) und Dokumenten- und Visumberater (DVB) wurden in 614 Fällen an PNR-Folgemaßnahmen beteiligt. In zahlreichen Fällen konnten bereits im Ausland Beförderungsausschlüsse erwirkt und Schleusungshandlungen auf dem Luftweg verhindert werden. Mit einem Anteil von 56 Prozent bildete der Schengen-Binnenverkehr den Schwerpunkt dieser Feststellungen.

PNR hat sich als effiziente Ergänzung zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität bewährt. Besonders hervorzuheben ist im zurückliegenden Jahr die verstärkte Nutzung der PNR-Musterfunktionalität durch die Bundespolizei. Bei diesem automatisierten Abgleich werden die Fluggastdaten gegen festgelegte Indikatoren geprüft, um potenziell relevante Flugbuchungen zu identifizieren. Ziel ist es, bislang unerkannte Urkunden- und Schleusungsdelikte aufzudecken.

¹ Inklusive der durch die Bundespolizei im Rahmen der Informationsverdichtung identifizierten Haftbefehle und Fahndungsnotierungen zu Personen und/oder Sachen

Länderspezifisches Informations- und Erkenntnissystem

Das Länderspezifische Informations- und Erkenntnissystem (LIES) ist ein speziell für Grenzkontrollbeamte entwickeltes Informationsportal. Mit ihm können sämtliche verfügbaren Informationen über ein Reisedokument abgerufen werden. LIES ist nach Ländern gegliedert, enthält aktuelle Warnhinweise und zeigt mit nur wenigen Klicks, welche Einreisevoraussetzungen die überprüfte Person erfüllen muss. Die Anwendung ist nicht nur für die Kontrollebene an den Flughäfen interessant, sondern auch für Nutzer, die grenzpolizeiliche Informationen übersichtlich aufbereitet benötigen. Die zentrale Verarbeitung und übersichtliche Bereitstellung von Informationen über Länder und Dokumente verbessert die Kontrollqualität erheblich. LIES verzeichnete in 2021 rund 3,5 Millionen Aufrufe im Monat.

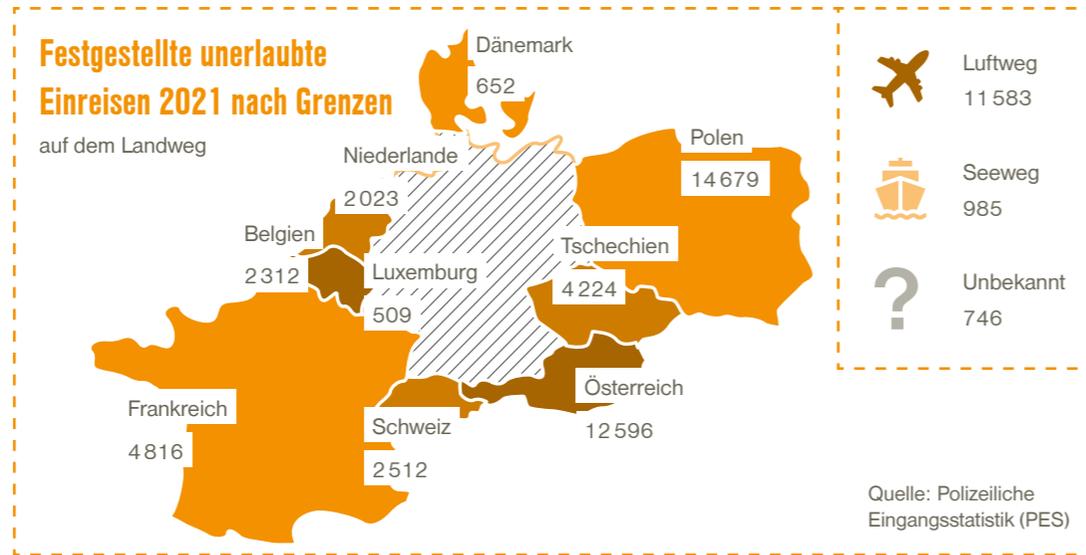


Migration

In 2021 waren ein verändertes Reiseverhalten sowie eine Zunahme illegaler Migration an allen Grenzabschnitten zu verzeichnen. Dabei stellten spezifische Migrationsphänomene die Bundespolizei vor besondere Herausforderungen. Insgesamt wurden 57 637 unerlaubte Einreisen nach Deutschland registriert. Dies stellt einen Anstieg zum Vorjahr um 63 Prozent sowie den Höchststand seit 2017 dar.

Nach Angaben der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache Frontex haben die Mitgliedstaaten der EU im Jahr 2021 insgesamt 196 034 unerlaubte Grenzübertritte über die EU-/Schengen-Außengrenzen festgestellt. Dies sind 57 Prozent mehr als 2020 (125 226). Die Hauptmigrationsrouten über das Mittelmeer und den Atlantik sowie die Balkanrouten waren weiterhin von Bedeutung. Allerdings gab es 2021 einen deutlichen Rückgang der Migration auf dem See- und Landweg aus der Türkei nach Griechenland. Die östliche Landroute, in den Vorjahren nahezu bedeutungslos für die illegale Migration in die EU, nahm spätestens im zweiten Halbjahr eine besondere Rolle ein. Ungeachtet der Zugangssituation über die EU-/Schengen-Außengrenzen blieb für Deutschland die Sekundärmigration und die irreguläre Binnenmigration, insbesondere aus Griechenland, von hoher Bedeutung.

Anfang 2021 fielen der Bundespolizei zunehmend Personen mit Aufenthaltsrecht in Griechenland auf, die nach Zuerkennung eines Schutzstatus für Flüchtlinge oder subsidiären



Schutzes von griechischen Flughäfen mehrheitlich nach Deutschland weiterreisen, um erneut ein Schutzersuchen zu stellen. Diese Form der Sekundärmigration war 2021 eine der größten Herausforderungen für die grenzpolizeiliche Aufgabenwahrnehmung in Deutschland. An Spitzentagen wurden mehr als 100 Personen festgestellt, die diesem Phänomen zuzuordnen waren. Diverse obergerichtliche Entscheidungen hinsichtlich der Unterbringung und Versorgung von Schutzberechtigten in Griechenland und die damit einhergehende temporäre Aussetzung von Rückführungen dürften zu den vermehrten Ausreisen aus Griechenland beigetragen haben.

In Summe stellte die Bundespolizei 2021 an den deutschen Flughäfen im Rahmen der Binnengrenzfahndung an den deutschen Landgrenzen sowie im Inland rund 11 500 Personen fest, die als bereits in Griechenland anerkannte Schutzberechtigte nach Deutschland reisten,

um einen erneuten Asylantrag zu stellen. Dabei handelte es sich insbesondere um afghanische sowie irakische und syrische Staatsangehörige.

Da das Ausmaß dieser Sekundärmigration von den Kapazitäten der Flugverbindungen aus Griechenland abhängig war, gingen die Feststellungen in den Sommermonaten temporär zurück. Ab November 2021 stiegen sie mit mehr als 300 festgestellten Personen pro Woche erneut auf ein hohes Niveau an.

Ab August war die Bundespolizei einem hohen Migrationsdruck an der deutsch-polnischen Grenze ausgesetzt. Nach verschärften Sanktionen der EU gegenüber Belarus – als Reaktion auf die erzwungene Landung eines Luftfahrzeuges am 23. Mai 2021 – drohte das belarussische Regime offen damit, illegale Migration über die belarussischen Grenzen in die EU nicht länger zu verhindern. Infolgedessen reisten mehrere tausend Personen innerhalb kürzester

Zeit auf dem Luftweg nach Belarus, um von dort unerlaubt in die EU einzureisen. Zunächst betraf dies die litauisch-belarussische, kurzzeitig die lettisch-belarussische und anschließend vor allem die polnisch-belarussische Landgrenze. Alle drei Staaten hatten mit einem robusten Grenzschutz und flankierenden rechtlichen Maßnahmen (Ausnahmestand, Notstand, Einschränkung Ausländer- und Asylrecht) dazu beigetragen, die illegale Migration einzudämmen. Während des dortigen Frontex-Rapid-Einsatzes kamen an der litauisch-belarussischen Grenze auch Kräfte sowie ein Hubschrauber der Bundespolizei zur Unterstützung des litauischen Grenzschutzes zum Einsatz.

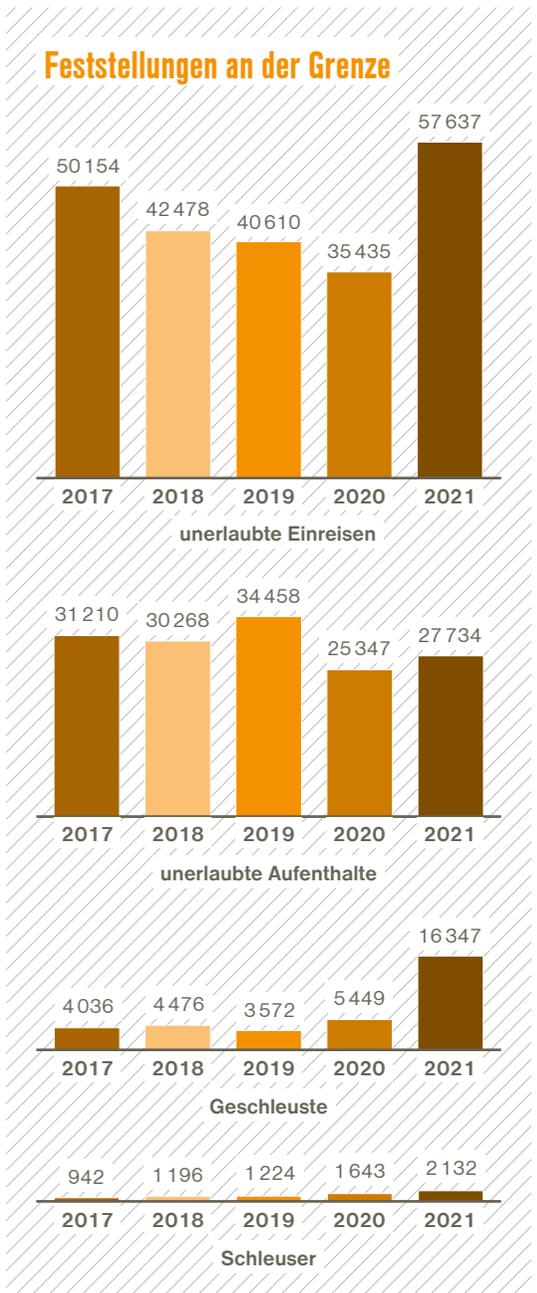
Die Situation in den östlichen Nachbarstaaten blieb auch für Deutschland nicht folgenlos. Beginnend Ende August, mit dem Höchststand im Oktober, stellten die Bundespolizeidirektionen Bad Bramstedt, Pirna und Berlin vermehrt unerlaubt eingereiste Personen fest, die zuvor über Belarus eingereist waren. Dabei handelte es sich vor allem um irakische und syrische, aber auch jemenitische und iranische Staatsangehörige.

Mitunter dreistellige Feststellungen binnen eines Tages forderten die Bundespolizeiinspektionen in der Folge personell, materiell und logistisch heraus. Notwendige Schritte zur Bewältigung der Lage – wie etwa die Einrichtung von Bearbeitungsstraßen – wurden mit Unterstützung durch Bundespolizeidienststellen aus dem gesamten Bundesgebiet veranlasst. Bei ihren intensivierten Maßnahmen unterhalb der Schwel-

le wiedereingeführter Grenzkontrollen stellte die Bundespolizei insgesamt 11 228 unerlaubte Einreisen fest, die der illegalen Migration über Belarus zuzuordnen waren, darunter zwei Schleusungen mit Todesfolge.

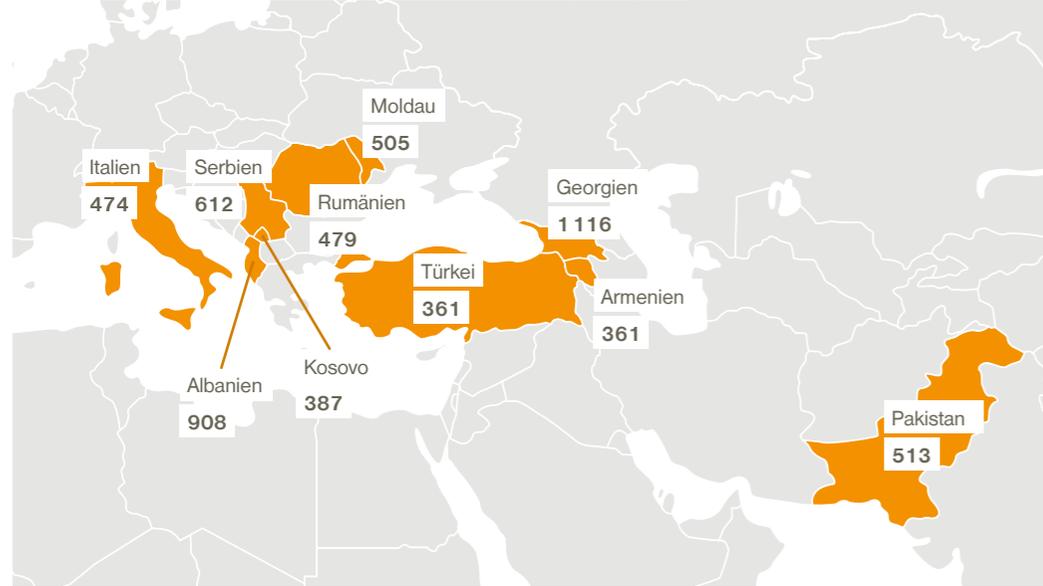
Durch außenpolitische Bemühungen der EU kamen weniger potenzielle Migranten mit Flügen aus den Herkunfts- und Transitländern in Belarus an. Infolge weniger Ankünfte in Belarus, der Einrichtung von Rückkehrflügen in den Irak und eines robusten Außengrenzschutzes gingen die Feststellungen zum Ende des Jahres sowohl an den EU-Außengrenzen als auch in Deutschland deutlich zurück. Die Staatsangehörigen der drei häufigsten Herkunftsländer Irak, Afghanistan und Syrien machten etwa die Hälfte aller grenzpolizeilich festgestellten, unerlaubt eingereisten Personen aus. Eine erhebliche Zunahme festgestellter Personen aus diesen drei Herkunftsländern im Vergleich zu den Vorjahren.

Neben der Migration über Belarus und der Sekundärmigration aus Griechenland führten Kontrollen und Fahndungen der Bundespolizei an allen Grenzen zu zahlreichen Feststellungen von illegaler Migration innerhalb der EU-Mitgliedstaaten auf dem Land-, Luft- und Seeweg. Dabei standen auch sogenannte Behältnisschleusungen, eine besonders gefährliche Form der illegalen Migration, erneut im Fokus. Hierbei werden Menschen oftmals tagelang ohne jegliche Versorgung in Lkw eingeschlossen. Diese Fahrten gingen vor allem von Ländern der Balkanregion aus.



Rückführungen

Zielstaaten der Rückführung auf dem Luftweg - Top 10



Im Jahr 2021 wurden von 33 623 geplanten Rückführungen 15 074 auf dem Land-, Luft- und Seeweg vollzogen. 11 895 Kräfte der Bundespolizei waren im Jahr 2021 als „Personenbegleiter Luft“ im Rahmen von Rückführungsmaßnahmen im Einsatz.

11 658 Rückführungen erfolgten auf Veranlassung der Länder und weitere 3 416 in bundespolizeilicher Aufgabenwahrnehmung.

Die Bundespolizei verfügte Ende 2021 über 1 850 „Personenbegleiter Luft“.

Hauptsächlich für die Diskrepanz zwischen den geplanten und vollzogenen Rückführungen war auch 2021, dass zur Abschiebung vorgesehene Personen der Bundespolizei aus unterschiedlichsten Gründen am Flugtag nicht zur Rückführung übergeben wurden.

Rückführungen

33 623	15 074
geplante	vollzogene
11 658	3 416
für die Länder	für die Bundespolizei

10 800	↗	11 982
2020		2021
Abschiebungen		

2 883	↗	3 092
2020		2021
Zurückschiebungen		

1 732	↗	1 850
2020		2021
Personenbegleiter Luft		

Humanitäre Aufnahmeverfahren

Deutschland realisierte trotz maßgeblicher Einschränkungen durch die Covid-19-Pandemie die humanitäre Aufnahme von Personen aus Libanon, Niger, Kenia, Jordanien und Ägypten im Rahmen von Bundesaufnahmeverfahren nach § 23 Abs. 4 des Aufenthaltsgesetzes sowie im Rahmen von Landesaufnahmeverfahren. Die 2020 begonnenen Verfahren zur Unterstützung von Malta, Italien (jeweils Seenotrettung) und Griechenland (Sonderaufnahmeverfahren) wurden fortgeführt. Um das Sicherheitsniveau in diesen Verfahren zu steigern, führte die Bundespolizei gemeinsam mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz sowie dem Bundeskriminalamt Befragungen vor Ort durch. Unter Beteiligung der Bundespolizei wurden im Rahmen der Resettlement-Verfahren des Bundes und der Länder 3 177 Personen in Deutschland aufgenommen.

Evakuierungsflüge Afghanistan (AFG) – Deutschland (DEU)

Nach der Machtübernahme der Taliban im August 2021 entstand eine Luftbrücke (Kabul – Taschkent – Deutschland), mit welcher deutsche Staatsangehörige, afghanische Ortskräfte und weitere besonders gefährdete Personen durch die Bundeswehr aus Kabul evakuiert wurden. Die Bundespolizei bewältigte mit großem personellen und materiellen Aufwand sowie in enger Kooperation mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die erste Phase der Evakuierung an den Flughäfen Frankfurt am Main und Hannover. Im Anschluss wurden bis zu vier Evakuierungsflüge pro Woche über die Flughäfen Hannover, Düsseldorf und Leipzig bearbeitet.

4 865	
Gesamt (bis 30.08.2021)*	
davon AFG	davon DEU
4 057	467

11 033	
Gesamt (2021)*	
davon AFG	davon DEU
10 090	607

* Die Zahl umfasst auch Staatsangehörige diverser anderer Staaten.

Zuverlässigkeits- und Sicherheitsüberprüfungen

Im Jahr 2021 haben die Ausländerbehörden in Deutschland insgesamt 765 291 Personendatensätze automatisiert an die Bundespolizei übermittelt. Dies diente der Feststellung möglicher Versagungsgründe oder der Prüfung möglicher Sicherheitsbedenken vor der Erteilung oder Verlängerung eines Aufenthaltstitels, einer Duldung oder Aufenthaltsgestattung. Das Verfahren stützt sich auf § 73 Abs. 2 des Aufenthaltsgesetzes. Die Trefferquote lag im bundespolizeilichen Zuständigkeitsbereich bei sieben Prozent. Den Ausländerbehörden wurden zu mehr als 53 000 Personen bundespolizeiliche Erkenntnisse übermittelt.

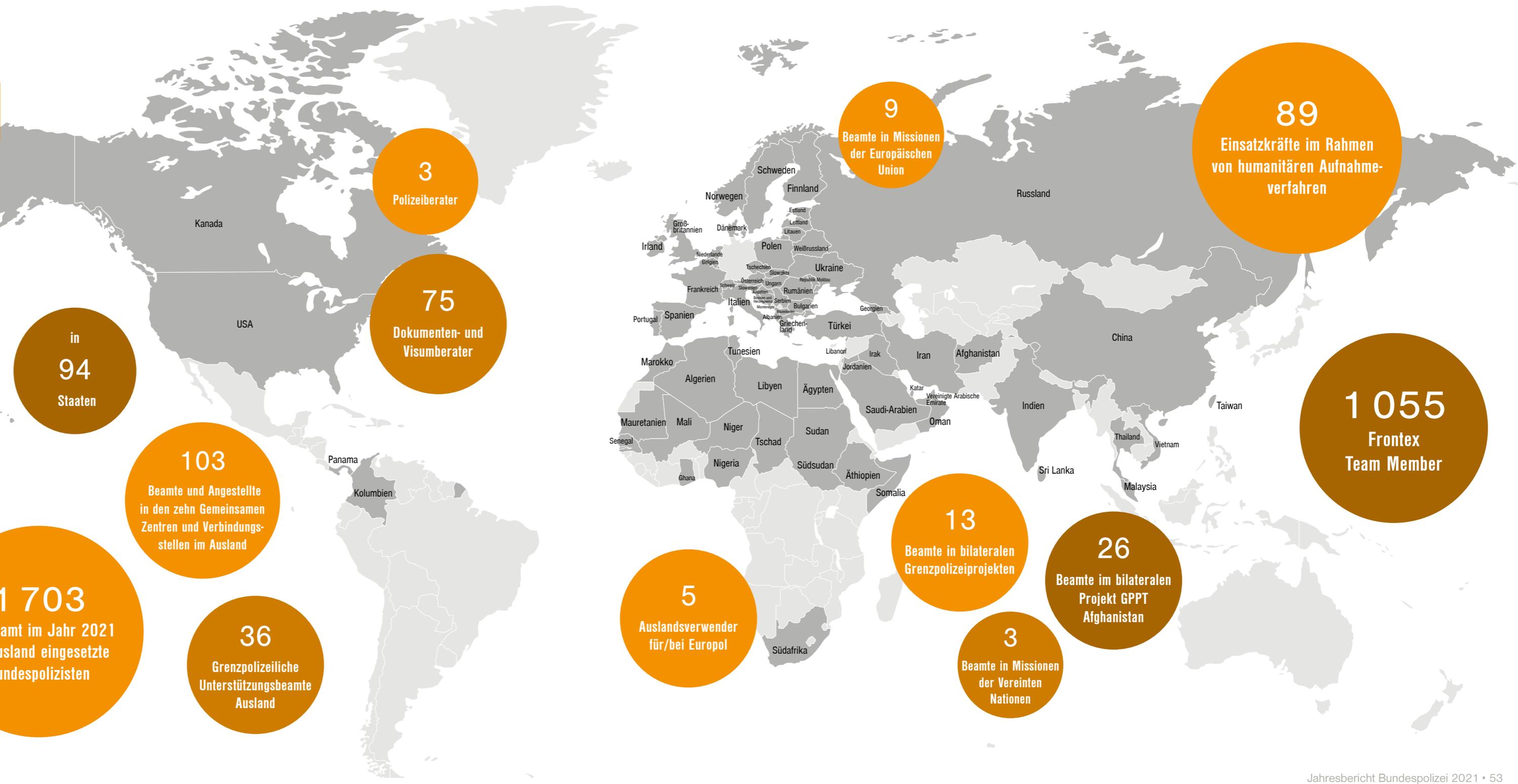
Die Bundespolizei ist seit September 2021 über das Bundesverwaltungsamt (BVA) an das elektronische Konsultationsverfahren im Asylkontext (AsylKon) angeschlossen. Dies ermöglicht es, Datensätze von asylsuchenden sowie unerlaubt eingereisten Personen nach der (Erst-)Registrierung einer sofortigen, automatisierten Überprüfung im Ausländerzentralregister (AZR) zu unterziehen. Im letzten Quartal 2021 hat die Bundespolizei 149 077 Personendatensätze überprüft. Von den täglich rund 1 300 eingegangenen Anträgen führten 33 Prozent der überprüften Datensätze zu Treffern, bei denen es sich überwiegend um Erkenntnisse zu Straftaten nach dem Aufenthaltsgesetz handelte.

Die Luftsicherheitsbehörden der Länder übermittelten der Bundespolizei insgesamt 64 632 (2020: 27 347) Personendatensätze für luftsicherheitsrechtliche Zuverlässigkeitsüberprüfungen gemäß § 7 des Luftsicherheitsgesetzes. Es wurden 497 Treffer in den bundespolizeilichen Systemen festgestellt.

Auslandsverwendungen

Einsätze und Verwendungen im Ausland orientieren sich an den Aufgaben der Bundespolizei. Sie ergänzen insbesondere die nationalen grenzpolizeilichen Maßnahmen zur Verhinderung der illegalen Einreise und Migration. In Hilfs- und Ausbildungsmaßnahmen werden Partnerbehörden auf den Hauptmigrationsrouten gestärkt und ertüchtigt und tragen so unmittelbar vor Ort zur Stabilisierung bei. Krisen und staatliche Instabilität begünstigen Kriminalität bis hin zum Terrorismus und können zur Migration führen. Bilaterale Aufbauprojekte und die Beteiligung an Missionen der EU und der Vereinten Nationen sollen örtliche Sicherheitsbehörden wieder in die Lage versetzen, ihre Aufgaben eigenständig und rechtsstaatlich wahrzunehmen.

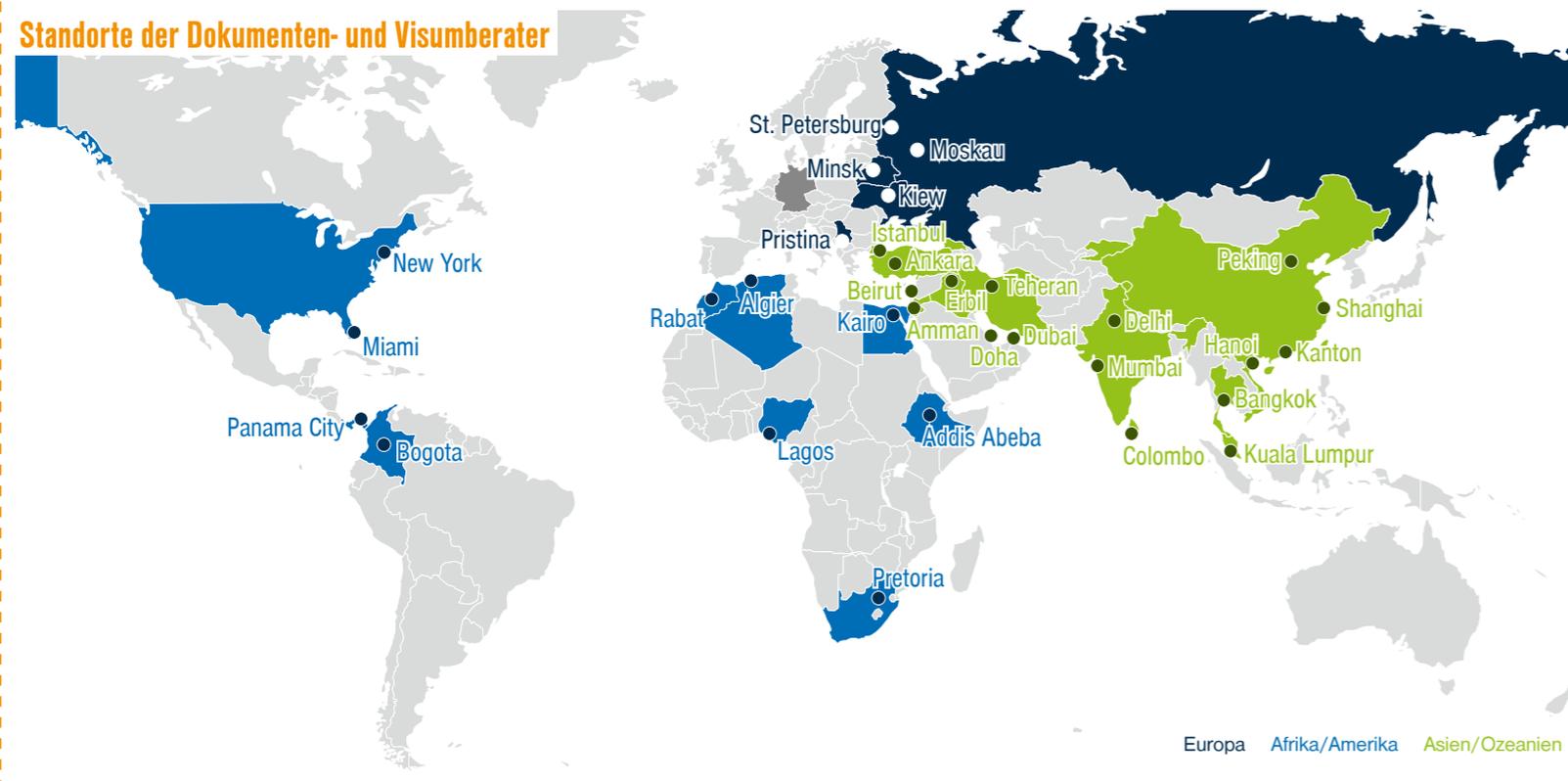
Vor dem Hintergrund der Covid-19-Pandemie wurden im Jahr 2021 die Entsendungen im Ansatz reduziert oder auf das Jahr 2022 verschoben. Die Aufgaben der polizeilichen Ausbildungshilfe (PAH) waren hiervon am stärksten betroffen.



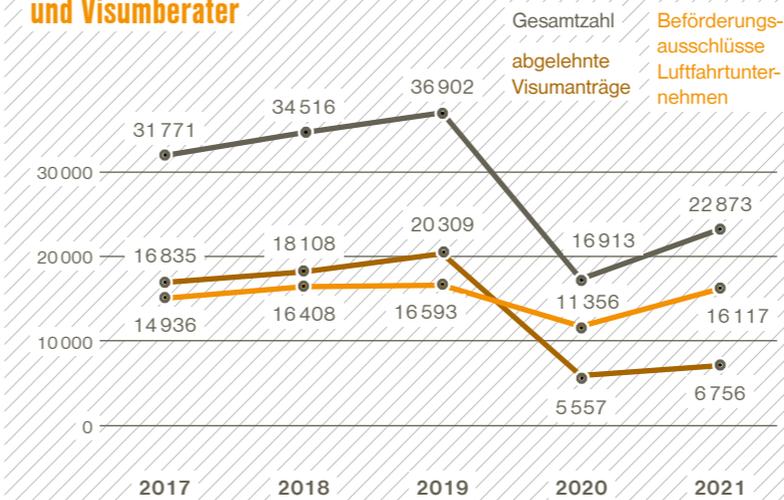
Dokumenten- und Visumberater

Dokumenten- und Visumberater (DVB) treten bereits in den Herkunfts- und Transitländern durch ihre Beratung zu den einheitlich europäischen Einreisebestimmungen der illegalen Migration auf dem Luftweg nach Deutschland entgegen. 2021 haben 75 DVB an 32 Standorten in 26 Ländern insgesamt 22 873 unerlaubte Einreisen im Ansatz verhindert. Hierzu fanden 69 614 Beratungen von Behörden und Organisationen an den Auslandsflughäfen und 23 163 Visaprüfungen statt. Davon wurden 16 117 Beförderungsausschlüsse durch Luftfahrtunternehmen nach Beratung durch DVB ausgesprochen, 6 756 Visumanträge abgelehnt und 5 069 Beschäftigte verschiedener Luftfahrtunternehmen und Visastellen geschult.

Standorte der Dokumenten- und Visumberater



Verhinderte unerlaubte Einreisen durch Dokumenten- und Visumberater



Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache Frontex

Die Zusammenarbeit mit Frontex ist ein wesentlicher Bestandteil der Sicherheit der europäischen Außengrenzen. Deutschland unterstützt die Fortentwicklung der Agentur und ihre Rolle in der europäischen Sicherheitsarchitektur.

Die Bundespolizei ist größter europäischer Kontingentsteller und entsendet neben Personal und Diensthunden auch Boote, Hubschrauber, Fahrzeuge und anderes technisches Gerät zu Frontex. Bundespolizeiangehörige werden dabei auch außerhalb der EU, beispielsweise in Serbien, Nord-Mazedonien, Montenegro, Albanien, Georgien, der Ukraine oder der Republik Moldau eingesetzt.

Im Jahr 2021 wurden 1 055 Beamte der Bundespolizei, neben weiterem Personal der Polizeien der Länder, der Bundeszollverwaltung sowie des Bundeskriminalamtes unter der Ägide von Frontex in insgesamt 26 Staaten entsandt. In der Frontex-Operation „Poseidon“ sind seit März 2016 kontinuierlich zwei Kontroll- und Streifenboote mit bis zu 20 Besatzungsmitgliedern aus Bund und Ländern zur Unterstützung der griechischen Behörden in der Ägäis im Einsatz.

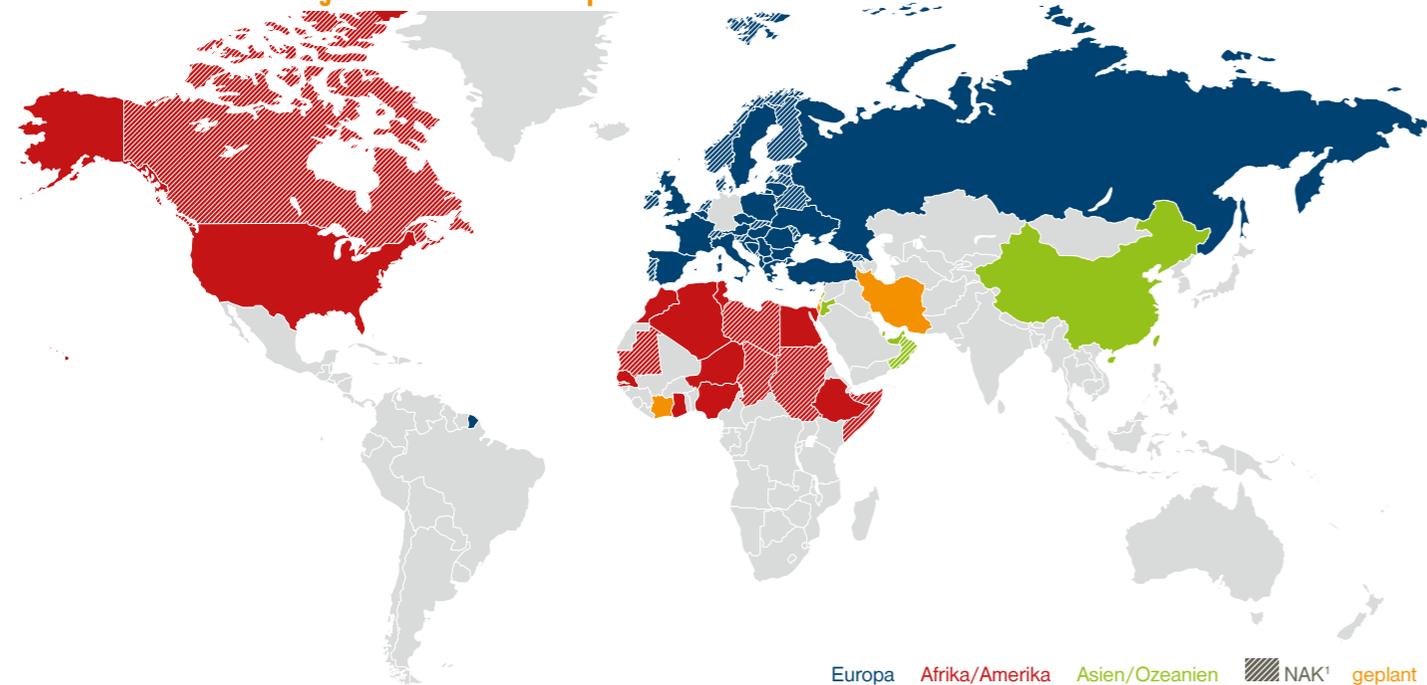
Die Bereitstellung von Einsatzkräften erfolgt seit dem 1. Januar 2021 verpflichtend und mit größerem Umfang als in den bisher freiwilligen Beiträgen. Zur personellen Verstärkung von Frontex wurde bei der Bundespolizei ein Personalpool eingerichtet. Es konnten 61 Frontex Team Member für die Langzeitsendungen des Frontex Standing Corps rekrutiert werden. Sie sind der Agentur seit Januar 2021 für die Dauer von zwei Jahren zugewiesen. Ferner wurden 822 Einsatzkräfte in Kurzzeitsendungen von bis zu vier Monaten in diverse Einsatzorte in Mitglieds- und Drittstaaten entsandt.

Verbindungsbeamte der Bundespolizei

Die Verbindungsbeamten der Bundespolizei (VB BPOL) stellen den Informationsaustausch auf strategischer und operativer Ebene sicher. Sie koordinieren die Rückführung von illegal nach Deutschland eingereisten Personen in ihre Herkunftsländer, beraten und unterstützen in der Luftsicherheit, bei Polizeikooperationen und der grenzpolizeilichen Sicherheitskooperation. Sie begleiten vor Ort die polizeiliche Ausbildungs- und Ausstattungshilfe. 2021 waren weltweit 40 VB BPOL in 64 Staaten eingesetzt.



Standorte der Verbindungsbeamten der Bundespolizei



¹ Nebenakkreditierung, weiterer zu betreuender Staat

Polizeiliche Schutzaufgaben Ausland

Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 des Bundespolizeigesetzes unterstützt die Bundespolizei das Auswärtige Amt bei der Wahrnehmung von Aufgaben zum Schutz deutscher Auslandsvertretungen. Dazu berieten 26 Sicherheitsberaterinnen und Sicherheitsberater (SIB) sowie 28 Sicherheitsbeamte die deutschen Auslandsvertretungen in personellen und fachlichen Fragen. Des Weiteren gewährleistet die Bundespolizei mit 192 Polizeivollzugsbeamten polizeiliche Schutzaufgaben im Ausland.

Gemeinsame Zentren von Polizei und Zollzusammenarbeit

Die Erhebung von Informationen und deren unmittelbarer Austausch mit benachbarten Polizei-, Zoll- und Grenzbehörden sind entscheidend für die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität. In insgesamt zehn Verbindungsstellen und Gemeinsamen Zentren der Polizei- und Zollzusammenarbeit (GZ) sind mehr als 100 Bundespolizeiangehörige für die Gewinnung, Verarbeitung und Steuerung von Informationen eingesetzt. Die Zusammenarbeit der GZ mit den Partnerbehörden ist entscheidend für alle Aufgabenbereiche der Bundespolizei. GZ sind ein wichtiges Bindeglied zwischen Deutschland und den Anrainerstaaen.



Grenzpolizeiliche Unterstützungsbeamte Ausland

2021 kamen 36 Bundespolizistinnen und -polizisten als Grenzpolizeiliche Unterstützungsbeamte Ausland (GUA) an grenzpolizeilich bedeutsamen Flug- und Seehäfen in Griechenland, Italien, Frankreich, Spanien sowie Kroatien zum Einsatz. Ihre Aufgabe innerhalb der bilateralen Kooperation mit den Sicherheitsbehörden der jeweiligen Staaten sowie verschiedenen Luftfahrtunternehmen beinhaltet die Verhinderung der Sekundärmigration nach Deutschland sowie die Bekämpfung von Urkunden- und Kfz-Sachwert-Delikten.

Der Mehrwert des Einsatzspektrums der GUA wird für 2021 am Beispiel Griechenland deutlich: Trotz pandemiebedingter Einschränkungen im Reiseverkehr an den vier griechischen Flughäfen Athen, Thessaloniki, Heraklion und Rhodos waren die GUA an insgesamt 6 420 Beförderungsausschlüssen (davon 4 820 auf Flügen nach Deutschland) direkt beteiligt. Dabei wurden 110 Schleuser und 6 319 inkriminierte Dokumente erkannt. Den deutschen Flughafendienststellen wurden zusätzlich auf 1 516 Flügen insgesamt 9 629 Personen im Kontext der Sekundärmigration angekündigt.

Die Zusammenarbeit mit der spanischen Policía Nacional führte darüber hinaus zu einem zehnmonatigen Einsatz von GUA im Nationalen Koordinierungszentrum für Migration in Madrid.



Missionen für den Frieden

Durchschnittlich 60 Bundes- und Landespolizisten sowie Angehörige des Bundeskriminalamtes und der Bundeszollverwaltung beteiligten sich 2021 an 14 Friedensmissionen (davon fünf Missionen der Vereinten Nationen und neun der Europäischen Union). Der Einsatz diente unter anderem dem Schutz der Zivilbevölkerung sowie dem Auf- und Ausbau der Sicherheitsbehörden vor Ort. Er trug so zur Stabilisierung von Krisenregionen bei, wodurch auch ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung von Fluchtursachen geleistet wurde. Bis zur Beendigung des bilateralen Polizeiprojekts in Afghanistan waren diesem zusätzlich 26 Bundes- und Landespolizisten zugewiesen.



United Nations Multidimensional Integrated Stabilization Mission in Mali (MINUSMA)

Die MINUSMA ist eine Mission der Vereinten Nationen (VN) zur Friedenssicherung in Mali. Angesichts der durch die Tuareg-Rebellion entstandenen multidimensionalen Krise, die das Land seit 2012 im Hinblick auf Sicherheit, Politik sowie die humanitäre und soziale Lage erlebte, etablierten die Vereinten Nationen eine vielschichtige Mission.

Der Schwerpunkt der MINUSMA liegt in der Unterstützung und Beratung zu politischen und institutionellen Reformen, der Wiederherstellung und Ausweitung der staatlichen Autorität und Rechtsstaatlichkeit sowie der Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration bewaffneter Gruppen. Die Durchführung inklusiver, freier, fairer und transparenter Wahlen wird unter anderem durch die Bereitstellung logistischer und technischer Hilfe sowie umfangreicher Sicherheitsvorkehrungen unterstützt. Der Schutz der

Zivilbevölkerung vor Angriffen bewaffneter Rebellen, insbesondere der von Gewalt betroffenen Frauen und Kinder, gehört ebenso zum Auftrag der Mission.

Darüber hinaus garantiert die Mission Unterstützungshilfe der malischen Behörden beim Schutz und der Förderung der Menschenrechte bei der Einhaltung des humanitären Völkerrechts sowie der Gerichtsbarkeit der Verantwortlichen von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Mali.

Mit der Schaffung eines sicheren Umfeldes leistet die Mission schließlich auch einen Beitrag für die Beförderung humanitärer Hilfe und zur freiwilligen und sicheren Rückkehr oder zur lokalen Integration oder Wiederansiedlung von Binnenvertriebenen und Flüchtlingen.

Finanzierungsinstrumente der Europäischen Union

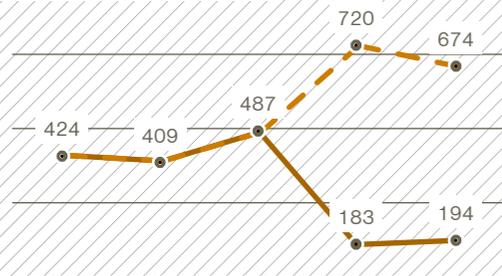
Am 1. Januar 2021 startete der neue Fonds für integrierte Grenzverwaltung im Bereich Grenzmanagement und Visumpolitik mit einem Volumen von circa 145 Millionen Euro. Damit sollen neue Projekte unterstützt sowie Maßnahmen aus dem Vorgängerfonds wie der Fonds für die innere Sicherheit (ISF) zur Stärkung des nationalen Grenz- und Visamanagements fortgesetzt und weiter ausgebaut werden. Für Deutschland liegen die Schwerpunkte der neuen EU-Förderperiode 2021 bis 2027 in den Themen Smart Borders (Interoperabilität, Entry-Exit-System, European Travel Information and Authorisation System, Schengener Informationssystem, Visa-Informationssystem), Dokumenten- und Visumberater, Kapazitätsausbau der Bundespolizeiakademie für Frontex-Aus- und -Fortbildungen und Errichtung einer deutsch-französischen Visastelle in Khartoum/Sudan. Die europäischen Fondsmittel werden durch die im Bundespolizeipräsidium eingerichtete „Verwaltungsbehörde BMVI“ (vormals „Zuständige Behörde ISF“) zentral verwaltet.



Gefördert aus Mitteln des Fonds für die innere Sicherheit der Europäischen Union

Anzahl der Maßnahmen

--- geplant — durchgeführt



Budget in Mio. €



Polizeiliche Aufbauhilfe und Kooperation

Die Polizeiliche Aufbauhilfe und Kooperation (PAH) dient unter anderem der Vorverlagerungsstrategie zur Bekämpfung der illegalen Migration und der damit einhergehenden Kriminalitätsphänomene in den Herkunfts- und Transitstaaten sowie zur Abwehr von Gefahren für den internationalen Luftverkehr. Die PAH erfolgt in 70 Ländern und betrifft die Aufgaben des Grenzschutzes, der maritimen Sicherheit sowie der Luftsicherheit. Der geografische Schwerpunkt lag in 2021 auf dem Westbalkan, Nordafrika sowie der Sahelzone und der Region des Nahen Ostens.

Neben dem Einsatz im Ausland bilden 49 ausländische Verbindungsbeamte in Deutschland die Basis für diese Kooperations- und Aufbauarbeit. In der Tunesischen Republik und dem Königreich Saudi-Arabien betreibt die Bundespolizei zudem Projektbüros.

Die in der PAH eingesetzten Kurz- und Langzeitexperten vermitteln den Ortskräften nach dem „Train-The-Trainer-Prinzip“ das bundespolizeiliche Wissen. Sie fördern damit den Informations- und Erfahrungsaustausch sowie die polizeilichen Fähigkeiten der Partnerbehörden. Die zur Ausbildung benötigte Ausstattung wird zusätzlich durch finanzielle Mittel sowie durch die Bereitstellung von essenziellen Einsatzmitteln, wie beispielsweise Luftsicherheitsanlagen für Flughäfen, unterstützt.



Bilaterales Polizeiprojekt Tunesien

Das 2015 eingerichtete Projektbüro Tunesien ist Ausdruck der (grenz-)polizeilichen Schwerpunktsetzung der Bundespolizei in Nordafrika und des ressortübergreifenden Engagements. Die Polizeiliche Aufbauhilfe (PAH) unterstützt die Tunesische Nationalgarde sowie die lokale Grenz- und Ausländerpolizei bei der Bekämpfung von Terrorismus sowie der grenzüberschreitenden Kriminalität. Die PAH vermittelt demokratische, rechtsstaatliche Grundsätze sowie die Beachtung von Menschenrechten. Tunesien wird beim Grenzschutz, der Dokumenten- und Urkundensicherheit, der Aus- und Fortbildung von Polizeikräften sowie in maritimen Angelegenheiten gefördert. Erfolgreich wurde durch die PAH bis 2020 die Modellregion im Nordwesten des Landes aufgebaut. In 2021 erfolgte eine Ausweitung der PAH an der Grenze zu Libyen.



Europäisches Polizeiprojekt mit AFRIPOL

AFRIPOL steht seit 2017 für den der Afrikanischen Union (AU) nachgeordneten „African Union Mechanism for Police Cooperation“ mit Sitz in Algier (Algerien). Ziel von AFRIPOL ist es, eine effektive und effiziente Zusammenarbeit zwischen den nationalen Polizeikräften Afrikas zu erreichen. Die Bundespolizei unterstützt im Rahmen des ISF-COP-SMUGGLING-Projektes den Aufbau AFRIPOLs hin zu einem funktionierenden Polizei-Koordinationsmechanismus auf dem afrikanischen Kontinent. Zukünftig soll AFRIPOL als polizeilicher Ansprechpartner für Deutschland, Europa und andere internationale Polizeiorganisationen fungieren. Gemeinsam mit dem Bundeskriminalamt sowie den Landespolizeien aus Berlin und Baden-Württemberg treibt die Bundespolizei die Entwicklung eines AFRIPOL-Exzellenznetzwerkes für Forensik voran.



Europäisches Polizeiprojekt SCOPE

Das Projekt SCOPE zielt darauf ab, durch kriminalpolizeilich strategische Partnerschaften die organisierte Kriminalität in der illegalen Migration und damit einhergehende Kriminalitätsphänomene intensiv zu bekämpfen. Der Leitsatz von SCOPE ist mit dem Projekttitel identisch: „Fighting migrant smuggling by establishing common operational partnerships in Europe with third countries“. Das Projekt sieht im Besonderen Kooperationen der Bundespolizei mit Partnerbehörden der Türkei und der Staaten des Westbalkans entlang der Routen der illegalen Migration in die Europäische Union und nach Deutschland vor. Ein Schwerpunkt ist die Verhinderung von lebensbedrohlichen Container- oder Behältnisschleusungen.



Jahresrückblick 2021

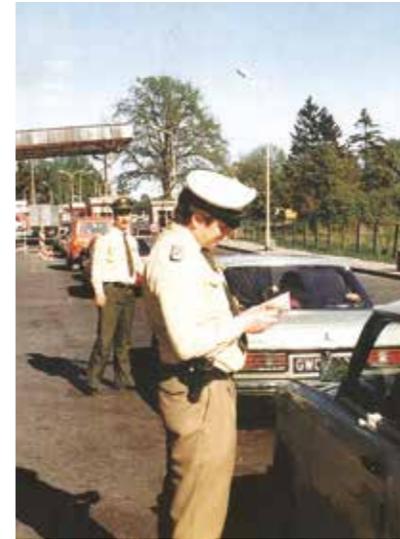


Das Jahr 2021

Januar 2021

Durchsuchungen und Festnahmen im Ermittlungsverfahren „Ramadan“

Am 19. Januar 2021 vollstreckte die Bundespolizei im Auftrag der Staatsanwaltschaft Kempten in Berlin, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Hessen Durchsuchungsbeschlüsse und Haftbefehle gegen international agierende mutmaßliche Schlepper. Dabei waren in acht deutschen Städten mehr als 400 Beamte im Einsatz. Den Beschuldigten, syrische, libanesische und lybische Staatsangehörige, wurden mindestens 23 Fälle des gewerbsmäßigen und bandenmäßigen Einschleusens von Ausländern vorgeworfen. Gegen Bezahlung hoher Geldbeträge sollen mutmaßlich 140 Personen überwiegend syrischer Herkunft mittels Kleintransportern und PKW geschleust worden sein. Das Landgericht Kempten hat im November 2021 rechtskräftig sein Urteil gesprochen und gegen die Beschuldigten mehrjährige Haftstrafen verhängt.



Januar

Februar

März

April

Mai



Februar 2021

Startschuss für die UrkundenBeratungs-App der Bundespolizei

Die neu entwickelte Applikation für dienstliche Smartphones hilft, Reisedokumente auf Echtheit zu prüfen und Ausweismissbrauch vorzubeugen. Die kontrollierenden Beamtinnen und Beamten können sich im Zweifelsfall digital mit einem sogenannten Help Desk in Verbindung setzen. So kann während der Kontrollsituation eine zweite Meinung von Expertinnen und Experten zu Dokumenten wie Reisepässen (echt/unecht/gefälscht/Lichtbildübereinstimmung) eingeholt werden.



Gefördert aus Mitteln des Fonds für die innere Sicherheit der Europäischen Union

März 2021

70 Jahre Bundespolizei

Am 16. März 2021 feierte die Bundespolizei ihren 70. Geburtstag. 1951 als Bundesgrenzschutz (BGS) ins Leben gerufen, blickt die Behörde auf eine ereignisreiche Geschichte zurück. Der BGS entstand während des sogenannten Kalten Krieges. Die Ausbildungsinhalte waren damals noch paramilitärisch geprägt. Das Schengener Abkommen und die Wiedervereinigung beider deutscher Staaten veränderten das Bild der Behörde jedoch stark. 2005 wurde der BGS in „Bundespolizei“ umbenannt. Heute ist die Bundesoberbehörde eine moderne Polizei mit umfangreichem Aufgabenkatalog: Grenzschutz, Bahnpolizei, Luftsicherheit und vieles mehr – im Inland wie im Ausland.



11. Juni bis 11. Juli 2021

16. UEFA-Fußballeuropameisterschaft

Die pandemiebedingt verschobene Endrunde der 16. UEFA-Fußball-Europameisterschaft (UEFA EURO 2020) fand in zehn europäischen Städten und einer asiatischen Stadt (Baku) statt. Deutschland war in diesem Wettbewerb Co-Gastgeber und hat insgesamt vier Spiele am Spielort München – drei Vorrundenbegegnungen sowie eine Begegnung im Viertelfinale – ausgerichtet. Für die jeweiligen Spiele waren pandemiebedingt 14 500 Zuschauer pro Spiel zugelassen. Die Bundespolizei traf im eigenen Zuständigkeitsbereich insgesamt 1 214 Einsatzmaßnahmen und stellte lediglich zehn Straftaten fest. Der Einsatz verlief ruhig. Insgesamt wurden 4 728 Kräfte eingesetzt.



21. Juni 2021

Bundespolizei See übt mit internationalen Partnern des ATLAS-Verbundes

Die Bundespolizei See, die GSG 9 der Bundespolizei sowie der Flugdienst führten nördlich der Insel Rügen eine Übung zum Zusammenwirken internationaler Spezialkräfte bei maritimen Gefahrenlagen durch. Neben der Bundespolizei waren europäische Spezialeinheiten des ATLAS-Verbundes aus Finnland, Dänemark, den Niederlanden, Belgien und Schweden eingebunden. Der ATLAS-Verbund ist ein Zusammenschluss von 38 polizeilichen Spezialeinheiten der EU-Mitgliedstaaten und assoziierten Staaten zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung.

Das Übungsszenario sah die Bewältigung eines terroristischen Angriffs an Bord einer Fähre vor. Die Koordination erfolgte von Bord der neuen Einsatzschiffe der POTSDAM-Klasse aus. Durch ihre Größe, ihren Aktionsradius, das Hubschrauberlandedeck sowie die Möglichkeit der Aufnahme besonderer Einsatzmittel der GSG 9 der Bundespolizei schafften die neuen Schiffe die Voraussetzung, ohne landseitige Unterstützung zu operieren. Die Einsatzkräfte konnten mittels Mehrzweckbooten und Polizeihubschraubern den Zugriff einleiten und die simulierte Gefahrenlage erfolgreich bewältigen.



Juni



4. Juni 2021

Wassereinbruch bei einem Traditionssegler

Am Morgen des 4. Juni 2021 empfing die BP 25 BAYREUTH einen Notruf des Traditionsseglers CARMELAN. Dieser drohte durch Wassereinbruch zu sinken. Kurz darauf traf die BP 25 am Einsatzort ein und nahm den Havaristen längsseits. Das Hauptdeck im Vorschiffsbereich hatte bereits das Niveau der Wasseroberfläche erreicht. Umgehend wurde eine kräftige Lenzpumpe übergeben und in Betrieb genommen. Auch ein Seenotkreuzer der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger erreichte die CARMELAN. Mit insgesamt fünf Pumpen gelang es, die Lage zu stabilisieren. Das Segelschiff konnte vollständig gelenzt und anschließend zu einer Werft nach Kiel-Friedrichsort geschleppt werden.



Juli

Juli 2021

Flutkatastrophe

Rettung zu Land, zu Wasser und aus der Luft – das Jahrhunderthochwasser in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz war für die Bundespolizei der intensivste Einsatz im Jahr 2021.

Ab dem 15. Juli waren in der Spitze bis zu 800 Einsatzkräfte täglich zur Bewältigung der Hochwasserkatastrophe in den besonders stark betroffenen Landkreisen eingesetzt.

Über einen Zeitraum von rund neun Wochen unterstützte die Bundespolizei mit rund 7 650 Einsatzkräften und mit bis zu fünf Polizeihubschraubern täglich die beiden betroffenen Bundesländer.

Ihr Spektrum umfasste unter anderem die Rettung von Menschen aus unmittelbarer Gefahr zu Land, zu Wasser und aus der Luft, Evakuierungen, die Bergung und den Transport von Leichen, das Beräumen von Straßen und Wegen sowie die Verhinderung von Plünderungen. Besonders hilfreich war das umfangreiche Portfolio

der technischen Einsatzhundertschaften. Zum Einsatz kamen neben Booten, Tauch- und Motorpumpen auch schweres Räumgerät und die Wasserwerfer der Bundespolizei, die unter anderem die Trinkwasserversorgung vor Ort sicherstellen konnten.

Des Weiteren stellte die Bundespolizei ihre Liegenschaften für die Unterbringung von Evakuierten zur Verfügung und bereitete bis zu 2 000 Mahlzeiten täglich zur Versorgung der Bürgerinnen und Bürger aus den betroffenen Gebieten zu.

Die psychologische Betreuung aufgrund dieser besonders belastenden Situation übernahmen eine Vielzahl von Seelsorgern sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Psychosozialen Notfallversorgung.

Zusammen mit den Polizeien der Länder, dem Technischen Hilfswerk, den Feuerwehren und Rettungsdiensten sowie der Bundeswehr unterstützte die Bundespolizei die Menschen vor Ort dabei, die Lage zu bewältigen.





31. Juli 2021

Kanus blockieren den Nord-Ostsee-Kanal

Am 31. Juli 2021 blockierten zwölf Kanus im Rahmen der Protestaktion „Ende Gelände“ den Nord-Ostsee-Kanal in Höhe der Hochbrücke Hochdonn. Die Landespolizei Schleswig-Holstein ersuchte die Bundespolizei um Amtshilfe. Die in der Nähe befindliche BP 26 ESCHWEGE konnte die Kolleginnen und Kollegen direkt unterstützen. Das Einsatzschiff sperrte den Demonstrationsort ab und verwies die Kanuten nach Auflösung der Versammlung aus dem Fahrwasser. Nach Aufhebung der Sperrung des Nord-Ostsee-Kanals durch die Landespolizei setzte die ESCHWEGE ihre Fahrt Richtung Nordsee fort.

1. August 2021

Piraterie-Präventionszentrum der Bundespolizei ist „Focal Point“ bei ReCAAP

Die Bundesrepublik Deutschland trat am 1. August 2021 dem völkerrechtlichen Übereinkommen über die Zusammenarbeit zur Bekämpfung der Seeräuberei und bewaffneter Raubüberfälle auf Schiffen in Asien bei (ReCAAP). Derzeit gehören dem Abkommen über 20 Vertragsstaaten an. Das Piraterie-Präventionszentrum der Bundespolizei wurde als zentraler Ansprechpartner Deutschlands bei ReCAAP benannt. Die Organisation hat ihren Sitz in Singapur und leistet seit der Gründung vor über zehn Jahren einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der Piraterie in Asien. Das Piraterie-Präventionszentrum der Bundespolizei wurde 2010 gegründet und hat sich seither zum ersten Ansprechpartner für die nationale und internationale Schifffahrtsindustrie sowie für alle involvierten Behörden und Organisationen im Phänomenbereich Piraterie entwickelt.

August

6. Juli 2021

Gehstock mit darin verborgener Stichwaffe entdeckt

Am Flughafen Frankfurt am Main wurde ein 83-jähriger US-amerikanischer Staatsbürger für seinen Flug nach Teheran kontrolliert. Bei der Durchleuchtung seiner persönlichen Gegenstände wurde ein über 40 Zentimeter langer, im Gehstock versteckter Degen aufgefunden. Nach der Beschlagnahme des Degens ergaben die Ermittlungen der Bundespolizei keine Hinweise auf eine weitere Gefahr für die Luftsicherheit. Das geschulte Auge eines Luftsicherheitsassistenten und die leistungsfähige Röntgentechnik verhinderten, dass eine als Alltagsgegenstand getarnte Waffe an Bord eines Luftfahrzeugs gelangte.



August 2021

Unterstützungseinsatz Frontex

Im Rahmen eines Unterstützungseinsatzes für die Frontex Rapid Border Intervention (RBI) in Litauen von August bis November 2021 stellte der Flugdienst der Bundespolizei einen Hubschrauber für die Grenzüberwachung.



Symbolbild

August 2021

Evakuierung der Deutschen Auslandsvertretung in Kabul



Aufgrund der rasant veränderten Sicherheitslage in Afghanistan bereitete die Bundespolizei eine zeitnahe Evakuierung der deutschen Botschaft in Kabul vor. Diese war nur mithilfe der USA durch einen Lufttransport von der US-Botschaft zum Flughafen Kabul möglich. Im Konvoi, unter dem Schutz von Kräften der Dienststelle Polizeiliche Schutzaufgaben Ausland, verließen die Botschaftsangehörigen die deutsche Auslandsvertretung in Richtung amerikanische Botschaft. Ein Kernteam von Botschaftsangehörigen sowie eine geringe Anzahl von Bundespolizisten



verblieben noch am Flughafen Kabul. Gemeinsam unterstützten sie die Entsandten des Auswärtigen Amts, um die Rettung lokaler Ortskräfte zu koordinieren. Dabei arbeiteten sie eng mit den internationalen Spezialeinheiten und den Kräften der Bundeswehr zusammen. Am 26. August 2021 verließen auch sie im letzten deutschen Militärflugzeug Afghanistan.

August 2021

Migration Belarus

Die zweite Hälfte des Jahres 2021 wurde unter anderem durch die Migrationskrise an den baltischen Grenzen und der polnischen Grenze zu Belarus geprägt. Bereits im August erhöhte sich der Migrationsdruck auf Polen und die deutsch-polnische Grenze, nachdem das belarussische Regime Migrantinnen und Migranten als politisches Druckmittel gegen westliche Nachbarn einsetzte. Die durch den belarussischen Staat geförderte und koordinierte illegale Migration in Richtung EU-Außengrenze wurde von der Europäischen Union und den Anrainerstaaten als hybrider Angriff auf die territoriale Integrität verurteilt.

Allein die Direktionen Bad Bramstedt, Berlin und Pirna verzeichneten teils dreistellige Aufgriffszahlen pro Tag. Es handelte sich nahezu ausschließlich um Menschen, deren Route durch Europa in Belarus begann. Migrantinnen und Migranten, die in kleinen Ortschaften herumirrten oder Lkw, in denen bis zu 40 Personen zusammengedrängt über die Grenze verbracht wurden, gehörten in diesen Grenzabschnitten zum dienstlichen Alltag der Bundespolizistinnen und Bundespolizisten.

Während einer Verwendung des Frontex-Sofort-Einsatz-Pools (SEP) unterstützten an der litauisch-belarussischen Grenze auch Kräfte und ein Polizeihubschrauber der Bundespolizei den litauischen Grenzschutz.





Symbolbild

14. August 2020

Chattende Passagiere verhindern Flugzeugstart

Den Anweisungen des Bordpersonals keine Folge leistend sorgten vier Fluggäste auf einem Flug der Lufthansa von Frankfurt am Main nach Cancun (Mexiko) für den Abbruch des Startvorgangs. Trotz mehrfacher Aufforderung, die Nutzung ihrer Mobiltelefone zu unterlassen, schrieben die Passagiere Textnachrichten untereinander. Der Sitznachbar einer der Fluggäste übersetzte die Nachrichten, wobei es zu einem Missverständnis kam. Die Nachrichten wurden als Drohnachrichten missinterpretiert und sorgten für erhebliche Verunsicherung an Bord des Luftfahrzeugs, sodass dieses zur Parkposition zurückkehrte. Dort verbrachte die Bundespolizei die vier Reisenden aus dem Flugzeug und schloss eine Gefährdung für die Luftsicherheit aus.

Oktober 2021

Länderübergreifender Großeinsatz – Schlag gegen international agierende Schleuser

Bei einem länderübergreifenden Großeinsatz in der rumänischen Stadt Timisoara sind mithilfe von Ermittlern der Bundespolizei 18 mutmaßliche Schleuser verhaftet worden. Die afghanischen Staatsangehörigen werden beschuldigt, für höchst gefährliche Schleusungen von rund 200 Menschen verantwortlich zu sein. Die Geschleusten stammten vor allem aus Afghanistan und hatten für die Schleusung teilweise mehrere Tausend Euro bezahlt. Ermittlern aus Rosenheim

und München waren ab November 2020 mehrere Schleusungen aufgefallen, die alle nach demselben Muster abliefen: In Rumänien kletterten die Flüchtlinge unbemerkt an Bord von Lkw, während die offenbar ahnungslosen Fahrer schliefen. Nach oft tagelanger Fahrt unter unmenschlichen Bedingungen sprangen die Geschleusten an der Autobahn 8 nahe Rosenheim von den Ladeflächen, während der Fahrer pausierte oder sein Fahrzeug entlud.

September

24. August 2021

PNR-Mustertreffer vereitelt Schleusung

Im August informierte die Leitstelle Passenger Name Records (PNR) im Bundespolizeipräsidium den am Flughafen Athen eingesetzten Grenzpolizeilichen Unterstützungsbeamten Ausland (GUA) über eine verdächtige Reiseabsicht einer Person von Athen nach Berlin. Es handelte sich um einen PNR-Mustertreffer, welcher auf den Phänomenbereich „Schleusung mit EU-Ausweisdokumenten“ abzielt. Die Person war nicht fahndungsnotiert, jedoch fiel sie aufgrund des verdächtigen Buchungsverhaltens auf. Der GUA konnte noch am Flughafen Athen den Reisenden samt einer komplett gefälschten französischen ID-Karte und einem französischen Aufenthaltstitel feststellen und einen Beförderungsausschluss erwirken.

3. bis 19. September 2021

Unterstützungseinsätze für das Bundesamt für Strahlenschutz

Auf Einladung der staatlichen Agentur der Ukraine zur Verwaltung der Sperrzone führte das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) in Zusammenarbeit mit dem Flugdienst der Bundespolizei Strahlungsmessungen zur Neukartierung der radiologischen Situation in der Sperrzone von Tschernobyl durch. Die Messungen fanden auch unter Nutzung von Hubschraubern der Bundespolizei statt. Bei den Messungen werden die Höhe der vorhandenen Strahlung sowie die Art und Menge der am Boden abgelagerten Stoffe, die diese Strahlung verursachen, ermittelt und kartiert.

21. September 2021

Duale Karriere – in Sportkleidung und Uniform

An den Bundespolizeisportschulen Kienbaum (Brandenburg) und Bad Endorf (Bayern) wurden 2021 insgesamt 15 Athletinnen und Athleten der Spitzensportförderung zu Polizeikommissarinnen und Polizeikommissaren ernannt. Die Aufstiegsfortbildungen für die jungen Kolleginnen und Kollegen finden zeitversetzt zur jeweiligen Wettkampfsaison der einzelnen Sportdisziplinen statt. Die polizeifachliche Aus- und Fortbildung erlaubt den Sportlerinnen und Sportlern eine berufliche Zukunft als Polizeivollzugsbeamte nach dem Ende ihrer aktiven Zeit im Leistungssport.

Oktober



November 2021

Start Identifizierung von Super-Recognisern

Im November 2021 begann die Bundespolizei mit der Identifizierung von Mitarbeitern mit einem besonderen Talent. Nur etwa ein Prozent der Bevölkerung verfügt über ausgeprägte Fähigkeiten, Gesichter nach längerer Zeitspanne wiederzuerkennen, auch wenn sich deren äußerliches Erscheinungsbild verändert hat. Insbesondere wenn auch Technik an ihre Grenzen stößt, können die sogenannten Super-Recogniser die Identifizierung von unbekannt Personen ermöglichen. In Kooperation mit der University of Greenwich in Großbritannien, welche führend auf dem Gebiet der Erforschung der Fähigkeiten von Super-Recognisern ist, führt die Bundespolizei ein komplexes Testverfahren durch.

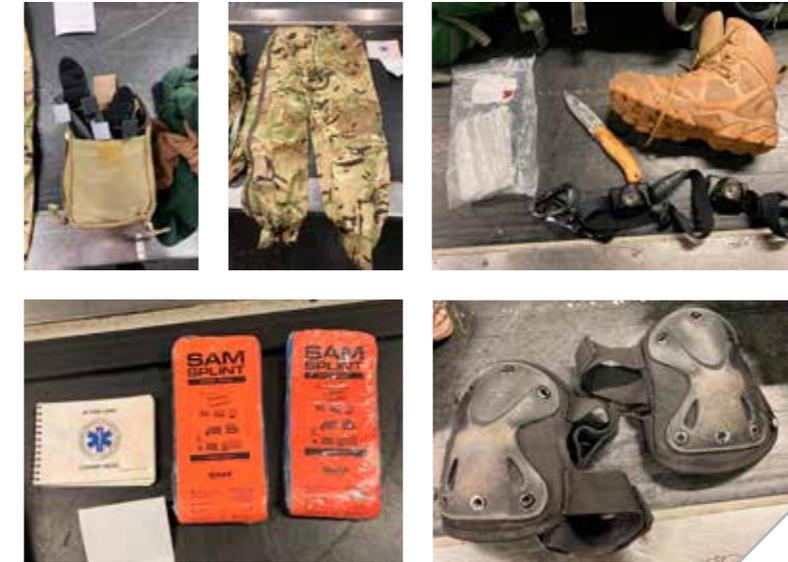
November



29. Oktober 2021

Schleusung mit Todesfolge

Am 29. Oktober 2021 stellten Einsatzkräfte der Bundespolizei sowie der Polizei des Landes Sachsen bei der Kontrolle eines Transporters nahe der Bundesautobahn 4 bei Schöpstal 22 eingeschleuste Personen fest, darunter eine leblose Person. Sofortige Rettungsmaßnahmen blieben ohne Erfolg. Bei der Tatortarbeit konnten Hinweise auf einen flüchtigen Schleuser erlangt werden, die in der Folge zur Initiierung von Zielfahndungsmaßnahmen durch die Bundespolizei führten. Bereits am 11. November 2021 konnte der 42-jährige Tatverdächtige auch aufgrund der engen Kooperation mit Partnern der niederländischen Polizei in Amsterdam festgenommen werden.



Dezember

Dezember 2021

Taktische Ausrüstung im Reisegepäck – Ausreise untersagt

Im Dezember 2021 kontrollierte die Bundespolizei einen irischen Staatsangehörigen am Flughafen Düsseldorf. Gegen diesen lag eine SIS-Ausschreibung Irlands zur Beobachtung wegen Terrorismusbezugs vor. Dank des PNR-Treffers konnten bei der Durchsuchung des mitgeführten Reisegepäcks des 27-Jährigen unter anderem Kampfstiefel, Regenbekleidung in Tarnfarben, Erste-Hilfe-Taschen mit Tourniquet, Messer, Knieschoner, taktische Handschuhe und eine Splitterschutzbrille festgestellt werden. Nach eigener Aussage diene die Ausrüstung der Durchführung eines Wanderurlaubs im Irak. Aufgrund der hohen Wahrscheinlichkeit einer Teilnahme an Kampfhandlungen in Kriegs- und Krisengebieten wurde dem Betroffenen die Ausreise nach Sulaimaniyah (Irak) untersagt.

Dezember 2021

Vermögenswerte in Millionenhöhe gesichert

Die Bundespolizeidirektion Berlin ermittelte gemeinsam mit dem Hauptzollamt Potsdam gegen eine 20-köpfige Tätergruppierung, die mindestens seit Mai 2018 rund 1 000 Drittstaatsangehörige aus der Ukraine, Moldau, Kasachstan und Georgien im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung nach Deutschland entsendete. Mithilfe gefälschter EU-Ausweise wurden die Personen durch ein konspiratives Firmengeflecht aus Verwaltungs- und Verleihunternehmen im In- und Ausland bei verschiedenen deutschen Logistikunternehmen in der Lagerhaltung und Kommissionierung beschäftigt. Nach über eineinhalbjährigen Ermittlungen und umfangreichen verdeckten Maßnahmen wurden bundesweit 70 Durchsuchungsbeschlüsse des Amtsgerichts Berlin Tiergarten in Wohn- und Geschäftsräumen und Logistikzentren vollstreckt. Im Einsatz waren rund 2 000 Kräfte von Bundespolizei und Bundeszollverwaltung. Es wurden unter anderem neun Haftbefehle vollstreckt und Vermögenswerte in Höhe von rund zwei Millionen Euro eingezogen. Dem Grundbuchamt wurden Hinweise zu mehreren Immobilien hinsichtlich eines Veräußerungsverbots übermittelt. Die so erwirkten Vermögensarreste belaufen sich auf einen zweistelligen Millionenbetrag.



Covid-19

Auch 2021 standen zahlreiche Einsätze der Bundespolizei unter dem Einfluss der Coronapandemie. Die teilweise sehr strikten Verordnungen zur Reisefreiheit des Vorjahres wurden vom Gesetzgeber verändert oder aufgehoben. Die Bundespolizei hat dennoch weiterhin grenzpolizeiliche Maßnahmen im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie durchgeführt. Es galt, Reiseströme aus sogenannten Hochrisiko- oder Virusvariantengebieten zu prüfen oder zu unterbinden, wobei die Aktivitäten stets der dynamischen Lage angepasst wurden.

Im Rahmen der Umsetzung der Einreiseverordnungen des Bundes wurden über 25,5 Millionen Kontrollen der Nachweispflicht durchgeführt. Hierzu wurden die zur Einreise erforderlichen Impf-, Genesenen- oder negativen Testnachweise überprüft. In lediglich 226 048 Fällen wurden Mängel festgestellt. In nur sehr wenigen Fällen musste die Bundespolizei die zuständigen Gesundheitsämter der Länder über fehlende oder fehlerhafte Nachweise informieren. Diese prüften die Einleitung eines Bußgeldverfahrens.

Insgesamt wurden rund 2 700 Verstöße gegen das Infektionsschutzgesetz oder andere Gesetze zur Anzeige gebracht, etwa die Nutzung ge- oder verfälschter Gesundheits-

zeugnisse. Kontrolliert wurde auch die Vollständigkeit der gegebenenfalls erforderlichen sogenannten Digitalen Einreiseanmeldung (DEA). Es wurden insgesamt 226 048 Mängel festgestellt und 189 620 Berichte an die zuständigen Landesbehörden geschrieben.

Landesweit war die Bundespolizei aktiv, um die Verbreitung des SARS-CoV-2-Erregers einzuschränken. Sie übermittelte Vorgänge an die Ordnungsämter und unterstützte die Eisenbahnverkehrsunternehmen bei der Überwachung der Einhaltung gesetzlicher Verordnungen und der Durchsetzung des Hausrechts, etwa auf Bahnhöfen. Insgesamt belehrte die Bundespolizei in Zügen und auf Bahnhöfen rund 280 000 Reisende über die Tragepflicht einer Mund-Nasen-Bedeckung. Die große Mehrheit der Personen zeigte sich einsichtig. Lediglich rund 13 000 Berichte zu Verstößen wurden an die zuständigen Behörden übersandt. Es wurden 1 023 Platzverweise erteilt und 1 090 Beförderungsausschlüsse ausgesprochen.

Schutz der Impfstofftransporte

Allein im Januar 2021 hat die Bundespolizei 56 Impfstofftransporte innerhalb Deutschlands begleitet und geschützt. Millionen Impfdosen erreichten in den nachfolgenden Monaten per Lkw die Logistikzentren sowie

die Verteilzentren der einzelnen Bundesländer. Die Transporte verliefen ohne besondere Vorkommnisse. Organisiert und koordiniert wurde die Begleitung der Impfstofftransporte von der Direktion Bundesbereitschaftspolizei.

#wirimpfen – Auf digitalem Weg zur schnellen Impfung

Der polizeiärztliche Dienst der Bundespolizei hat 2021 insgesamt 129 352 Covid-19-Schutzimpfungen durchgeführt. Die hierfür eingerichteten 25 Impfbüros haben zeitnah und digital Termine angeboten. Dafür hatte die Bundespolizei die Anwendung #wirimpfen entwickelt. Sie wurde online allen an einer Impfung interessierten Kolleginnen und Kollegen, den Impfplanern in den Dienststellen sowie dem in den Impfbüros eingesetzten Personal zur Verfügung gestellt. #wirimpfen besitzt Schnittstellen zum digitalen Impfquotenmonitoring des Robert Koch-Instituts und erlaubt die Erstellung eines digitalen Impfnachweises als Beleg über die erhaltenen Impfdosen.

Alle Angehörigen der Bundespolizei haben ab der Verfügbarkeit des Impfstoffs innerhalb kürzester Zeit Impfangebote vom eigenen ärztlichen Dienst erhalten, die 2021 von insgesamt 43 780 Polizeivollzugs- und Verwaltungsbeamten sowie Tarifbeschäftigten genutzt wurden.





Personal und Ausstattung



Personal der Bundespolizei

53 987 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Stand: 31.12.2021

35 686

Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte

8 723

Verwaltungsbeamtinnen und -beamte und Tarifbeschäftigte

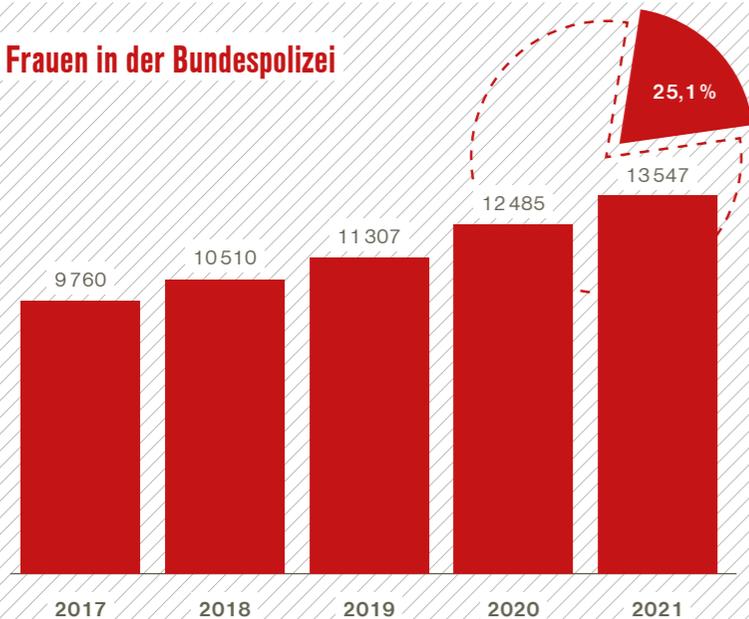
9 286

Anwärterinnen und Anwärter

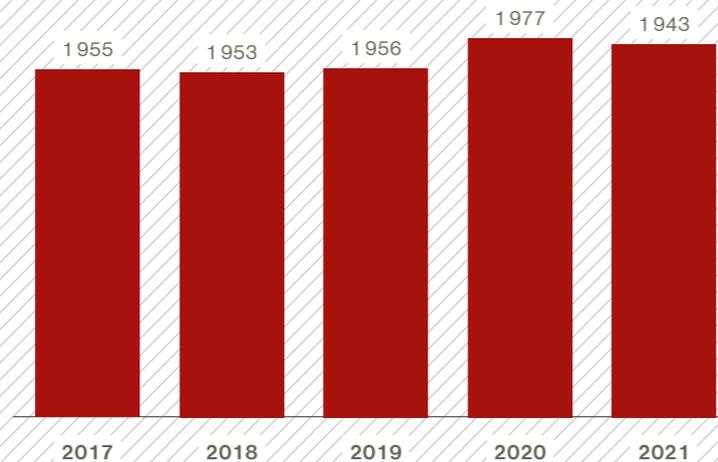
292

Auszubildende

Frauen in der Bundespolizei



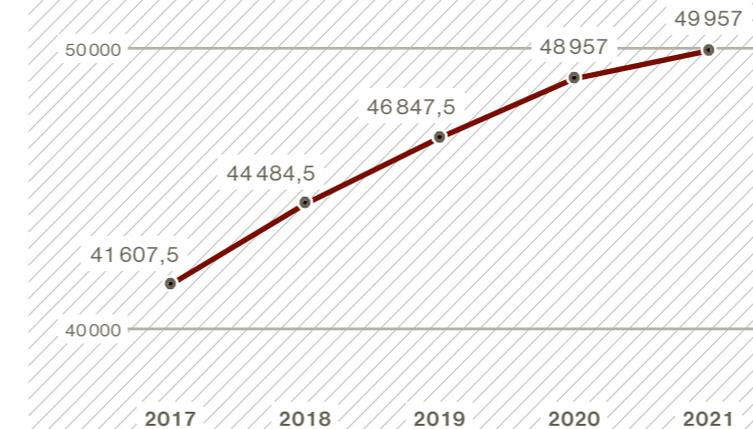
Schwerbehinderte und ihnen gleichgestellte behinderte Beschäftigte



Personalhaushalt

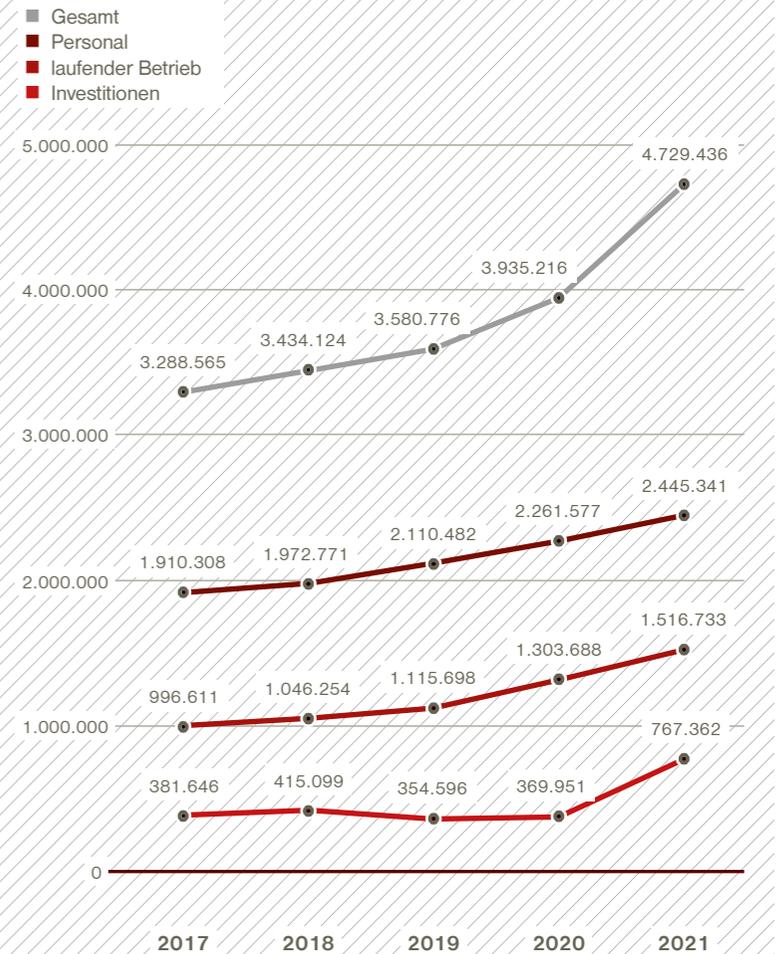
Im Haushalt 2021 standen der Bundespolizei insgesamt 49 957 Planstellen und Stellen zur Verfügung. Das sind 11 962 mehr als 2015. Einen vergleichbaren Personalaufwuchs konnte die Bundespolizei bisher nur im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung verzeichnen. Für die Jahre 2022 bis 2024 sind durch den Haushaltsgesetzgeber weitere Planstellen in Aussicht gestellt worden.

(Plan-)Stellen im Haushaltsjahr



Haushalt

Entwicklung des Haushaltes der Bundespolizei (in Tausend Euro)



Verwaltung

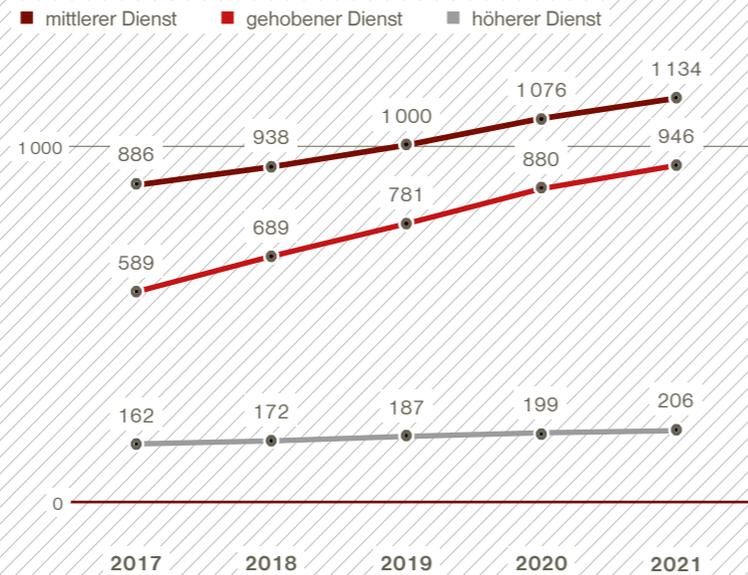
Die Verwaltung der Bundespolizei, in der 2021 rund 7 800 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen beschäftigt waren, hat mit ihren klassischen Handlungsfeldern wie Haushalt, Organisation und Personal, in der Informationstechnik und Beschaffung sowie der Aus- und Fortbildung erheblich dazu beigetragen, dass die Organisation die pandemiebedingten Herausforderungen sehr gut bewältigen konnte. Sie schuf Voraussetzungen für flächendeckendes mobiles Arbeiten, was insbesondere wegen hoher IT-Sicherheitsanforderungen nicht selbstverständlich war. Die gesteigerte Akzeptanz von Homeoffice und flexibilisierten Arbeitszeitmodellen gab auch der Vereinbarkeit von Beruf und Familie eine positive Entwicklung. Hier hat die Bundespolizei bereits 2014 mit ihrer ersten Zertifizierung als familienfreundlicher Arbeitgeber den richtigen Weg beschritten und inzwischen die zweite Re-Auditierung erfolgreich abgeschlossen. Außerdem gelang es mit Unterstützung durch die Verwaltung, den hohen Qualitätsstandard in der Ausbildung der Anwärterinnen und Anwärter fast ohne Einbußen weiter sicherzustellen. Dazu ist insbesondere E-Learning massiv ausgebaut worden.



Tarifbeschäftigte

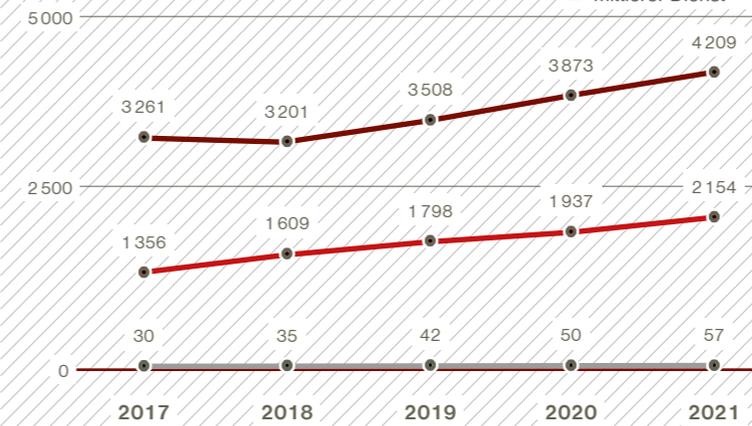


Verwaltungsbeamtinnen und -beamte

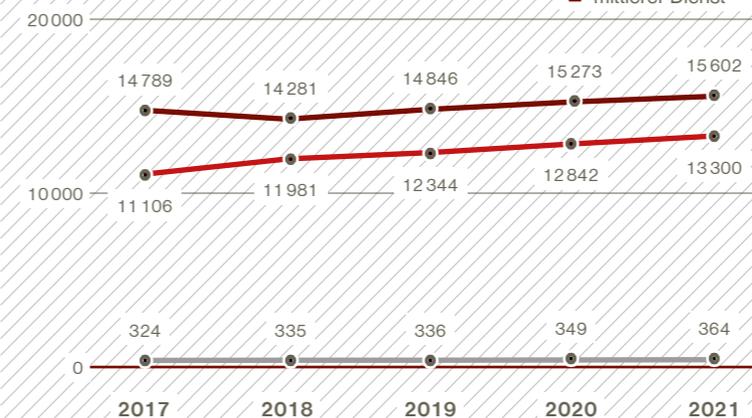


Polizeivollzugsbeamte

Polizeivollzugsbeamtinnen



Polizeivollzugsbeamte



Liegenschaften

Aufgrund der Sicherheitspakete I bis III der Bundesregierung werden in der Bundespolizei insgesamt 12 500 Beschäftigte zusätzlich eingestellt. Um diese angemessen unterbringen zu können, sind insgesamt 234 Liegenschaften zu sanieren und zu erweitern. Dafür müssen zusätzliche Flächen von mehr als 85 000 Quadratmetern geschaffen werden.

Bis Ende 2021 konnte die Bundespolizei knapp 45 Prozent der vorgesehenen Liegenschaften durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, die Deutsche Bahn AG und verschiedene Flughafenbetreiber herrichten lassen.

Das Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket der Bundesregierung sieht für die Jahre 2020 bis 2022 Mittel in Höhe von 100 Millionen Euro pro Jahr vor, die zur Verbesserung der dienstlichen Unterbringung der Bundespolizeiangehörigen vorgesehen sind.

Aufgrund vollständiger Auslastung der für die Ausbildung genutzten Liegenschaften war die Unterbringung der für das Jahr 2021 eingestellten Anwärterinnen und Anwärter in den vorhandenen Liegenschaften nicht möglich. In Rotenburg an der Fulda und Bielefeld sind daher pünktlich zum Ausbildungsbeginn am 1. September 2021 kurzfristig zwei neue Liegenschaften als temporäre Bundespolizei-ausbildungsstätten in Betrieb genommen worden. Sie bieten jeweils 450 Unterkunftsplätze.

Ärztlicher und Sicherheitstechnischer Dienst

Der Ärztliche und Sicherheitstechnische Dienst der Bundespolizei ist für die medizinische Einsatzversorgung von Bundespolizeiangehörigen verantwortlich. Dazu gehören die Versorgung der Polizistinnen und Polizisten im Einsatz, die kurativ-medizinische Versorgung sowie die betriebsmedizinische Betreuung aller Mitarbeitenden. Darüber hinaus ist er für die medizinische Aus- und Fortbildung aller Einsatzkräfte zuständig und berät Führungskräfte bei fachlichen Fragen.



554

Mitarbeitende im Ärztlichen, Sicherheitstechnischen und Sozialwissenschaftlichen Dienst



2019	2020	2021
1 204 Einsätze	1 001 Einsätze	1 562 Einsätze
24 464 geleistete Einsatzstunden	28 276 geleistete Einsatzstunden	35 950 geleistete Einsatzstunden
790 Behandlungen	582 Behandlungen	685 Behandlungen
2 024 Einsätze der Polizeisanitäter	1 662 Einsätze der Polizeisanitäter	2 697 Einsätze der Polizeisanitäter
112 Einsätze der Polizeiärzte	99 Einsätze der Polizeiärzte	395 Einsätze der Polizeiärzte

Bundespolizeiseelsorge

Bundespolizistinnen und Bundespolizisten, die außergewöhnlichen physischen und psychischen Belastungen ausgesetzt waren, können jederzeit fachspezifische Seelsorge in Anspruch nehmen.

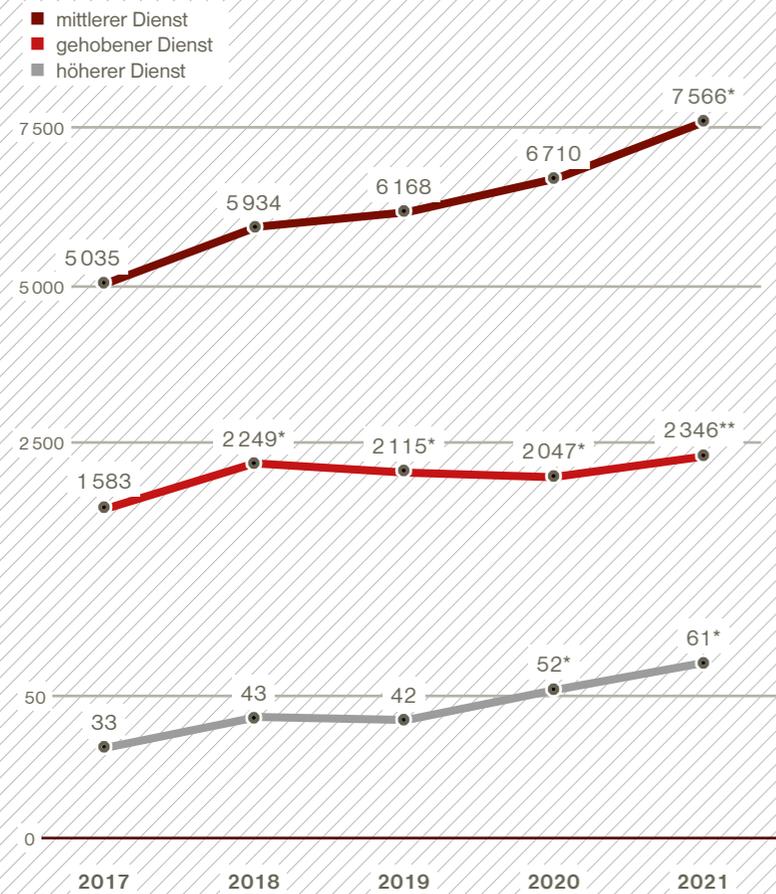
Die Bundespolizeiseelsorge wird von Pfarrern der römisch-katholischen Kirche sowie von Pfarrerinnen und Pfarrern der evangelischen Landeskirchen in Deutschland angeboten. Sie sind mit der Behörde vertraut, werden für ihre Tätigkeit von ihrer Kirche beurlaubt und wechseln in ein staatliches Dienstverhältnis. Sie sind jedoch frei von staatlichen Weisungen. Sie unterstehen der Dienstaufsicht des jeweils zuständigen Dekans der Bundespolizei oder des jeweiligen Beauftragten der evangelischen oder katholischen Kirche für die Seelsorge in der Bundespolizei. Die Bundespolizeipfarrerinnen und -pfarrer sind in ihrer Funktion als wissenschaftlich ausgebildete Theologen zudem für den berufsethischen Unterricht in der Aus- und Fortbildung zuständig.



2 Dekane der Bundespolizei	26 BPOL-Pfarrerinnen und -Pfarrer	2 533 Unterrichtsstunden Berufsethik (Ausbildung)
7 nebenamtliche Seelsorgerinnen und Seelsorger	97 durchgeführte Lehrgänge	311 Lehrgangstage
		1 865 Teilnehmende

Ausbildung

Entwicklung der Ausbildungszahlen



* inklusive Aufstiegsbeamte; Stichtag 1. September

** In Ausbildung befindliche Anwärterinnen und Anwärter sowie Aufstiegsbeamte, inklusive Nachrücker nach dem Stichtag 1. September 2021

Mit Beginn der Coronapandemie wurden Handlungsmodelle für die Aus- und Fortbildung der Bundespolizei entwickelt, um die Ausbildung unter Berücksichtigung der erforderlichen Hygienemaßnahmen zum Schutz der Gesundheit sicherstellen zu können.

Die Bundespolizei vermittelte, wie bereits im Jahr 2020, die Lehrinhalte im Wechsel zwischen Fernlehre und Präsenzunterricht. Die theoretischen und praktischen Abschlussprüfungen konnten planmäßig durchgeführt werden.

Die realisierten Einstellungsvorhaben bewegten sich auch 2021 auf dem hohen Niveau des Vorjahres. Hierbei ist es gelungen, rund 3 900 Anwärterinnen und Anwärter in den Polizeivollzugsdienst der Bundespolizei neu einzustellen. Um die notwendige Ausbildung zu gewährleisten, wurden innerhalb kürzester Zeit zwei neue Bundespolizei-ausbildungsstätten in Rotenburg an der Fulda und Bielefeld für die temporäre Nutzung hergerichtet und zum 1. September 2021 in Betrieb genommen.



Laufbahnen der Bundespolizei



Dienstgrade bei der Bundespolizei

Mittlerer Dienst

	
Polizeimeister	Polizeihauptmeister (mZ)
	
Bundespolizeiliche Unterstützungskraft	Polizeihauptmeister
	
Polizeimeisteranwärter	Polizeiobermeister



Gehobener Dienst

	
Polizeihauptkommissar	Erster Polizeihauptkommissar (gZ)
	
Polizeioberkommissar	Erster Polizeihauptkommissar
	
Polizeikommissar	Polizeihauptkommissar
	
Polizeikommissaranwärter	



Höherer Dienst

	
	Präsident des Bundespolizeipräsidiums
	
Leitender Polizeidirektor	Vizepräsident beim Bundespolizeipräsidium
	Präsident einer Bundespolizeidirektion
Polizeidirektor	Präsident der Bundespolizeiakademie
	
Polizeiobererrat	Präsident einer Bundespolizeidirektion
	Vizepräsident der Bundespolizeiakademie
Polizeirat	Direktor in der Bundespolizei
	Vizepräsident einer Bundespolizeidirektion
Polizeiratanwärter	

Spitzensport

Die Bundespolizei bietet mit ihren zwei Sport-
schulen in Bad Endorf und Kienbaum Spitzen-
sportlern neben dem Beruf die optimalen Be-
dingungen für ihre sportlichen Karrieren. Auch
2021 konnten Bundespolizeiathleten bei inter-
nationalen Wettkämpfen für Erfolge sorgen.

Das Sportjahr 2021

Die coronabedingt verschobenen Olympi-
schen Spiele in Tokyo waren, trotz großer
Einschränkungen für Zuschauer und Athle-
ten, das sportliche Highlight in diesem Jahr.
Von den insgesamt 434 teilnehmenden
Sportlerinnen und Sportlern des deutschen
Teams waren 20 Athletinnen und Athleten der
Bundespolizei mit dabei. Diese bewiesen ihr
großes Potenzial mit zwölf Top-3-Platzierun-
gen, darunter einmal Gold.

Auch die an den Wintersportwettkämpfen
teilnehmenden Athletinnen und Athleten der
Bundespolizei waren 2021 sehr erfolgreich.
Sie gewannen in den Sportarten Bob, Ski-
springen, Rennrodeln und Skeleton insgesamt
22 WM- und vier Junioren-WM-Medaillen.

Die Ausbildung und Weiterentwicklung an den Bundespolizeisportschulen

In der sogenannten Dualen Karriere förderte
die Bundespolizei im Jahr 2021 mit bis zu
160 Förderplätzen Spitzensportlerinnen und
Spitzensportler in den verschiedensten Sport-
arten und bildete diese parallel zu Polizeivoll-
zugsbeamtinnen und -beamten des mittleren
Dienstes aus.

Der Ausbildungsplan ist an die Bedürfnisse
des Spitzensports angepasst und ermöglicht
einen optimalen Wechsel zwischen der polizei-
fachlichen Ausbildung und der Trainings- und
Wettkampfphase. An beiden Standorten der
Bundespolizeischulen werden hervorrage-
nde Rahmenbedingungen wie hochmoderne
Schulungs- und Trainingsstätten, adäquate
Unterkünfte und eine optimale Infrastruktur
gewährleistet. Die Sportlerinnen und Sportler
werden nach der Ausbildung für die Dauer
ihrer sportlichen Laufbahn nahezu vollständig
vom Einsatzdienst freigestellt. Der Praxisbe-
zug zum Polizeivollzugsdienst bleibt durch ein
jährliches Praktikum in einer Behörde oder
Dienststelle der Bundespolizei erhalten.

Für die berufliche Weiterentwicklung und
Steigerung der Attraktivität der dualen Ausbil-
dung besteht seit 2020 die Möglichkeit, über
ein verkürztes Aufstiegsverfahren in die Lauf-
bahn des gehobenen Dienstes zu wechseln.
Auch dort wird die besondere Situation der
Sportlerinnen und Sportler berücksichtigt.



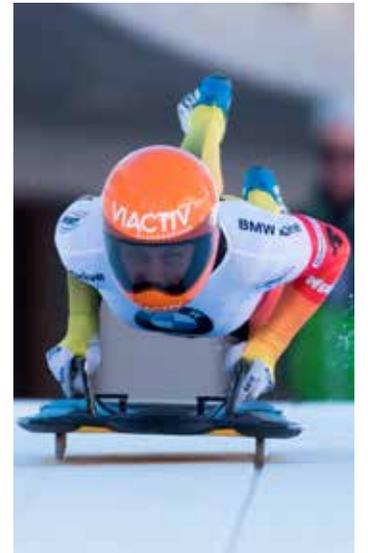
Medallenspiegel der Olympischen Spiele in Tokyo 2021

	Gold Max Rendschmidt Kanu-Rennsport K4 500 m
	Silber Laurits Follert Rudern Achter Olaf Roggensack Rudern Achter Lea-Sophie Friedrich Bahnradsport Teamsprint
	Bronze Michelle Kroppen Bogenschießen Team Charline Schwarz Bogenschießen Team Lisa Unruh Bogenschießen Team Dominic Ressel Judo Mixed Team Johannes Frey Judo Mixed Team Sebastian Brendel Kanu-Rennsport C2 1000 m Tim Hecker Kanu-Rennsport C2 1000 m



Die geförderten Sportarten beider Bundespolizeisportschulen im Überblick:

- Alpiner Rennlauf seit 1978
- Biathlon seit 1978
- Nordische Kombination seit 1978
- Skilanglauf seit 1978
- Skispringen seit 1978
- Eisschnelllauf seit 1991
- Short Track seit 1996
- Bob seit 1998
- Rennrodeln seit 1998
- Snowboard seit 1998
- Judo seit 1999
- Leichtathletik seit 1999
- Radsport seit 1999
- Skeleton seit 2005
- Kanu seit 2007
- Schießen seit 2007
- Rudern seit 2007
- Freestyle/Skicross seit 2008
- Turnen seit 2017
- Karate seit 2021



Führungs- und Einsatzmittel



42
Pneumatische
Einsatzzelte



24
Dienstpferde



423
Diensthunde



91 771 632
gefahrte Kilometer



3 518
Pkw



davon 263 mit
alternativem Antrieb



126
Busse



3 663
Lkw, Sonderwagen
und Sonstige



15
Wasserwerfer



157
Motorräder



etwa 600
Fahrräder



4
Segways



1
Schneemobil



98
Rettungs-
fahrzeuge

Hubschrauber



22 070
Flugstunden



24
Aufklärungs- und
Beobachtungs-
hubschrauber



19
Leichte Transport-
hubschrauber



23
Mittlere Transport-
hubschrauber



18
Zivilschutz-
Hubschrauber



10
Einmotorige Schu-
lungshubschrauber

Die Bundespolizei-Fliegergruppe betreibt derzeit 94 Hubschrauber unterschiedlicher Typen. 66 davon werden für die bundespolizeilichen Alltagsaufgaben genutzt. Hierunter zählt auch eine ständige Bereitschaft für kurzfristige polizeiliche Lagen, beispielsweise für Einsätze der GSG 9 der Bundespolizei oder die Unterstützung in der technischen Not- und Katastrophenhilfe.

Zehn Hubschrauber stehen ausschließlich für Schulungszwecke zur Verfügung. Hinzu kommen 18 Zivilschutz-Hubschrauber, die durch Piloten der Bundespolizei geflogen und durch das luftfahrttechnische Personal der Bundespolizei gewartet werden.



Schiffe



158 724
gefahrne Seemeilen



6
Seeschiffe



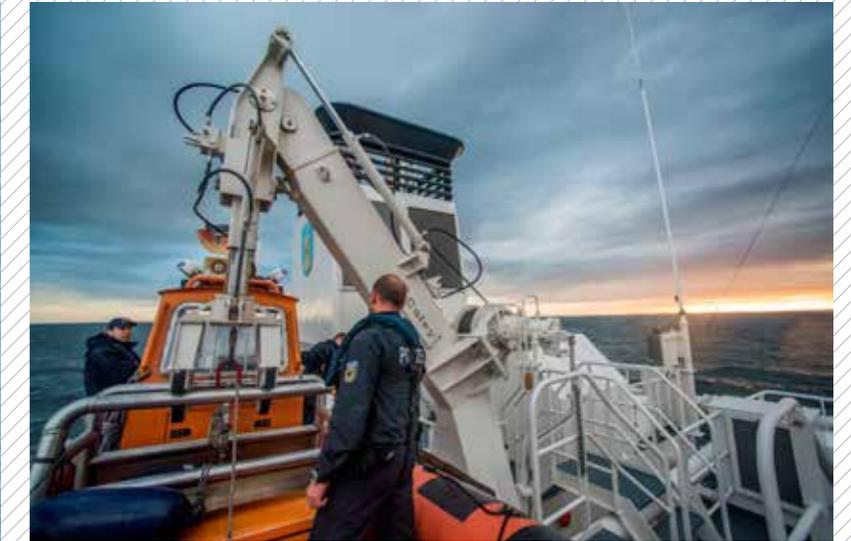
5
Kontrollboote,
davon 2 im
Auslandseinsatz



30 097
Einsatzstunden
auf See

Flottenmodernisierung der Bundespolizei See

Mit dem Beginn des Neubaus eines vierten Einsatzschiffes der „Potsdam-Klasse“ wurde die Modernisierung der Einsatzflotte der Bundespolizei See im Jahr 2021 fortgeführt. Nach Zuschlagserteilung begann die Einzelteilfertigung unmittelbar nach dem Jahreswechsel 2020/2021. Die Schweißarbeiten für den Rumpf, der innere Strukturausbau sowie Decksaufbau verliefen in Klaipeda (Litauen) ohne Komplikationen. Termingerecht startete der Schleppverband am 9. Dezember 2021 zur Überführungsfahrt in die Werft nach Berne (Niedersachsen). Auf das Schiff warten bereits die aus Aluminium gefertigte Brücke und andere Aufbauten, welche das Schiff in den nächsten Monaten komplettieren. Die Fertigstellung und Indienststellung von BP84 ist für das Frühjahr 2023 geplant.





57 920
P30



12 213
MP5



776
Sonderwaffen



2 443
Überzieh-
schutzwesten



50 648
Unterzieh-
schutzwesten



30
Distanz-Elektro-
impulsgeräte
(in der Erprobung)



2,1 kg
Schutzhelm

5,1 kg
MP5 mit vier
Magazinen

7,5 kg
Überzieh-
schutzweste

1,5 kg
P30 mit zwei
Magazinen



2 335
Bodycams

20 580
Funkgeräte

15 966
Smartphones

52 922
Erste-Hilfe-Taschen



63 476 597
Personenfah-
dungsabfragen



157 466 117
Sachfahdungs-
abfragen



4 303 401
automatisierte
Grenzkontrollvor-
gänge „EasyPASS“



Öffentlichkeitsarbeit



Nachwuchsgewinnung

Bundesweit waren 116 Einstellungsberaterinnen und Einstellungsberater der Bundespolizei an 46 Standorten im Einsatz, um individuelle Fragen potenzieller Bewerberinnen und Bewerber zu beantworten. Auch 2021 fand die Kommunikation pandemiebedingt hauptsächlich per Telefon, E-Mail und Chat statt, da Präsenzveranstaltungen und Messen abgesagt werden mussten.

Dies betraf auch die bekannte Panther Challenge¹. Sie wurde als Ersatzveranstaltung das erste Mal „remote“, als interaktives Instagram-Live-Event durchgeführt, um potentiellen Bewerberinnen und Bewerbern weiterhin einen Einblick in die Arbeit der Bundespolizei zu ermöglichen.

Über Instagram und Facebook verfolgten die Abonnenten sozusagen hautnah mit dem Social-Media-Team die ATLAS-Übung „SEAL 21“ vor Rügen, ein Training verschiedener europäischer Spezialeinheiten und der GSG 9 der Bundespolizei.

Die für die Nachwuchswerbung genutzten Social-Media-Kanäle der Bundespolizei verzeichneten erneut einen Zuwachs. Besonders erfolgreich war dabei der Instagram-Kanal, dessen Nutzerzahl auf 125 000 Abonnenten anstieg. Das Highlight aus dem Vorjahr, die Online-Einstellungsberatung über den Instagram-Live-Stream, wurde 2021 intensiviert. Auch hier hatte das Social-Media-Team der Bundespolizei mit verschiedenen Schwerpunktthemen mehr als 3 000 Live-Zuschauerinnen und -Zuschauer pro Stream erreicht.

Die Zahl der Follower bei Facebook stieg auf mehr als 92 000, bei YouTube auf 55 000. Bei letzterem ging die Redaktion „Bundespolizei Karriere“ neue Wege. Auf Fragen der Community in den sozialen Netzwerken antwortete das Social-Media-Team mit einer neuen Videoreihe „BUNDESPOLIZEI hinter den Kulissen“. Mit geringem Aufwand, dafür sympathisch und authentisch, präsentierte der YouTube-Kanal zwei Aus- und Fortbildungszentren. Die Community war begeistert und honorierte es mit einer Vielzahl an positiven Kommentaren und Klickzahlen.

¹ eine Übung, bei der sich Schülerinnen und Schüler im Alter zwischen 14 und 20 Jahren verschiedensten Herausforderungen stellen können

Mit der neuen YouTube-Serie „Alles auf Anfang – Die ersten Tage im BPOLAFZ“ folgten weitere tiefe Einblicke in Ausbildungsbeginn und -alltag der jungen Anwärterinnen und Anwärter. Diesmal lag der Schwerpunkt bei den Dienstanfängern des Bundespolizeiaus- und Fortbildungszentrum Diez.

So gelang trotz aller pandemiebedingter Einschränkungen die Nachwuchswerbung und waren die Einstellungsberaterinnen und -berater weiterhin für die Bewerberinnen und Bewerber erreichbar, um sie auf dem Weg in die Bundespolizei zu unterstützen.



„Funkdisziplin“ – Der Podcast der Bundespolizei
Der Polizeifunk ist eines der wichtigsten Instrumente im dienstlichen Alltag von Bundespolizistinnen und -polizisten. Zur verständlichen und zielführenden Kommunikation gehört die Funkdisziplin.

„Funkdisziplin“ ist auch der Titel des Bundespolizei-Podcasts. Er ergänzt seit 2019 das Personalmarketing von Deutschlands größter Polizeibehörde. Bundespolizistinnen und -polizisten gewähren Einblicke in ihren Berufsalltag und geben Tipps für den Einstieg in die Behörde. Sie teilen ihre im Dienst gesammelten Erfahrungen und beantworten Fragen wie: Was ist eigentlich der Unterschied zwischen Bundes- und Landespolizei? Welche Einsatzbereiche gibt es? Wie sehen die Ausbildung und die ersten Tage im Dienst aus? Und natürlich: Wie bewerbe ich mich richtig für die Bundespolizei und was gilt es im Bewerbungsverfahren zu beachten?

Über diese und viele weitere Themen klärte das Podcast-Team 2021 in 24 Episoden auf. Stets authentisch, aus erster Hand und manchmal auch ganz ohne „Funkdisziplin“.

Der Podcast ist abrufbar auf Spotify, Deezer, Soundcloud, Apple Podcasts oder Amazon Music.



Medien

Die Öffentlichkeitsarbeit der Bundespolizei in Zahlen

Die Bundespolizei erreichen täglich zahlreiche Anfragen der Presse sowie von Bürgerinnen und Bürgern. Bei den über 100 Pressestellen gingen im Jahr 2021 rund 33 500 Medienanfragen zu den unterschiedlichsten Themen ein. Über das Kontaktformular und die Hotline erreichten die Bundespolizei im Berichtsjahr rund 800 000 Anfragen aus dem In- und Ausland.

Echtzeit-Informationen und Öffentlichkeitsarbeit in 280 Zeichen – die Bundespolizei in den sozialen Medien

Beim populären Mikroblogging-Dienst Twitter, der 2021 weltweit mehr als 211 Millionen Nutzer hatte, veröffentlichte die Bundespolizei 2021 mehr als 5 320 Tweets. Seit dem ersten Tweet der Behörde im Jahr 2016 stieg die Zahl der Follower auf über 382 000 – Tendenz steigend.

Auf 13 Kanälen informierte die Bundespolizei über tagesaktuelle Ereignisse, polizeiliche Einsätze, Präventionsthemen und ihre vielfältigen Aufgaben.

Regelmäßig berichteten die Dienststellen über Einsatzerfolge, veröffentlichten Zeugenaufrufe und leisteten Präventionsarbeit zu bundespolizei-spezifischen Themen.

Die Bundespolizeiakademie füllte die Timeline der sportbegeisterten Twitter-Nutzer mit Updates zu den Erfolgen und Aktivitäten der Spitzensportler der Bundespolizei.

Darüber hinaus nutzte die Bundespolizeidirektion Berlin einen zusätzlichen Kanal zur Information der Öffentlichkeit bei besonderen Einsätzen wie Demonstrationen, Sport- oder weiteren Großveranstaltungen.



Mitarbeiterzeitschrift

Die Mitarbeiterzeitschrift Bundespolizei *kompakt* dient als eines der zentralen Organe der internen Kommunikation und informiert primär die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über aktuelle Themen der eigenen Behörde. Über 20 Redaktionsmitglieder recherchieren und erarbeiten bundesweit die Inhalte im Nebenamt und sind an keine dienstlichen Weisungen gebunden.

Sechsmal im Jahr erscheint die *kompakt* in einer 10 500 starken Auflage als Printexemplar und ist zudem digital über das Intranet und die Website der Bundespolizei abrufbar.



Bundespolzeiorchester

Musikalische Botschafter in Uniform

Die Bundespolizei unterhält drei professionelle Orchester. Die Ensembles spiegeln in ihrem musikalischen Spektrum die Vielfalt der Bundespolizei wider. Zu Feierstunden der Bundespolizei, anlässlich externer Festveranstaltungen oder zu wohltätigen Zwecken, präsentieren sie in verschiedenen Besetzungen ihre große stilistische Bandbreite. Vom klassischen Quartett über die Jazz-Combo bis zur Big Band.

Pandemiebedingt mussten 2021 zahlreiche Auftritte und Veranstaltungen abgesagt werden. Eine neue Form der Präsentation wurde jedoch gefunden: Die Orchester hatten zum Jahresende zahlreiche klassische und selbst arrangierte Weihnachtstitel eingespielt und einen musikalischen Adventskalender produziert. Dessen „digitale Türchen“ konnten auf www.bundespolizei.de von jedermann geöffnet werden. Das Projekt soll jährlich wiederholt werden.

Was einst als Musikkorps im Bundesgrenzschutz begann, hat sich zu einem künstlerisch vielseitigen Element der Bundespolizei entwickelt. Rock, Pop oder Brass gehören mit Gründung spezialisierter Bands ebenfalls zum Repertoire. Die Orchester bestehen zum größten Teil aus studierten Musikerinnen und Musikern, die tarifvertraglich bei der Bundespolizei beschäftigt sind. Die letzten verbeamteten Kolleginnen und Kollegen innerhalb der Bundespolzeiorchester, die als Polizistinnen und Polizisten eingestellt worden sind, werden 2037 in den Ruhestand verabschiedet.

146
Konzerte



davon 18
Benefizkonzerte

10.999,50 €
Erlös für wohltätige
Stiftungen/Institutionen



Abkürzungsverzeichnis

BER	Flughafen Berlin Brandenburg	kg	Kilogramm
BFE+	Robuste Einheiten innerhalb der Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit	km	Kilometer
BOS	Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben	LIES	Länderspezifisches Informations- und Erkennungssystem
BPOL	Bundespolizei	MFE	Mobile Fahndungseinheit
BPOLABT	Bundespolizeiabteilung	Mio.	Millionen
BPOLAFZ	Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentrum	MKÜ	Mobile Kontroll- und Überwachungseinheit
BPOLAST	Bundespolizeiausbildungsstätte	Mrd.	Milliarden
BPOLD	Bundespolizeidirektion	mZ	Mittlerer Dienst Zulage
BPOLFLS	Bundespolizei-Fliegerstaffel	OWi	Ordnungswidrigkeit
BPoIG	Bundespolizeigesetz	PBL	Personenbegleiter Luft
BPOLI	Bundespolizeiinspektion	PES	Polizeiliche Eingangsstatistik
BPOLSPSCH	Bundespolizeisportschule	PNR	Passenger Name Record
BPOLTZK	Bundespolizeitrainingszentrum Kührointhaum	PSA BPOL	Polizeiliche Schutzaufgaben Ausland der Bundespolizei
CERT BPOL	Computer Emergency Response Team der Bundespolizei	PVB	Polizeivollzugsbeamte
Covid-19	Infektionskrankheit SARS-CoV-2 – Coronavirus	SiB	Sicherheitsberater an deutschen Auslandsvertretungen
DNA	deoxyribonucleic acid – Desoxyribonukleinsäure	UAS	Unmanned Aircraft System – Unbemannte Luftfahrzeuge
DVB	Dokumenten- und Visumberater der Bundespolizei	USA	Vereinigte Staaten von Amerika
ED	Erkennungsdienst	VB BPOL	Verbindungsbeamte der Bundespolizei
ENTSCHD BPOL	Entschärfungsdienst der Bundespolizei	VN	Vereinte Nationen
ETIAS	European Travel Information and Authorisation System – Europäisches Reiseinformations- und -genehmigungssystem	WM	Weltmeisterschaft
EU	Europäische Union		
Europol	Polizeibehörde der Europäischen Union		
Frontex	Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache		
GPPT	German Police Project Team Afghanistan – Deutsches Polizeiprojektteam in Afghanistan		
GSG 9 BPOL	GSG 9 der Bundespolizei		
GUA	Grenzpolizeiliche Unterstützungsbeamte Ausland		
gZ	Gehobener Dienst Zulage		
GZ	Gemeinsames Zentrum		
h	Stunden		
IT	Informationstechnik		
KB	Kriminalitätsbekämpfung		



Impressum

Herausgeber

Bundespolizeipräsidium
 LS 2 – Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
 Heinrich-Mann-Allee 103
 14473 Potsdam
 Tel +49 331 97997-9410
 Fax +49 331 97997-9321
 presse@polizei.bund.de
 www.bundespolizei.de
 V. i. S. d. P.: Gero von Vegesack

Redaktion

Helvi Abs

Mitarbeit

Sebastian Kalabis sowie Angehörige zahlreicher Dienststellen der Bundespolizei

Layout, Satz und Foto

Barbara Blohm, Jakob Maibaum, Alexandra Stolze
 Bundespolizeipräsidium, Referat 66 – Medien

Lektorat

Lektorat Berlin, Ralf Sonnenberg

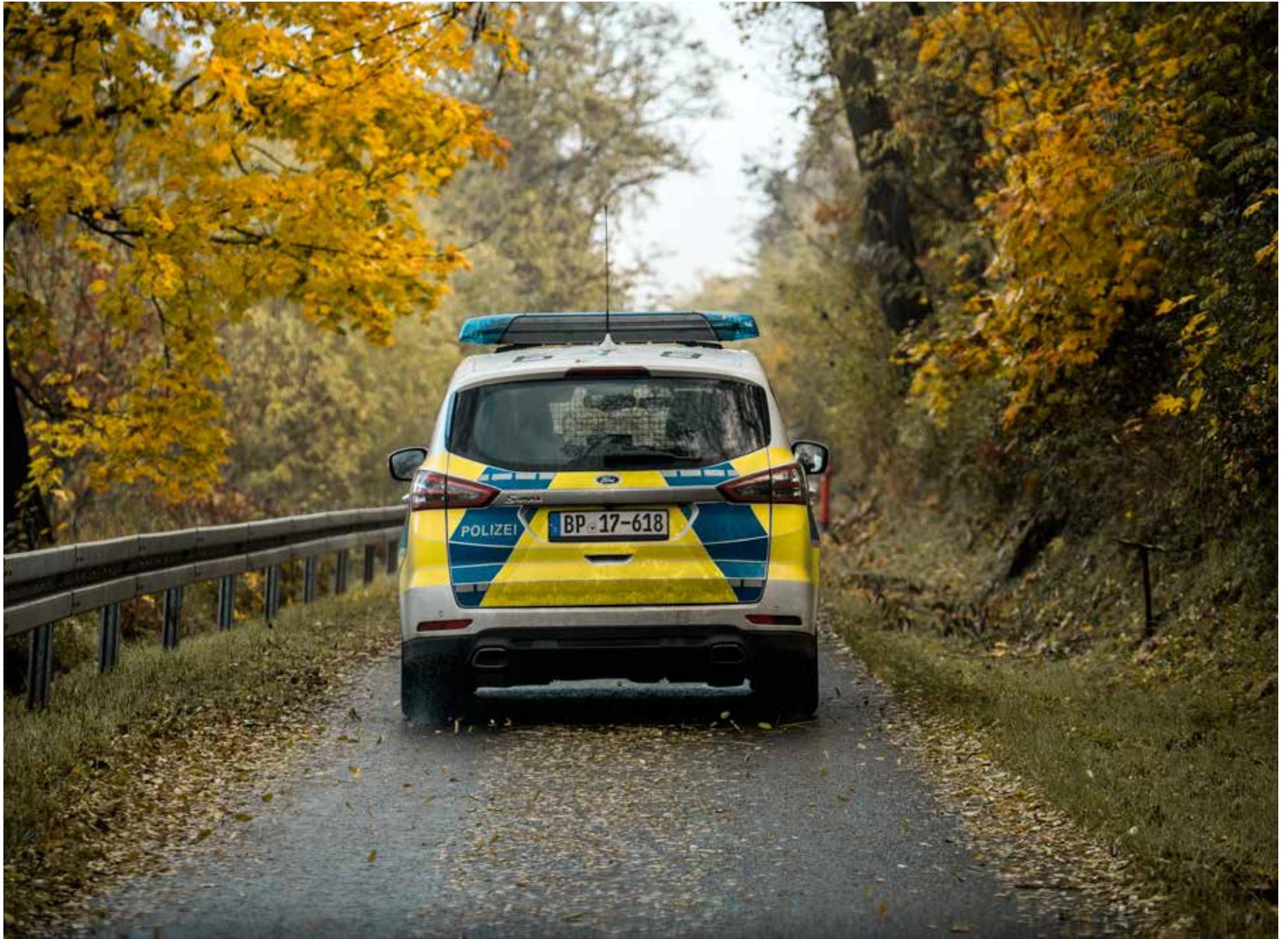
Bildnachweis

Alle Bilder Bundespolizei, außer:
 alle Icons von Flaticon; S. 70 oben picture alliance/
 Reuters/Stringer, Marcus Golejewski

Alle Rechte vorbehalten. Jede Form der Vervielfältigung bedarf der vorherigen schriftlichen Genehmigung durch den Herausgeber.

Druck

Firma Appel & Klinger
 Druck und Medien GmbH
 96277 Schnecklenlohe
 1. Auflage



BUNDESPOLIZEI